

40. Sitzung

am Dienstag, dem 13. September 2022

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Welche Rolle spielen berufliche Gymnasien bei der Schulwahl?

Anfrage der Abgeordneten
Christopher Hupe, Dr. Henrike Müller,
Björn Fecker und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen
vom 29. Juni 2022 2232

Anfrage 2: Elterngeld – noch immer lange Wartezeiten in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten
Dr. Magnus Buhlert, Lencke
Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 29. Juni 2022 2234

Anfrage 3: Bündelung von Administration für schulische Projektanträge?

Anfrage der Abgeordneten Birgit
Bergmann, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 29. Juni 2022 2236

Anfrage 4: Boden auf Zeit – wie fair sind die Erbbaurechtsgeschäfte in Bremen ausgestaltet?

Anfrage der Abgeordneten Thore
Schäck, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 1. Juli 2022 2237

Anfrage 5: Wie wurde der Ausfall der Beschäftigten mit Behinderung bei der Werkstatt Bremen während der Pandemie kompensiert?

Anfrage der Abgeordneten Olaf
Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion
DIE LINKE
vom 7. Juli 2022 2239

Anfrage 6: Konzept gegen Farbschmierereien und illegale Graffiti

Anfrage der Abgeordneten Birgit
Bergmann, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 8. Juli 20222240

Anfrage 7: Entlastung der Sportvereine von dramatisch steigenden Energiekosten

Anfrage der Abgeordneten Cindi
Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion
DIE LINKE
vom 19. Juli 20222243

Anfrage 8: Service auch ohne Termin – Wann kehrt der Bürgerservice in Bremen wieder zum Normalbetrieb zurück?

Anfrage der Abgeordneten Thore
Schäck, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 22. Juli 20222245

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Tatort Straßenbahn – wie sicher ist der ÖPNV in Bremen?

Abgeordneter Marco Lübke (CDU)2249
Abgeordnete Antje Grotheer (SPD)2251
Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis
90/Die Grünen)2254
Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE)2257
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....2259

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen).....	2261
Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE)	2262
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2262
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....	2263
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	2264
Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	2267
Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE)	2269

Festlegung der Grundsteuerreform für Immobilien- und Grundstückseigentümer als Chance für klimaneutrale Politik nutzen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (BIW)

**vom 16. Februar 2022
(Drucksache 20/668 S)**

Abgeordneter Peter Beck (BIW).....	2269
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2271
Abstimmung	2272

Stand und Zukunft der Ausbildung bei der Bremer Feuerwehr

**Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. Januar 2022
(Drucksache 20/656 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 8. März 2022
(Drucksache 20/676 S)**

Abgeordneter Marco Lübke (CDU)	2272
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2273
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD)	2274
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)	2275
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen).....	2276
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	2277
Senator Ulrich Mäurer	2278
Abgeordneter Detlef Scharf (CDU).....	2280
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD)	2281

**Ortsgesetz über vorhabenbezogene Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Fahrradabstellplätze und Mobilitätsmanagement bei Bauvorhaben in der Stadtgemeinde Bremen
(Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz – MobBauOG HB)**

**Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache 20/717 S)**

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	2282
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	2283
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)	2284
Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	2285
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2286
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	2287
Abstimmung	2288

Zoff statt Arbeitsplätze: Koalitionsstreit gefährdet die Erweiterung des Gewerbeparks „Hansalinie“

**Antrag der Fraktion der FDP
(Neufassung der Drucksache 20/759 S vom 08.09.22)**

**vom 12. September 2022
(Drucksache 20/761 S)**

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2288
Abgeordnete Susanne Grobien (CDU).....	2290
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	2291
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)	2292
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	2293
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2294
Abgeordnete Susanne Grobien (CDU).....	2295
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	2296
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)	2297
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	2298
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	2299
Abstimmung	2301

<p>Die Bremer Stadtreinigung AöR (DBS) – geplante Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen für den gebührenfinanzierten Abfallbereich und entgeltfinanzierten Deponiebereich Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2022 (Drucksache 20/730 S) 2301</p> <p>Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 30 vom 9. September 2022 (Drucksache 20/760 S) 2301</p> <p>Anhang zum Plenarprotokoll Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 13. September 2022 2303</p> <p>Anfrage 9: Wie kann oberkörperfreies Schwimmen in den Bremer Bädern ermöglicht werden? Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 25. Juli 2022 2303</p> <p>Anfrage 10: Ergänzungsvereinbarung zwischen der BSAG und der Wall GmbH Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 1. August 2022 2303</p>	<p>Anfrage 11: Rattenplage im Nelson-Mandela-Park: Keine Essensausgabe mehr an Bedürftige? Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 2. August 2022.....2304</p> <p>Anfrage 12: Vonovia-Wohnungsverkauf auch in Bremen? Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 4. August 2022.....2305</p> <p>Anfrage 13: Verpflichtende Trinkwasserbrunnen in Bremen Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 25. August 2022.....2305</p> <p>Anfrage 14: Seemannskreuz Lankenauer Höft Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 25. August 2022.....2306</p> <p>Anfrage 15: Keine Initiativberatung für Elternvereine und Spielkreise? Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. September 20222306</p> <p>Konsensliste2308</p>
--	---

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Hartmut Bodeit, Christopher Hupe, Petra Krümpfer, Jan Saffe, Anja Schiemann, Sükrü Senkal, Miriam Strunge, Kai-Lena Wargalla, Lencke Wischhusen.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 40. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass eine Behandlung der Tagesordnungspunkte 13 und 31 in dieser Sitzung sichergestellt werden soll.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 32.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 10, 18, 22, 23, 24, 25, 26, 28 und 30.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Außerdem möchte ich Ihnen mitteilen, dass Herr Detlef Scharf anstelle des aus der Bremischen Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Christoph Weiss seit dem 19. Juli 2022 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Ausübung Ihres Amtes!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 15 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Welche Rolle spielen berufliche Gymnasien bei der Schulwahl?

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juni 2022

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat grundsätzlich die Möglichkeit, an einem beruflichen Gymnasium die Oberstufe zu besuchen, und was unternimmt er, damit möglichst alle Schüler:innen über diese Option umfangreich informiert werden?

2. Wie bewertet der Senat die Auswahl der bestehenden Profile wie Luft- und Raumfahrttechnik, Gestaltung/Multimedia, Gesundheit oder Recht an den sechs beruflichen Gymnasien, welche sind besonders gefragt, und welche neuen Profile, zum Beispiel mit Blick auf klimarelevante Berufe, wären darüber hinaus noch sinnvoll einzuführen?

3. Sieht der Senat eine strukturelle Benachteiligung darin, dass berufliche Gymnasien im Gegensatz zu den gymnasialen Oberstufen keine zugeordneten Oberschulen haben, und welche Möglichkeiten sieht er gegebenenfalls, eine etwaige strukturelle Ungleichbehandlung zu beseitigen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat bewertet den Besuch an einem beruflichen Gymnasium positiv, da Schüler:innen ihr Abitur mit einem beruflichen Schwerpunkt ablegen können und die jeweilige Fachpraxis kennenlernen. Dies stärkt berufsbildende Besonderheiten.

Jedes Jahr im November und Anfang Februar finden Informationsveranstaltungen in den Schulen statt. Außerdem gibt es Einzelberatungen in den abgebenden und in den aufnehmenden Schulen. Darüber hinaus werden Hospitationen und Tage der offenen Tür in den beruflichen Gymnasien angeboten. Angebote zur Schullaufbahnberatung finden in der Zentralen Beratung Berufsbildung, ZBB, und in den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, ReBUZ, statt.

Zu Frage 2: Der Senat bewertet die bestehenden Profile positiv. Sie decken ein großes Spektrum divergierender Berufsrichtungen ab und adressieren die individuellen Stärken und Neigungen der

Schüler:innen. Für das kommende Schuljahr sind die Profile Sozialpädagogik mit 55 Plätzen, doppelqualifizierend Informations- und Netzwerksystemtechnik mit 42 Plätzen, Gesundheit mit 40 Plätzen und Gestaltung mit 37 Plätzen besonders gefragt. Derzeit existieren wie auch in den letzten Jahren keine Anwahlen für das Profil Ökologie und Umwelttechnik.

Im Zuge der stetigen Veränderung von Umwelt und Gesellschaft wurde auch der Profilverricht unterrichtet angepasst. Das Profil Technik thematisiert Solar- und Windenergie und geht so auf klimarelevante Veränderungen ein. Damit werden Grundlagen für eine spätere Berufstätigkeit im Bereich Windanlagenmechanik gelegt. Im Profil Sozialpädagogik wird auf Umwelt und Natur fokussiert, sodass später als Natur- und Umweltpädagog:in gearbeitet werden kann. Die Anpassung der Profile sorgt für permanente Modernisierung in den Ausrichtungen, weshalb neue Profile nicht in Planung sind.

Zu Frage 3: Der Senat sieht keine strukturelle Benachteiligung, da der Bildungsweg über das berufliche Gymnasium eine freie Wahl des Schwerpunkts beinhaltet und somit eine bewusste Entscheidung voraussetzt. Die beruflichen Gymnasien stellen mit ihren jeweils spezifischen Fachrichtungen ein besonderes Angebot dar, indem sie ihren Schüler:innen sowohl allgemeine wie auch berufsbezogene Unterrichtsinhalte und Kompetenzen auf dem Weg zum Abitur vermitteln.

Die Schüler:innen der Freien Hansestadt Bremen können am Ende der Sekundarstufe I mit Erhalt der Zugangsberechtigung zur gymnasialen Oberstufe frei wählen, welche der vorgehaltenen beruflichen Fachrichtungen sie einschlagen möchten, wenn sie ihren Weg zum Abitur statt im allgemeinbildenden im berufsbildenden Bereich fortsetzen wollen. Die Anwahl im berufsbildenden Bereich hat freie Plätze. Wird die Kapazität erreicht, wird dies entsprechend des Bedarfs angepasst. Überdies bieten die beruflichen Gymnasien auch Schüler:innen anderer berufsbildenden Schulen unter bestimmten Bedingungen an, ihren Bildungsweg mit einem Abitur abzuschließen.

Anders als die gymnasiale Oberstufe, die – unabhängig von der Schulart, ob Gymnasium oder Oberschule – immer Teil eines Bildungsgangs zum Abitur ist, bildet der Bildungsgang am beruflichen Gymnasium nach § 28a BremSchulG einen eigenständigen dreijährigen Bildungsgang. Während der Bildungsgang zum Abitur, der in der Sekundar-

stufe I begonnen wurde, einer verlässlichen Zuordnung zwecks Vollendung bedarf, führt er bei den beruflichen Gymnasien zum Wechsel in beziehungsweise zum Neuanfang eines Bildungsgangs. Die Zuordnung zwischen der Sekundarstufe I einer Oberschule und einer gymnasialen Oberstufe – in der Regel an einer Oberschule – gewährleistet nach § 6a Absatz 7 BremSchVwG innerhalb eines Bildungsgangs einen planbaren und sicheren Bildungsweg. Dieser ist aber beim gewünschten und frei wählbaren Wechsel des Bildungsgangs zum beruflichen Gymnasium nicht geboten. Eine Zuordnung würde zudem den individuellen Interessen, Stärken, Neigungen der Schüler:innen entgegenstehen. Es wird daher keine Änderung angestrebt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 2: Elterngeld – noch immer lange Wartezeiten in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 29. Juni 2022

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Eltern in Bremen haben aktuell Anspruch auf Elterngeld, und wie viel Zeit vergeht durchschnittlich bis zur ersten Auszahlung des Elterngeldes nach der Geburt des Kindes?
2. Wie viele Planstellen – Vollzeitäquivalente – sind derzeit in der Elterngeldstelle unbesetzt, und wie wirkt sich das auf die Dauer der Bewilligungsverfahren aus?
3. Wie bewertet der Senat die durchschnittliche Bearbeitungsdauer mit Blick auf die soziale und finanzielle Situation der Familien, sieht er Verbesserungspotenzial, und welche Überbrückungshilfen können von den Eltern zeitnah aktiviert werden, und wie werden sie darüber informiert?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Aktuell haben im August 2022 5 338 Personen Elterngeld erhalten. Die durchschnittliche Zeit bis zur ersten Auszahlung des Elterngeldes betrug in diesem Jahr circa sechs Wochen ab Vorlage der vollständigen Antragsunterlagen.

Zu Frage 2: In der Elterngeldstelle Bremens war im August 2022 eine Planstelle nicht besetzt, das Soll der Personalausstattung liegt bei 15,48 Vollzeitäquivalenten. Diese geringe Abweichung vom Soll ist nicht ungewöhnlich, Auswirkungen auf die Bearbeitungsdauer sind daher nicht zu erwarten.

Zu Frage 3: In der Bremer Elterngeldstelle werden Fälle mit begründeter wirtschaftlicher Notlage in der Bearbeitung vorgezogen. Einzelfälle, in denen eine Überbrückungshilfe notwendig geworden wäre, hat es in der Elterngeldstelle Bremen in den letzten Jahren nicht gegeben.

Auf Initiative Bremens und anderer Länder hat die Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai 2022 einen einstimmigen Beschluss gefasst, der die Bundesregierung auffordert, die angekündigte Reform zur Vereinfachung des Elterngeldes zügig umzusetzen.

Bei der Digitalisierung der Familienleistung Elterngeld befindet sich das Land Bremen bundesweit in einer Vorreiterrolle. Beim ElterngeldDigital kann das Elterngeld digital beantragt werden. Ein digitaler Antragsassistent hilft den Eltern beim Ausfüllen des Antrags. In Bremen werden die in ElterngeldDigital eingegebenen Daten bereits direkt in das Fachverfahren der Elterngeldstellen übermittelt. Die digitale Übermittlung der notwendigen Nachweise, wie zum Beispiel Einkommensbelege oder Krankenkassenbescheinigungen, wird voraussichtlich noch im September realisiert. Durch die voranschreitende Digitalisierung werden Eltern entlastet sowie das Verfahren und damit auch die Leistungsgewährung beschleunigt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sie haben das digitale Verfahren geschildert, aber mit dem digitalen Verfahren, so habe ich es verstanden, kann man noch nicht vollständige Unterlagen einreichen.

(Senatorin Anja Stahmann: Genau!)

Das heißt, die Zeit beginnt erst danach zu laufen.

Senatorin Anja Stahmann: Genau! Wir treiben die anderen Länder und die Bundesregierung in dieser Frage, aber wir sind dabei – -. Ich habe ja gesagt, sechs Wochen brauchen wir im Augenblick. Das ist mir noch zu lange, wir wollen wieder bei den vier Wochen landen, die auch gesetzlich vorgeschrieben sind, und daran arbeiten wir auch kontinuierlich.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhler (FDP): Nach Ihrem Ziel hätte ich Sie auch noch gefragt. Jetzt frage ich Sie danach: Wann wollen Sie das Ziel erreicht haben?

Senatorin Anja Stahmann: Work in Progress kann ich – -. Ich nenne jetzt kein Datum, Herr Dr. Buhler, vielleicht sprechen wir noch einmal in den nächsten sechs Wochen darüber in der Deputation, dann können wir vielleicht schon schneller geworden sein. Das müssen wir schauen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhler (FDP): Haben Sie denn mit Ihrer Aufforderung seitens der Sozialministerkonferenz schon ein Feedback des Bundes erhalten, und wann will er entsprechend handeln? Das ist ja auch Teil dieser ganzen Diskussion um die Transferleistungen.

Senatorin Anja Stahmann: Im Bundesfamilienministerium ist eine eigene Arbeitsgruppe gegründet worden, auch zum Thema Kindergrundsicherung. Dort wird auch das Thema Digitalisierung mit bearbeitet, und wir sind dabei, alle 16 Bundesländer jetzt auch mit allen Regelungen mitzunehmen, die ja unterschiedlich sind, um ein einheitliches Vorgehen der Verwaltung zu normieren und auch festzuschreiben. Auch der Begriff des Einkommens ist in 16 Bundesländern unterschiedlich geregelt. Das haben wir in der Jugendministerkonferenz beschlossen, mit Unterstützung des Bundes, und wir hoffen, dass das als wichtiges Projekt wahrgenommen wird. Ich habe den Eindruck, dass die Bundesregierung an der Stelle auch ernst macht, so erklären wir uns auch die neue Struktur im Bundesfamilienministerium.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Nein, Herr Präsident, ich bin informiert!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Falk-Constantin Wagner. – Bitte sehr!

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Senatorin, Sie hatten gesagt, die Bearbeitung dauert sechs Wochen ab dem vollständigen Eingang der Unterlagen. Wie lange brauchen Sie denn für den Zeitraum vom Eingang des Antrags bis zu der Prüfung, ob die Unterlagen vollständig sind, und die Mitteilung an den Antragsteller, dass sie gegebenenfalls nicht vollständig sind?

Senatorin Anja Stahmann: Ich glaube, dass die Antragstellenden auch sehr schnell einen Laufzettel bekommen, welche Unterlagen noch fehlen. Wie gesagt, für uns zählen dann die vollständigen Unterlagen. Das wird dann vielleicht auch unterschiedlich in der Handhabung sein, aber normalerweise wird es – -. Wir haben eine gewisse Bearbeitungsstraße im Amt für Soziale Dienste – das können Sie sich auch gern einmal ansehen, das ist sehr interessant –, und die Antragstellenden werden dann sehr schnell aufgefordert, wenn noch Bescheinigungen fehlen, diese vorzulegen; also das passiert eigentlich umgehend.

Bei manchen, die sich beschwerten, fehlen dann wirklich noch Unterlagen, die schon mehrfach angefordert wurden, aber sechs Wochen – wir lagen ja bei deutlich längeren Zeiten, deswegen steht Frau Ahrens wahrscheinlich auch noch einmal da, um da noch einmal nachzufragen –, das ist schon ein Fortschritt, aber, wie gesagt, für uns auch noch nicht ganz zufriedenstellend.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, Sie haben es richtig erkannt, es gibt noch eine Zusatzfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens dazu. – Bitte sehr!

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber eine, Herr Präsident!)

Ich weiß es noch nicht, aber bitte schön, Frau Ahrens, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Wir werden es sehen! Frau Senatorin, wann haben Sie denn das letzte Mal in der Elterngeldstelle die gesetzliche Frist von vier Wochen einhalten können?

Senatorin Anja Stahmann: Das kann ich jetzt nicht beantworten, Frau Ahrens, da müssten wir in der Elterngeldstelle beide zusammen nachfragen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Senatorin, Sie haben ja gesagt, dass Sie das eine oder andere noch in der Deputation berichten würden. Wir können das dann ja vielleicht in der Deputation fortsetzen, dass Sie uns da noch einmal darlegen, wann Sie denn das letzte Mal die Vierwochenfrist, die gesetzlich vorgeschrieben ist, eingehalten haben, denn die Elterngeldstelle ist ja ein Dauerbrenner, ähnlich wie die Wohngeldstelle, oder sehe ich das falsch?

Senatorin Anja Stahmann: Ich glaube, es war eine ganz schwierige Situation, auch durch Langzeiterkrankungen, auch durch zu wenig Personal. Da haben wir stark nachgebessert, auch in den Abläufen. Wir haben dazu ja auch mehrfach in der Deputation berichtet, wie sich auch die Arbeitsabläufe verändert haben. Der Bereich hat sich auch aus dem Bereich des AFZ beraten lassen und hat daraufhin noch einmal geschaut, welche Dinge vereinfacht werden können. Es wurde ein Frontdesk eingeführt, es wurden auch noch einmal die Sprechzeiten angepasst. Es ist sicherlich immer Luft nach oben, aber ich würde sagen, wenn wir jetzt einen Vergleich mit anderen Diensten machen, so ist das Elterngeld doch schon ein Stück weit nach vorn gerückt, und Dinge haben sich verbessert. Aber, wie gesagt, ich finde immer, man muss hinschauen, und es gibt an der Stelle immer noch Luft nach oben, und wir berichten ja regelmäßig in der Deputation. Das machen wir gern.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 3: Bündelung von Administration für schulische Projektanträge?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lenke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 29. Juni 2022

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Welche Unterstützung finden Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft bei der Beantragung von Projekten, insbesondere EU-Projekten, seitens der Behörde?

2. Inwiefern hat der Senat Kenntnis davon, dass Schulen aufgrund ihrer Ressourcenlage von der komplexen Beantragung, in die sich jede einzelne Schule wieder neu einarbeiten muss, Abstand nehmen, und wie ist der Dialogstand zum Thema zwischen Schulen und Behörde?

3. Hält der Senat eine unterstützende administrative Bündelung, die auch Schulen in freier Trägerschaft – gegebenenfalls für ein kleines Entgelt – in Anspruch nehmen können, für hilfreich, damit mehr Schulen Projektanträge realisieren und damit entsprechende Gelder nach Bremen holen können?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Senatorin für Kinder und Bildung informiert die Schulen über Projektfördermöglichkeiten, wie zum Beispiel über Angebote der Bremer Schuloffensive, oder eigene Programme, wie zum Beispiel das Landesprogramm „Schüler:innen stärken“. Darüber hinaus findet eine fachliche Beratung und Unterstützung von Schulen auf Anfrage statt.

Für EU-weite Projekte beziehungsweise Austauschprojekte können sich Schulen im Land Bremen an Berater:innen für Mobilität und Fördermittel wenden. Dies sind Lehrkräfte mit besonderer Expertise in diesem Bereich, die eine regelmäßige wöchentliche Sprechstunde und Fortbildungsbeziehungsweise Informationsveranstaltungen über das Landesinstitut für Schule anbieten. Weitere Informationen hierzu sind auf der Internetseite der Senatorin für Kinder und Bildung zu finden. Darüber hinaus steht die Erasmus-Koordinierungsstelle der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa auch Schulen bei der Beantragung von Erasmus+-Projekten beratend zur Seite.

Zu Frage 2: Im Laufe eines Schuljahres erreichen die Senatorin für Kinder und Bildung immer wieder einzelne Anfragen von Lehrkräften zur Antragsstellung im Rahmen von Erasmus+ oder auch zur Förderung von deutsch-französischen Austauschvorhaben. Die Behörde berät dann in Bezug auf die unter Antwort 1 genannten Hilfsangebote. Kenntnisse über eine gegebenenfalls nicht realisierte Beantragung solcher Projekte liegen nicht vor. Auch ist ein entsprechendes Gesuch von Schulen oder

der Landesarbeitsgemeinschaft der Privatschulen als Interessenvertretung bisher nicht artikuliert worden.

Zu Frage 3: Grundsätzlich sind Projekte ein unverzichtbarer Bestandteil von fachlicher und überfachlicher Bildung. Sie finden in ganz unterschiedlichen Bereichen des Schullebens und Schulalltags statt, etwa im Kontext der kulturellen oder politischen Bildung, aber auch im Rahmen von Schulentwicklungs- oder Austauschvorhaben. Dass Schulen und Lehrkräfte zur Durchführung Mittel akquirieren, ist hoch anzuerkennen, da dies nicht selten eines besonderen Aufwands bedarf. In diesen Fällen stehen die zuständigen Mitarbeiter:innen der Senatorin für Kinder und Bildung den Schulen in Bezug auf die Beantragung von Fördermitteln beratend zur Seite beziehungsweise vermitteln an weiterführende Beratungsmöglichkeiten. Eine administrative Bündelung der Beratung beziehungsweise Unterstützung ist jedoch aufgrund sehr unterschiedlicher Ausgangslagen an den Schulen, der inhaltlichen Vielfalt der Projekte und der damit verbundenen Unterschiedlichkeit der Antragswege nicht sinnvoll. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sie haben gesagt, dass es seitens der Schulen in freier Trägerschaft bisher kein Ansinnen gab, dass sie, wenn ich es richtig verstanden habe, auch ein Interesse daran hätten, da Ressourcen bei Antragstellung mit in Anspruch zu nehmen. Wäre denn bei diesen komplexen Antragstellungen ein positives Signal von Ihnen zu erwarten?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Wie ich gerade ausgeführt habe, sind wir natürlich daran interessiert, dass Schulen Projekte machen und dafür auch zusätzliche Mittel akquirieren können, und wenn an die jeweils zuständigen Stellen – in diesem Fall wäre das dann die für die Privatschulen zuständige Stelle bei mir im Haus, das ist der von etlichen jedenfalls auch bekannte und geschätzte Herr Nelson, an den gegebenenfalls so etwas herangetragen werden müsste – so etwas herangetragen wurde, dann müssten wir schauen, wie man das im Rahmen der Gesamtkonstellation betrachten und beraten könnte, weil es natürlich an der Stelle auch einen Unterschied macht, ob sich Schulen an ihre Schulaufsicht wenden und sagen, wir würden gern Folgendes machen, wie können wir denn da weitergehen, aber die Kompetenzen und Kenntnisse

bei der Senatorin für Kinder und Bildung und auch bei der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa vorhanden sind, damit halten wir ja nicht hinter dem Berg. Da müsste man natürlich schauen, in welchem Umfang das ist, und dann haben Sie völlig recht und völlig zu Recht in Ihrer Frage darauf hingewiesen, dass das am Ende natürlich auch eine Frage der Ressourcen ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sie haben auch gesagt, dass es beim LIS diese Stelle gibt. Ist denn da eine deutlich höhere Anfrage, als man bedienen kann, oder wird da jeder bedient, der anfragt, oder gibt es da womöglich Luft? Können Sie das einschätzen? Wissen Sie das?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Da die Kolleginnen und Kollegen, die in den bremischen Behörden arbeiten und natürlich auch am Landesinstitut für Schule, nicht so etwas wie „Luft“ im Sinne von „wenn keiner anruft, habe ich auch nichts zu tun“ haben – ich glaube, das ist nirgendwo der Fall, das ist leider auch beim LIS nicht der Fall –, sondern die Arbeitsverdichtung da natürlich auch hoch ist, haben die Kolleginnen und Kollegen dann eben auch noch andere Tätigkeiten, die sie dann machen. Es ist jedenfalls vom LIS oder von Schulen nicht an die senatorische Behörde herangetragen worden, dass sie da nicht oder nur unzureichend beraten worden sind, weil die Kapazitäten fehlen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 4: Boden auf Zeit – wie fair sind die Erbbaurechtsgeschäfte in Bremen ausgestaltet?

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 1. Juli 2022

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Was sind die Gründe dafür, dass zum einen die Verlängerung der im Besitz der Immobilien Bremen AöR befindlichen Erbbaugrundstücke, die mit zwei Genossenschaftshäusern der Gemeinnützigen Beamten-Wohnungsverein Bremen eG bebaut sind, etwa zwei Jahre dauerte?

2. Zum anderen, warum wurde der Erbbaurechtszins um rund das Fünffache von 9 500 auf 45 000 Euro angehoben?

3. Welche Auswirkungen sieht der Senat hier auf die Mieten von durchschnittlich 4,85 Euro pro Quadratmeter?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der lange Zeitraum liegt darin begründet, dass zum Zeitpunkt des Verlängerungsantrags durch die Antragstellerin im Mai 2020 der Erbbauzins noch bei fünf Prozent lag, aber bereits eine Absenkung der Erbbauzinssätze für Wohnen auf zwei Prozent absehbar war. Damit die begünstigende Neuregelung auf die Gemeinnützige Beamten-Wohnungsverein Bremen eG volle Anwendung finden kann, bedurfte es zweier Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses am 11. September 2020, nämlich einmal der Absenkung der Erbbauzinssätze für die Dauer von 20 Jahren, und nachfolgend einer nach Dekaden gestaffelten Anschlussregelung, der sogenannten Zinsstaffel vom 10. September 2021. Die anschließende Umsetzung der Neuregelungen erfolgte per Rundschreiben durch den Senator für Finanzen am 15. Dezember 2021.

Das verbindliche Verlängerungsangebot von Immobilien Bremen von Ende März 2022 wurde von der Antragstellerin Anfang Juli 2022 beantwortet.

Zu Frage 2: Es handelt sich um zwei Wohnanlagen in der Verdener Straße und in der Gastfeldstraße, für die ein Erbbaurecht in den Zwanzigerjahren abgeschlossen wurde. Im Rahmen der aktuell vorgesehenen Verlängerung wurden die jährlichen Erbpachtzinsen um 27 000 Euro beziehungsweise 8 000 Euro erhöht. Die Erbbaurechtszinsen werden bei Abschluss der Verlängerungsverträge prozentual auf den jeweils aktuellen, durch GeoInformation Bremen ermittelten Grundstückswert berechnet und entsprechen dem nach Landeshaushaltsordnung heranzuziehenden Wert für die Vertragsverlängerung zum vollen Wert des Grundstücks. Die eingeschränkten Möglichkeiten zur Wertsicherung aus den vergangenen 100 Jahren sind erst nach und nach durch die Rechtsprechung teilweise anpassungsfähig geworden. Gleichwohl haben sich Erbbauzinssatzungen und Grundstückswerte

in der Vergangenheit voneinander entkoppelt, so dass jetzt ein Aufholeffekt zum Tragen kommt.

Zu Frage 3: Unmittelbare Auswirkungen sind nicht erkennbar, da nach allgemeiner Rechtsauffassung Erbbauzinssatzungen nicht auf Kaltmieten und Nebenkosten umgelegt werden dürfen, da sie Teil der Kosten für die Grundstücksbeschaffung, wie zum Beispiel Zinsen für Grundstücksfinanzierungen, darstellen und diese Kostenart nicht auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden darf. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Auch wenn die Kosten nicht umgelegt werden dürfen, steigt ja trotzdem die finanzielle Belastung für das Gesamtprojekt, also irgendwoher muss das Geld ja kommen. Gibt es dort Ideen, ist Ihnen da irgendetwas bekannt, wie das gegenfinanziert werden soll?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wenn ich das einmal so sagen darf: Auch, wenn wir jetzt erst einmal geschrieben haben, es darf nicht umgelegt werden, dürfen Mieten ja trotzdem gestaffelt erhöht werden, alle drei Jahre um 15 Prozent. Ich weiß nicht, ob der Vermieter davon Gebrauch machen wird, aber was wir auch nicht machen können, ist eben einen Grundstückswert, der über 100 Jahre alt ist – aus den Zwanzigerjahren, das hatte ich ja gerade vorgelesen –, als den Wert anzulegen, wenn überall woanders auch die Preise gestiegen sind. Also, wir haben da ein Dilemma, das stimmt, aber wir sind auch an die Landesbauordnungen gebunden, und deswegen können wir gerade gar nicht anders, als so zu agieren.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Das heißt, auch wenn natürlich der höhere Erbpachtzins nicht direkt in der Miete ausgewiesen werden kann oder Teil der Miete sein oder auf den Mieter umgelegt werden darf, kann es natürlich trotzdem sein, dass dann über einen anderen Weg die Miete steigen muss, um das irgendwie gegenzufinanzieren? Geben Sie mir da recht?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich widerspreche Ihnen ungern, aber das ist sozusagen das allgemeine Mietrecht. Man kann sowieso, egal, ob die Kosten höher wurden oder nicht, die Miete gestaffelt erhöhen. Insofern, ob man das jetzt darauf

umlegt, ich will jetzt gar nicht sagen, erhöhen sie die Miete, das möchte ich nicht suggerieren, aber jeder Vermieter hat genau dieses Recht, in einem bestimmten Zeitraum die Miete anzuheben, dass es eben auch dem allgemeinen Mietniveau entspricht. Also ausschließen kann man es nie, dass auch die Miete erhöht wird, aber es muss nicht grundsätzlich dem geschuldet sein, dass hier die Erbpacht umgerechnet wird.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 5: Wie wurde der Ausfall der Beschäftigten mit Behinderung bei der Werkstatt Bremen während der Pandemie kompensiert?

Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 7. Juli 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. In welchem Umfang wurden während der Pandemie durch die Werkstatt Bremen Aufträge an Fremdfirmen vergeben, um die Produktionsprozesse aufrechtzuerhalten?

2. In welchem Umfang wurde pflegerisches, pädagogisches oder administratives Personal der Werkstatt Bremen, wie etwa Erzieher:innen oder Heilerziehungspfleger:innen, in den direkten Produktionsprozessen eingesetzt?

3. Wurden die zusätzlichen Personalkosten für die in Frage 1 und 2 genannten Arbeiten von der Werkstatt oder von den Auftraggeber:innen bezahlt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Während der Pandemie wurden durch die Werkstatt Bremen keine Aufträge an Fremdfirmen vergeben, um die Produktionsprozesse aufrechtzuerhalten.

Sowohl in der Phase, als die Werkstatt Bremen vollständig geschlossen war, als auch während der stu-

fenweisen Wiedereröffnung wurde der Produktionsprozess durch Werkstattbeschäftigte und tariflich angestellte Fachkräfte aufrechterhalten.

Um den Bedarf an zusätzlichen Kräften für die Produktion außerhalb der personellen Ausstattung nach § 9 Werkstättenverordnung decken zu können, wurden mit wechselnder Intensität auch Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Die produktionssteigernden Kräfte sind der wirtschaftlichen Betätigung zuzuordnen und haben positive Auswirkungen auf die Höhe der Arbeitsentgelte der Werkstattbeschäftigten.

Zu Frage 2: Pflegerisches, pädagogisches oder administratives Personal der Werkstatt Bremen kam in direkten Produktionsprozessen nicht zum Einsatz. Das pflegerische Personal wurde zur Erarbeitung, Umsetzung und ständigen Anpassung der verordnungs- und arbeitsschutzrechtlich erforderlichen Schutz- und Hygienekonzepte eingesetzt. Dem administrativen Personal oblagen die üblichen und coronabedingt anfallenden Verwaltungsarbeiten.

Das pädagogische Personal hatte zur Zeit der Schließung und der stufenweisen Wiedereröffnung die Aufgabe, den Kontakt zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich zu halten, beispielsweise durch Telefonate, Besuche im Außenbereich oder digitale Konferenzen. Zudem hatte das pädagogische Personal nach den Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit die berufliche Bildung der Rehabilitandinnen und Rehabilitanden durch Lerneinheiten sicherzustellen sowie den Kontakt zu den Werkstattbeschäftigten im Arbeitsbereich aufrechtzuerhalten. Der Leistungsträger verpflichtete die Werkstatt Bremen aufgrund der Zahlung der vollen Vergütungen während der Pandemie, die Leistungen zur Beschäftigung alternativ in einer anderen Art und Weise im jeweiligen eigenen Wohnumfeld zu erbringen. Dies erfolgte ebenfalls durch das pädagogische Personal.

Zu Frage 3: Unter Hinweis auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 sind keinerlei zusätzliche Personalkosten entstanden, die von den hier erwähnten Auftraggebern hätten bezahlt werden müssen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Erst einmal vielen Dank für diese unglaublich verdichtete

Antwort! Ich habe ein bisschen gebraucht, um sie in Gänze zu verstehen, aber ich habe da eine Frage: Wenn Sie hier schreiben, dass der Einsatz von Zeitarbeitskräften erforderlich war, dann habe ich die Frage, in welchem Bereich diese Zeitarbeitskräfte eigentlich genau eingesetzt wurden und was sie dann produziert haben.

Senatorin Anja Stahmann: Das waren Beschäftigte von Mercedes, die wir so auch nicht am Markt bekommen hätten – das ist das, was ich weiß, sonst müsste man das Thema noch einmal im Betriebsausschuss verdichten –, und insgesamt waren es neun Personen, die ausgeholfen haben, und da es so einen großen Mangel an Facharbeitskräften gibt, auch in dem Bereich, hätten wir sie in der Coronazeit auch gar nicht am Markt bekommen. Deswegen, denke ich, ist es eine gute Lösung, dass die Werkstatt und Mercedes da so eng zusammengearbeitet haben, und beide haben das für die gemeinsame Produktion auch positiv bewertet, und ich denke, das muss man sich dann auch noch einmal anschauen.

Es ist jetzt aber kein wirtschaftlicher Schaden entstanden – also sollte das sozusagen der Anlauf für die Frage gewesen sein –, sondern es ging darum, dass wir auch möglichst schnell wieder in die Normalität kommen mit der Arbeit, denn für die Werkstattbeschäftigten war das auch eine ganz schwierige Zeit; für uns alle hier war es eine schwierige Zeit, zu Hause zu sitzen, aber auch für die Werkstattbeschäftigten. Sie haben sich auch alle wieder sehr nach der Normalität gesehnt, und ich glaube, dass das ein guter gemeinsamer Schritt war.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Dann gehe ich also recht in der Annahme, dass die Beschäftigten in einer Werkstatt Bremen nicht Kerzen gießen oder für einen Weihnachtsbasar arbeiten, sondern dass sie notwendige Produktionen im Ablauf von Mercedes leisten?

Senatorin Anja Stahmann: Wir gießen auch Kerzen, und wir kochen auch Marmelade, aber wir reinigen auch Polizeiautos für die Polizei in Bremen. Wir unterstützen die Polizei bei der Führung der Asservatenkammer, und – und darauf sind wir auch stolz – wir arbeiten auch mit Kaffeeunternehmen in Bremen zusammen auf dem Ersten Arbeitsmarkt. Wir arbeiten auch mit Mercedes zusammen, und das ist auch wichtig, und damit identifizieren sich

gerade auch die Beschäftigten in der Georg-Gries-Straße ganz stark.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Würden Sie mir dann recht geben oder zustimmen, wenn also die Beschäftigten in einer Werkstatt notwendige Produktionen machen, dass sie dann auch dementsprechend entlohnt werden?

Senatorin Anja Stahmann: Das ist das bekannte Thema, über das wir ja schon häufiger gesprochen haben. Wir haben das Bundesteilhabegesetz, wir haben die Werkstattverordnung, und es ist ein stetiges Thema der Werkstattleitung und auch der Sozialsenatorin, dass wir an dem Thema arbeiten, was die Entlohnung der Werkstattbeschäftigten angeht. Aber in der Werkstatt wird man nicht entlohnt wie auf dem Ersten Arbeitsmarkt aufgrund verschiedener rechtlicher Regelungen, die wir ja in den Sozialgesetzbüchern finden, aber dass wir da für eine Veränderung arbeiten, haben wir ja auch schon häufiger im Betriebsausschuss gesagt.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen zu diesem Themenkomplex liegen nicht vor.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Herr Dr. Buhlert, haben Sie dazu noch eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Nein, ich habe nur einen Zwischenruf gemacht!)

In Ordnung!

Anfrage 6: Konzept gegen Farbschmierereien und illegale Graffiti

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. Juli 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Was sind die Gründe dafür, dass die Federführung der Verfolgung und Entfernung von Schmierereien beim Bürgermeister und dem Kulturressort anstatt beim Innenressort gelandet sind?

2. Wann ist mit Erkenntnissen aus dem Pilotprojekt in Vegesack zu rechnen, das als Grundlage für ein längst vonseiten des Bremer Parlaments eingefordertes Gesamtkonzept dienen kann, und wie sieht das Konzept des Senats gegen Farbschmierereien und illegale Graffiti in den Stadtteilen außerhalb Vegesacks aus, bis diese Erkenntnisse vorliegen?

3. Möchte das Kulturressort – neben der Graffiti-Kulturförderung – auch die Repression illegaler Tags und Graffiti begleiten, und wer entscheidet über die Entfernungswürdigkeit von illegalen Farbschmierereien und Graffiti, und nach welchen Kriterien?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Carmen Emigholz.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat betrachtet die Bekämpfung des Farbvandalismus ganzheitlich und ressortübergreifend. So fallen in der Bearbeitung einzelne Aufgabenbereiche in den Zuständigkeitsbereich des Senators für Kultur, des Senators für Inneres und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, jedoch möchte der Senat diese Herausforderung nachhaltig mit einem Gesamtkonzept bearbeiten, das in der Federführung des Senators für Inneres liegt.

Zu Frage 2: Neben dem Pilotprojekt in Vegesack, in dem maßgeblich der Senator für Inneres zusammen mit der Handelskammer und in Abstimmung mit der Bremer Stadtreinigung dafür sorgen, dass ausgewählte Flächen von illegalen Farbschmierereien befreit werden, konnte unter anderem eine erste Hall of Fame als weiteres Pilotprojekt in der Hannoverschen Straße eingeweiht werden. Diese Hall of Fame hat das Amt für Straßen und Verkehr in enger Abstimmung mit der Kooperation mit dem Ortsamt Hemelingen realisiert.

Die Erfahrungen aus diesen beiden Projekten werden in ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept des Senats münden. Festzustellen ist allerdings bereits jetzt, dass eine Einbindung von Graffitikünstler:innen bei Gestaltungsprozessen im öffentlichen Raum nicht automatisch zu einer Verringerung der Farbschmierereien führt. Dennoch baut das Kulturressort effektive Netzwerke innerhalb der Graffitizene auf, damit die Bedarfe der Graffitikünstler:innen produktiv berücksichtigt werden können.

Der Senator für Inneres führte am 7. September einen Ortstermin in Vegesack durch. Hier wurde gemeinsam mit dem Ortsamt, der Handelskammer und der Handwerkskammer der Fortlauf des Projektes skizziert, sodass im Anschluss Reinigungsmaßnahmen umgesetzt werden können. Noch in diesem Jahr wird eine Reinigungsmaßnahme durchgeführt.

Eine weitere Konzepterstellung wird maßgeblich auf diesen Erkenntnissen beruhen und zwischen dem Senator für Kultur, dem Senator für Inneres und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau abgestimmt.

Für die Beseitigung sämtlicher im Stadtgebiet befindlichen illegalen Graffiti beziehungsweise ein stadtweit umzusetzendes Konzept sind umfassende Finanzmittel notwendig.

Zu Frage 3: Die Aufgabe des Kulturressorts ist es nicht, das Aufbringen von illegalen Tags und Graffiti zu verfolgen und Sanktionen auszusprechen. Grundsätzlich werden nur Graffiti im Sinne einer qualitativen künstlerischen Street-Art über die legalen Prozesse entstehen, als Kunstform im öffentlichen Raum akzeptiert, und können vom Senator für Kultur gefördert werden.

Hier haben wir ein Wort ergänzt und den Satz umgestellt, das haben Sie aber gerade auch gehört, in Abstimmung übrigens mit dem Kollegen des Senators für Inneres. Das ist leider durchgerutscht, und das musste ich korrigieren.

Illegale Graffiti oder Tags, die darüber hinaus einen klaren verunglimpfenden, sexistischen, diskriminierenden oder rassistischen Bezug aufweisen, werden bei Kunstwerken vom Senator für Kultur, ansonsten im öffentlichen Raum zur Gefahrenabwehr auf Initiative des Senators für Inneres entfernt. Die Bremer Stadtreinigung und der Umweltbetrieb Bremen entfernen in sehr geringem Umfang Graffiti mit verunglimpfenden Inhalt im Bereich der öffentlichen Grünanlagen, sofern nicht Zuständigkeiten anderer Ressorts betroffen sind. Hierunter sind vor allem sexistische und extremistische Graffiti zu verstehen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ja, bei den vielen Fragen, die neu entstanden sind, muss ich

mich fokussieren und frage einmal dies eine nach: Wenn jetzt so viele Ressorts in diese ganz primäre Konzepterstellung miteinbezogen werden, die ja schon sehr lange von diesem Haus in Auftrag gegeben worden ist, wann kann man denn einmal mit einem ersten Ergebnis – wenigstens dieses allerersten Konzepts – rechnen?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Das werden wir Ihnen gern in der zuständigen Fachdeputation nachreichen, denn die Auswertung des Pilotprojekts in Vegesack wird dabei eine Rolle spielen, aber auch die Ausweitung aus anderen Prozessen, über die ich Ihnen gern auch in der Deputation oder auch in der Bürgerschaft einmal gesondert berichten kann.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Noch einmal konkret: Welches Ressort, und wann werden Sie darüber berichten?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Zunächst einmal, für sanktionsbetroffenen Bereiche ist der Senator für Inneres zuständig, wir sind für die Kunstform Graffiti zuständig, und diese Kunstform unterliegt ganz normalen gerichteten Verfahren. Das heißt, wir geben Flächen frei, wenn sich Graffitikünstler bei uns bewerben, und in einem Wettbewerb setzen sie sich durch. Manchmal gibt es aber auch Initiativen von Ortsämtern mit anderen zusammen, und dann versuchen wir, das nachzuvollziehen, soweit es möglich ist, aber wir haben dafür Gremien, und das hat sich bisher auch bewährt.

Meine Erfahrung ist, wenn es uns gelingt, mehr Flächen für Graffiti zu weisen, wird das nicht alle Probleme lösen, aber es hilft ganz sicher, wenn man sich dazu entschließt. Die Erfahrung haben wir schon vor vielen Jahren gemacht. Trotzdem muss man eben Schmierereien ganz klar von Kunst unterscheiden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Können Sie nachvollziehen, dass das Zeitfenster – ich spreche jetzt nicht von Graffiti als Kunst, sondern dem Problem, das wir mit Schmierereien und Graffiti in der Stadt haben – außerordentlich unbefriedigend ist für alle Bürger, die ein Interesse daran haben, in dieser Sache zu sehen, dass eine Ernsthaftigkeit

dahintersteht und dass wir da wirklich weiterkommen?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Schmierereien sind auch für uns ausgesprochen ungünstig. Manchmal sind wir auch auf Meldungen von Anwohnerinnen und Anwohnern angewiesen und können gar nicht so schnell hinterhergehen, und wir haben Ihnen in der letzten Frage ja geantwortet, dass wir insbesondere bei den diskriminierenden Tatbeständen sofort eingreifen. Das hat dann manchmal Priorität, und ich entschuldige mich auch dafür, dass das aus Ihrer Sicht zu lange dauert; aus unserer manchmal auch, aber wir müssen einfach sehen, wie wir das organisatorisch und sachlich hinbekommen. Wir haben auch nicht so einen großen Personalstamm und nicht so viele Aktive, die das regeln können, aber natürlich ist es so, dass wir uns sehr darum bemühen, dass wir das zeitnah machen, wenn es wirklich Ärgernisse gibt, soweit es in unserem Bereich liegt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Das lassen wir einmal so stehen! – Danke!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Claas Rohmeyer. – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Der Hintergrund der Frage der Kollegin Frau Bergmann – das hat sie nicht gesagt, aber ich sage das jetzt – ist ja die vor ziemlich genau einem Jahr im September 2021 von der Bremischen Bürgerschaft dem Senat um Abhilfe zugeleitete Petition gegen Farbschmierereien und illegale Graffiti. Ist Ihnen bekannt, dass der Senat innerhalb von vier Wochen auf einen solchen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zu reagieren hat, und können Sie uns sagen, warum das bis heute nicht erfolgt ist?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wir sind entsetzt!)

Staatsrätin Carmen Emigholz: Erstens, wir sind nicht allein betroffen. Illegale Graffiti sind nicht –

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das war jetzt aber keine Antwort auf die Frage!)

Ja, wir sind nicht allein betroffen! Wir arbeiten mit, und illegale Graffiti sind nicht primär unsere Verantwortung, sondern tatsächlich der Bereich,

der die Verschmutzung von Kunstwerken – –. Das wissen Sie auch. Wir geben uns immer Mühe, und selbstverständlich können wir uns da bessern, aber wir sind nicht allein auf der Welt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Ich hätte ganz viele, aber ich würde mich erst einmal bemühen, mich auf eine zu konzentrieren! Frau Staatsrätin, wenn Sie nicht zuständig sind für illegale Graffiti und Farbschmierereien, wie die Überschrift dieser Anfrage formuliert, warum stehen Sie hier, und warum steht hier niemand, der dafür zuständig ist?

(Beifall CDU, FDP)

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich will es einmal so sagen: Nehmen wir das doch einmal humoristisch!

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Nein, leider nicht mehr! – Zurufe CDU, FDP)

Ich glaube, das sollten wir ruhig einmal tun.

(Zurufe CDU, FDP)

Ja, der ist ja auch da! Der Senat – –.

Präsident Frank Imhoff: Jetzt kann die Frau Staatsrätin Fragen beantworten, und dann machen wir weiter!

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich habe das artig freiwillig gemacht, weil die Anfrage uns zugewiesen wurde, weil man bei Graffiti erst an Graffitikunst denkt und dann an Ärger mit Graffiti, und wer die Kunst macht, der hat auch den Ärger. Das ist die Wahrheit, und so passiert so etwas manchmal. Nicht alles im Leben ist gewollt, gesetzt und böseartig, sondern manchmal kommt es einfach in der Ferienzeit an einer Stelle an, wo es dann landet, und dann muss man auch die Verantwortung dafür übernehmen. Diese Verantwortung übernehme ich persönlich, und ich übernehme auch die Verantwortung, das mit zu koordinieren, damit das besser und zufriedenstellender läuft, aber auch wir haben manchmal Arbeitsprozesse in der Sommerpause, wo das dann mit den Zuweisungen nicht ganz so rund läuft wie sonst, und wir wollen das jetzt doch nicht zum System oder zur Ideologie machen. Trash passiert überall einmal.

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Ich möchte nur klarstellen, dass ich Ihnen keinen Vorsatz und böswillige Absicht,

(Zuruf SPD: Das ist keine Frage!)

aber vielleicht mangelndes Interesse

(Widerspruch SPD)

und gegebenenfalls dem Gesamtsenat Unvermögen unterstelle.

Präsident Frank Imhoff: Herr Rohmeyer, bitte eine Frage!

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Nein, vielen Dank!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert. – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Wäre es denn möglich, dass Sie das Podium frei machen, so dass der andere Staatsrat, der im Raum anwesend ist, Nachfragen beantworten könnte?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich bin davon überzeugt, dass mein Kollege Bull leidenschaftlich gern diese Aufforderung annimmt und dass wir da gar keine Probleme haben, und ich glaube, wir entspannen uns alle einmal schön, das hilft immer.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Gibt es noch weitere Fragen an Herrn Bull, wenn er jetzt noch etwas sagen möchte?

(Zuruf CDU: Vielleicht möchte er Fragen stellen!)

Das ist nicht der Fall.

Anfrage 7: Entlastung der Sportvereine von dramatisch steigenden Energiekosten
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 19. Juli 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie reagiert der Senat auf die dramatisch steigenden Energiekosten im Bereich der Sportvereine, insbesondere jenen mit vereinseigenen Sporthallen?
2. Plant der Senat eine zeitnahe Erhöhung der Energiekostenzuschüsse/der Zuschüsse zur Bewirtschaftung von Sportanlagen für Sportvereine, damit die finanziellen Belastungen durch die Energiekostenkrise nicht zulasten des Breitensports und seiner Ehrenamtlichen und Aktiven geht?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Der Deutsche Olympische Sportbund hat Empfehlungen zur Energiereduktion für Sportvereine veröffentlicht, diese werden auch vom Senat geteilt. Ergänzend hat der DOSB die Sportvereine aufgefordert, 20 Prozent Energie einzusparen, um die Schließung von Sportanlagen zu vermeiden. Dabei sind dem Senat die Herausforderungen für alle Institutionen durch die aktuelle Energiekrise bewusst. Daher sieht er es auch als Aufgabe, diesbezüglich kurz- und langfristige Lösungen zu finden, sollten vom Bund keine ausreichenden Entlastungen gewährt werden.

Der Großteil der Sportvereine nutzt städtische Sporthallen gegen Zahlung eines geringen Nutzungsentgelts. Sportvereine mit eigenen Sporthallen können im Rahmen der Sportförderung generell unterstützt werden, im Jahr 2022 mit insgesamt 130 000 Euro. Hier prüft der Senat zurzeit eine Anpassung. Weiterhin wird mit den Sportvereinen mit eigenen Sporthallen über langfristige energetische Sanierungen gesprochen, und es werden entsprechende Finanzierungsmodelle überprüft. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Sie haben gesagt, dass Sie diese Anpassung prüfen. Können Sie mir eventuell sagen, wie weit Sie mit der Prüfung sind und wie es aussieht, wie die Chancen stehen?

Senatorin Anja Stahmann: Wir haben uns heute auch im Senat damit befasst, was alles im dritten Entlastungspaket des Bundes steht. Da haben sich der Bürgermeister und die Sportsenatorin traurig angeschaut, da der Bürgermeister für Kultur zuständig ist, ich für den Sport. Frau Bernhard hat gesagt, für die Krankenhäuser gibt es auch noch einiges zu tun. Also, wir werden weiter mit dem Bund im Gespräch bleiben, auch, denke ich, in Richtung eines vierten Entlastungspakets, das wird ja auch bundesweit diskutiert.

Wir müssen jetzt sehen, wie sich die Energiepreise entwickeln, wenn die Abrechnungen kommen. Ich habe im Senat ganz deutlich gemacht, wir haben die Vereine in Bremen und Bremerhaven durch die Coronakrise getragen, die allermeisten, es hat ganz wenige Aufgaben von Vereinen gegeben. Ich möchte, dass wir auch durch diese Krise gemeinsam gehen und dass wir die Sportangebote und die Sportvereine unterstützen. Die Sportvereine haben aus meiner Sicht die Aufgabe verstanden, dass es darum geht, auch Energie zu sparen.

Die Sportminister- und -ministerinnenkonferenz hat auch noch einmal Beschlüsse gefasst, die den Bund auch auffordern, dafür zu sorgen, dass die Sportangebote nicht eingestellt werden, weil Sport wichtig ist in der Gesellschaft, weil es in so einer Krise auch darum geht, dass Menschen im psychischen Gleichgewicht bleiben, und dazu trägt der Sport entscheidend bei.

Der Senat hat über eine Vorsorge gesprochen, über die Daseinsfürsorge für die Einrichtungen in der sozialen Daseinsfürsorge, auf die Kommastelle, und auch Summen haben wir, und über konkrete Schritte jetzt in einzelnen Bereichen haben wir noch nicht gesprochen, aber wir wissen, dass wir sowohl den Bereich des Sports als auch den Bereich der Jugendhilfe, der Altenarbeit, der Kultur in dieser Krise auch im Auge haben müssen. Ich habe ja gesagt, die Vereine, die eigene Sporthallen haben, können wir da nicht allein im Kalten sitzen lassen, weil man kaum Möglichkeiten hat, das auf die Mitglieder umzulegen, weil ja auch viele Mitglieder nicht gerade, ich sage einmal, finanziell auf Rosen gebettet sind. Wir haben viele Kinder und Jugendliche in den Vereinen. Ich glaube, dieses Haus und der Senat müssen ein gemeinsames Interesse daran haben, für den Sport gegebenenfalls etwas finanziell zu tun und auch an Programmen aufzulegen, aber weil Sie so gefragt haben: Ganz konkret haben wir uns da noch auf nichts verständigt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Senatorin! Ich bin in fast allen Punkten Ihrer Meinung und auch, dass Energie eingespart werden soll und auch muss, aber wenn man jetzt in Bremen unterwegs ist, gibt es leider auch seit einigen Jahren viele Anlagen, wo auch bei 30 Grad die Heizungsanlage an war und wo man auch die Duschen tagelang nicht schließen kann, weil da saniert werden muss. Gibt es in dieser Richtung jetzt auch im Zusammenhang mit dem Sparen von Energie vielleicht einen Plan oder Ideen, das anzugehen?

Senatorin Anja Stahmann: Ich denke, dass Immobilien Bremen diesen Bereich ganz fest im Blick hat. Insgesamt – ich sage es noch einmal – haben wir bundesweit 90 000 Sportvereine mit insgesamt 27 Millionen Mitgliedern, also ich glaube ganz fest daran, dass es da auch Dinge gibt, wo Energie gespart werden kann. Wir müssen aber auch an die energetische Sanierung heran, und einige Vereine haben sich in Bremen da schon sehr vorbildlich auf den Weg gemacht, und bei solchen Dingen würde ich mich darüber freuen, wenn wir Investitionsmittel bekommen oder wenn Immobilien Bremen auch Investitionsmittel in die Hand nimmt, um solche Dinge abzustellen. Dass eine Heizung bei warmen Temperaturen an ist, das muss geändert werden, das sehe ich so wie Sie, und sachdienliche Hinweise wie immer gern an Immobilien Bremen! Der Finanzsenator sitzt dort hinten, er weiß vielleicht auch die E-Mail-Adresse auswendig.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 8: Service auch ohne Termin – Wann kehrt der Bürgerservice in Bremen wieder zum Normalbetrieb zurück?

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. Juli 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit plant der Senat die Rückkehr der BürgerServiceCenter in den „Normalbetrieb“, sodass auch Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ohne vorherige Terminvereinbarung bearbeitet werden?

2. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass Bürgerinnen und Bürger derzeit teilweise mehrere Wochen warten müssen, um den nächsten freien Termin bei einem der BürgerServiceCenter zu erhalten?

3. Inwieweit gibt es für „Eilfälle“ auch kurzfristige Termine – bitte Anzahl jeweils für das BürgerServiceCenter Stresemannstraße, Nord und Mitte getrennt ausweisen –?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Rahmen des laufenden Analyseprozesses mit Unterstützung von Staatsrat a. D. Lühr wird auch geprüft, ob zumindest temporär ergänzend offene Sprechzeiten angeboten werden können. Zunächst wurde aber die gezielte Abarbeitung der bestehenden Postrückstände im Rahmen von Sonderaktionen durch die Beschäftigten des Bürgeramtes und zusätzlich dafür eingestellte Hilfskräfte eingeleitet, um auf diesem Weg Personalressourcen aus der Postbearbeitung in die Publikumsfachbearbeitung umzusteuern.

Anlässlich des geplanten Umzugs des BSC Mitte in eine neue Liegenschaft in der Innenstadt wird geprüft, ob dort ein „Schnellschalter“ eingerichtet werden kann für die Erledigung von einfachen Anliegen auch ohne Termin, wie zum Beispiel Beglaubigungen.

Zu Frage 2: Die Situation ist sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürger:innen unbefriedigend. Es wurden insbesondere die zuvor genannten Maßnahmen ergriffen, um die Situation zu entschärfen und ein zeitnäheres Terminangebot zu ermöglichen.

Die Arbeitsbelastung ist weiterhin hoch und die Nachfrage auch nach kurzfristigen Terminen groß. Das BSC gibt daher regelmäßig frühmorgens zusätzliche zeitnahe Termine frei. Wenn die Nachfrage groß ist, sind diese auch schnell vergeben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Kundinnen und Kunden bereits vereinbarte Termine, die sie nicht einhalten können, wieder absagen. Dringende Fälle, die per Mail eingehen, werden entsprechend bewertet, und die Mitarbeitenden versuchen, einen kurzfristigen Termin anzubieten.

Der Senator für Inneres und das Bürgeramt verfolgen das Ziel, die Verfügbarkeit von Terminen weiter zu erhöhen. Zu diesem Zwecke werden jetzt pilothaft die Erfahrungswerte hinsichtlich nicht wahrgenommener Termine für die Vergabe zusätzlicher Termine genutzt.

Zu Frage 3: Für „Eilfälle“ gibt es immer eine Lösung. Hier erfolgt die Kommunikation über die entsprechenden virtuellen Postfächer der einzelnen Referate und über das Bürgertelefon 115. Eine Auswertung dieser Termine wird nicht vorgenommen, alle Termine eines Tages werden mit Ablauf desselben Tages gelöscht. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Viele der angekündigten Maßnahmen, über die Sie gerade gesprochen haben, zielen ja schon sehr darauf ab, die Situation jetzt erst einmal zu entschärfen. Was wird denn getan, damit wir nicht wieder in so eine Situation kommen?

Staatsrat Olaf Bull: Vielen Dank für Ihre Nachfrage, das gibt mir die Gelegenheit, mit eigenen Worten das Aufbauprogramm zu skizzieren, das wir mittlerweile mit der Amtsleitung, dem Personalrat und auch mit Herrn Lühr schon grob skizzieren können, ich komme gerade von einem Termin mit dem Personalrat.

An erster Stelle steht für uns, das Terminangebot zu erhöhen. Der zweite Punkt in unserem Programm ist, die Nachfrage zu reduzieren – das klingt komisch, aber durch bessere Beratung und Digitalisierung reduziert sich dann auch die Nachfrage für persönliche Vorsprachen –, und das Dritte ist Prozessoptimierung.

Der erste Punkt, ganz wesentlich, um die Zahl Termine zu erhöhen: Ich habe Ihnen berichtet, wir können Eilfälle lösen, und mir ist noch keine Familie bekannt geworden, die nicht fliegen konnte, weil das Bürgeramt nicht rechtzeitig gehandelt hätte. Aber 15 Wochen Wartezeit auf einen Termin – wenn Sie heute hineinschauen, der 15. Dezember –, das ist uns/Ihnen viel zu lange, und da müssen wir besser werden. Deswegen haben wir Zeitarbeiter eingestellt, die die Post wegarbeiten, so kann mehr Publikum bedient werden.

Wir haben Überstunden akquirieren können von Mitarbeitern des Bürgeramtes, die freiwillig Überstunden leisten, und das Dritte, ganz wichtig, ist die sogenannte Terminuntreue. Was machen wir gegen diese Terminuntreue, oder wie nutzen wir sie? Wir werden künftig eine SMS verschicken, Herr Lübke hatte das schon aufgespießt. Das ist nicht ganz unwesentlich. Zwar bekommen Sie mittlerweile eine E-Mail, wo Sie den Termin bestätigen müssen, aber wir wissen aus Erfahrung, dass Termine gehamstert werden, teilweise zehnfach, und künftig werden Sie am Vorabend eine SMS bekommen und müssen bestätigen, dass Sie den Termin wahrnehmen; wenn nicht, kann dieser Termin wieder genutzt werden. Das ist eine ganz wesentliche Verbesserung.

Ein weiterer Punkt, den wir mit dem Personalrat verhandeln, bringt auch viele neue Termine, nämlich: Wir haben in unseren Analysen festgestellt, dass bis zu 20 Prozent der Terminwahrenden gar nicht im Bürgeramt erscheinen, und das müssen wir uns einfach zunutze machen und diese Termine frühzeitig in dem Wissen vergeben, dass 20 Prozent der Besucher nicht kommen. Darüber verhandeln wir mit dem Personalrat, und der Gesamtpersonalrat ist auch eingebunden, weil wir eine Statistik darüber führen müssen, damit wir mit den Beschäftigten auch nachweisen können, dass wir sie mit dieser Aktion nicht überfordern. Das ist sehr wichtig. Vielleicht dieser Blick in die Werkstatt im Bürgeramt!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sie haben eben das Thema Digitalisierung angesprochen. Mich interessiert auch einmal Ihre persönliche Einschätzung, wie da eigentlich die konkrete Roadmap aussieht. Ich stelle die Frage vor dem Hintergrund, dass ja nun andere Länder deutlich weiter sind als wir, wo man schon lange nicht mehr für die Verlängerung eines Personalausweises oder für ein neues Kfz-Kennzeichen einen persönlichen Termin machen muss, um irgendwohin zu laufen. Da geht vieles mittlerweile online. In Deutschland tun wir uns ja noch so ein bisschen schwer damit. Wie schätzen Sie die Situation ein? Wann werden vielleicht auch wir da einmal ankommen, dass man auch dadurch die Situation entschärft, dass einfach nicht mehr für jede Kleinigkeit ein persönlicher Termin gemacht werden muss?

Staatsrat Olaf Bull: In zwei Bereichen erhoffe ich mir einen Schub: einmal bei Führungszeugnissen,

da kann man ja mittlerweile, wenn man eine App hat, das auch beim Bundesamt für Justiz machen, das geht schneller. Das ist das eine. Im Meldewesen können wir künftig mehr online machen – das ist der zweite Bereich –, und der dritte Bereich: Wir hoffen, wenn wir das neue BSC Mitte am neuen Standort in der Innenstadt eröffnen können, dass wir dann auch Selfterminals für Passangelegenheiten präsentieren können. Das wäre ein richtiger Schub.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich habe vorhin hineingeschaut, um einmal zu sehen, wie heute die Situation exemplarisch im BürgerServiceCenter Mitte ist. Noch vor einer Stunde war der nächstmögliche freie Termin am 24. November. Jetzt habe ich gerade hineingeschaut, bevor ich ans Mikrofon getreten bin, und jetzt ist der nächstmögliche freie Termin schon der 19. Dezember, wir haben jetzt gerade September. Es ist also ja in manchen Fällen gar nicht möglich, gewisse zeitliche Vorgaben auch einzuhalten, wenn es darum geht, sich umzumelden und so weiter. Wie reagieren Sie darauf? Ich stelle die Frage, weil es natürlich nicht sein kann, dass Menschen, die sich gern schnell ummelden möchten, es aber nicht können, weil keine Termine frei sind, nachher irgendwo in Probleme kommen.

Staatsrat Olaf Bull: Ich hatte ja beschrieben, wie wir früher Termine anbieten wollen, mehr Termine, sodass sie nicht erst am 24. November hingehen können, das ist das eine, und Eiltermine, das hatte ich auch beschrieben, werden auch gelöst, wenn Sie nachweisen, dass Sie sonst ein Problem bekommen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Eckhoff. – Bitte sehr!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Herr Staatsrat, irgendwann ist ja so ein Dokument auch einmal fertig, und es kann abgeholt werden. Können Sie mir sagen, wie lang die Abholzeiten sind?

Staatsrat Olaf Bull: Die habe ich nicht parat. Die Abholzeiten, das Warten auf einen Termin – –.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Eines fertigen Dokuments! Man hat einen neuen Reisepass oder

Personalausweis beantragt, dann wird er erstellt, und dann kann man ihn abholen. Können Sie mir sagen, wie lange das dauert?

Staatsrat Olaf Bull: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, aber am Schalter müsste die Abholung sehr schnell möglich sein.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Dann kann ich Sie vielleicht aufklären – ich dachte eigentlich, so eine einfache Frage können Sie beantworten –: Durchschnittlich beträgt die Wartezeit im Moment, weil man dafür auch einen Termin braucht, im Schnitt circa zehn Wochen. Wäre es nicht vielleicht eine Idee, dass Sie einfach einen Abholhalter einrichten? Dann blockieren Sie nämlich nicht so viele Termine, und die Leute können kommen, wenn im Endeffekt ihr Dokument fertig ist. Das kann doch kein Hexenwerk sein!

(Beifall CDU)

Staatsrat Olaf Bull: Herr Eckhoff, ich teile Ihre Einschätzung, dass das kein Hexenwerk ist, ich hatte ja auch beschrieben, dass wir das spätestens für das neue BSC Mitte planen, und wenn Sie in Terminnöte durch diesen verzögerten Termin in zehn Wochen kommen, dann geht es schneller.

(Zurufe)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Aber Herr Staatsrat, ich frage Sie: Warum wollen Sie warten, bis etwas Neues fertig ist, um dort einfache Lösungen zu etablieren? Das hilft den Menschen, die jetzt zehn Wochen warten müssen, um ein Dokument abzuholen – –.

(Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt [SPD]: Wann haben Sie denn zum letzten Mal ein Dokument abgeholt? – Zurufe SPD)

Ich habe – –. Ja, das ist ja schön, aber dann versuchen Sie, Ihr Dokument heute einmal abzuholen, Frau – –! Vielleicht haben Sie auch einen bevorzugten Termin bekommen!

(Zurufe SPD)

Präsident Frank Imhoff: Der Abgeordnete Eckhoff fragt jetzt den Staatsrat, und der antwortet. So läuft das in der Fragestunde nun einmal! Deswegen erwarten wir vom Parlament jetzt die Antwort vom Herrn Staatsrat!

Staatsrat Olaf Bull: Der Antwort werde ich gern gerecht! Herr Eckhoff, den Einzelfall kann ich jetzt nicht beurteilen. Ich weiß nicht, ob es wirklich zehn Wochen sind, ich kann Ihnen nur sagen, der Innenminister ist nicht dafür bekannt, zuzuwarten oder zu warten. Wenn wir jetzt im Rahmen dieses Prozesses, der sehr dynamisch ist, wie ich ihn beschrieben habe, schon kurzfristig einen Schnellschalter einführen können, dann machen wir das.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Dieser Vorschlag lag schon bei der letzten Krise des BSC auf dem Tisch, die, glaube ich, ungefähr sechs bis acht Jahre zurückliegt, aber auch im Verantwortungsbereich des jetzigen Innenministers lag. Offensichtlich ist es in sechs bis acht Jahren nicht gelungen.

Präsident Frank Imhoff: Bitte stellen Sie eine Frage!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Das ist eine Frage! Offensichtlich ist es bis jetzt nicht gelungen, einen solchen Schnellschalter einzuführen. Woher nehmen Sie die Hoffnung, dass es jetzt schneller gehen könnte? Sie wollten ja gerade noch warten bis zum neuen BSC!

Staatsrat Olaf Bull: Herr Eckhoff, kaufen Sie uns einfach ab, dass wir gerade dabei sind, Dynamik zu entfalten.

(Heiterkeit – Zurufe CDU)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Staatsrat, dass mir dies ehrlich gesagt schwerfällt vor dem Hintergrund der Geschichte des BSC, aber ich bin auf Ihre Dynamik in acht Jahren gespannt!

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues. – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Sehen Sie es auch so wie ich, dass man bewährte Systeme, wie der Kollege Eckhoff gerade gesagt hatte, Schnellschalter zu machen, früher zum Beispiel im Servicecenter in Bremen-Nord hatte und dass es da funktioniert hat?

(Zurufe)

Ja, mittlerweile gibt es das auch nicht mehr!

Staatsrat Olaf Bull: Frau Abgeordnete, ich will gern einmal beschreiben, was die Sorge der Beschäftigten dahinter ist! Die Sorge ist, dass es einfach wieder eine Schlangenbildung gibt, auch an Schnellschaltern, deswegen wird das immer mitgedacht. Das ist einfach die Sorge der Beschäftigten, dass wir wieder Situationen mit Schlangen bekommen, und die wollen wir partout nicht.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Ja, jetzt kommt meine eigentliche Frage! Herr Staatsrat, wie können Sie denn einmal sicherstellen, dass priorisiert wird, oder wird überhaupt priorisiert? Beim Personalausweis oder Reisepass sehe ich, er läuft in drei Monaten ab, da bekomme ich auch freundlicherweise ein Schreiben, aber die Studenten zum Beispiel brauchen zum Teil Meldebestätigungen für ihre Universitäten. Mein Sohn zum Beispiel hat jetzt erst Ende November einen Termin. Sehen Sie das auch so, dass das priorisiert werden müsste?

Staatsrat Olaf Bull: Ich finde es jetzt eine Zumutung, Einzelfälle hier im Parlament gegeneinander abzuwägen.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Es geht hier nur darum, ob es Priorisierungen gibt! Das war ja nur das Beispiel!)

Es kann nicht das Ziel dieser Fragestunde sein abzuwägen, welcher Fall wichtiger ist. Sie wissen, die Einzelfälle in Notsituationen werden abgewogen, und bislang werden an mich keine Fälle herangetragen, wo es nicht funktioniert hat, den Termin einzurichten. Insofern diskutieren wir hier in einem schwierigen Raum.

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Herr Staatsrat, dürfen wir dann allen Bürgern Ihre E-Mail-Adresse weitergeben, wo es nicht funktioniert?

Staatsrat Olaf Bull: Die ist kein Geheimnis!

(Zurufe)

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Ahrens. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Staatsrat, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass der Grund, weswegen es diesen Schnellschalter nicht gibt, ist, dass Sie eine Schlangenbildung vermeiden wollen?

Staatsrat Olaf Bull: Das ist eine Überlegung gewesen, dass sich an Schnellschaltern Schlangen bilden könnten, ja, und diese Überlegung war über Corona besonders präsent, ja!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Gehe ich recht in der Annahme, dass alle Ihre Mitarbeiter weiterhin online einkaufen und nicht bei REWE an der Kasse oder sonst wo stehen, wo nach wie vor eine normale Schlangenbildung stattfindet, und das inzwischen übrigens auch größtenteils ohne Masken? Ist das so bei Ihnen, oder wo kommt diese veraltete Auffassung her?

Staatsrat Olaf Bull: Ich weiß nicht – -. Ich setze mich nicht mit dem privaten Einkaufsverhalten meiner Mitarbeiter auseinander, überhaupt nicht! Gar nicht!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Sind Sie denn bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass das eben eine sehr ernst gemeinte Frage war,

(Zuruf SPD: Nein!)

die zeigt, dass eine Schlangenbildung in der Behörde ja nicht der Grund sein kann, ein Serviceverhalten von anno 1850 an den Tag zu legen, oder wie sehen Sie das?

Staatsrat Olaf Bull: Frau Ahrens, ich hatte Ihrem Kollegen Eckhoff beschrieben, dass wir über Schnellschalter noch einmal intensiv nachdenken. Insofern muss ich Ihren Vorhalt nicht zur Kenntnis nehmen. Es ist alles gesagt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Wann bekommen wir denn ein Ergebnis über Ihr Nachdenken?)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Nein, dankel!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angekommen. [\(Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite Fehler! Textmarke nicht definiert.\)](#)

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Tatort Straßenbahn – wie sicher ist der ÖPNV in Bremen?

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am vorletzten Samstag wurde in der Neustadt eine Transfrau in einer Straßenbahn durch eine Jugendgruppe zunächst beleidigt und anschließend schwer verletzt. Die 15-köpfige Jugendgruppe hat sie beim Einstieg sofort wüst als „scheiß Transe“ beschimpft, ihr die Perücke vom Kopf gerissen und sie mehrfach heftig ins Gesicht geschlagen. Heute wurde bekannt, dass die Täter nach polizeiinternen Fahndungsmaßnahmen in Huchting gestellt werden konnten. Eine Polizeistreife erkannte zunächst

einen Zwölfjährigen und konnte im weiteren Verlauf neun weitere Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 14 Jahren stellen.

Meine Damen und Herren, ich persönlich bin zutiefst schockiert und gleichzeitig erschrocken, dass so ein brutaler Überfall in unserer Stadt möglich ist, wie ein Mensch oder eine Menschengruppe so hasserfüllt, so ohne Hemmungen und so niederträchtig gegenüber einem anderen Menschen sein kann, nur weil er anders sein will, anders leben will oder anders aussieht. Ich bin und wir als CDU-Fraktion sind davon überzeugt, dass unsere Stadt, die Menschen, die darin leben, so nicht sind. Das Leben ist bunt, unsere Stadt ist bunt, offen und tolerant, und ich will, dass das so bleibt.

(Beifall CDU, SPD)

Deswegen verurteilen wir diese Tat und jegliche Gewalt im ÖPNV auf das Schärfste und drücken dem Opfer und allen Opfern unser Mitgefühl, unsere absolute Solidarität aus.

Das ist aber auch der Grund, warum wir als CDU-Fraktion diese Aktuelle Stunde eingereicht haben: weil wir dringend darüber diskutieren müssen, wie wir dieser immer höheren Gewalteskalation im ÖPNV entgegentreten wollen oder besser gesagt müssen, denn dieser brutale Angriff ist leider kein Einzelfall. Es fängt oft bei verbalen Streitigkeiten an und endet bei körperlichen Auseinandersetzungen. Ein weiterer Fall ereignete sich am gleichen Tag ebenfalls in einer Bremer Straßenbahn. Bei einem geplatzten Drogendeal in der Bremer Altstadt sollen ein 15-Jähriger und ein 16-Jähriger einen 30-Jährigen niedergestochen haben. Das ist exemplarisch für die Fälle, die sich zurzeit im ÖPNV abspielen.

Ich bin am letzten Samstag selbst eine Nacht lang mit der Polizei auf Streife gewesen. Für mich war das nicht etwas ganz Neues, aber es hat noch einmal gezeigt, dass es auch da Vorfälle gab – in einer Straßenbahn ein Pfeffersprayeinsatz bei einem Raub –, und es wurde noch einmal ganz deutlich, wie die Situation aktuell in den Bussen und Bahnen ist. Ich könnte das jetzt noch weiter aufzählen, das sind exemplarische Beispiele, und das zeigt doch ganz klar – und das möchte ich hier festhalten –: Die Vorfälle im ÖPNV finden erstens immer häufiger statt, werden zweitens immer hemmungsloser und immer brutaler, und drittens, die Hemmschwelle ist in den vergangenen Jahren erheblich gesunken.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich die exemplarischen Vorfälle in den Straßenbahnen und Bussen der BSAG in den Verkehrsmitteln eines kommunalen Verkehrsunternehmens abgespielt haben, einem Ort, für dessen Sicherheit der Bremer Senat zuständig ist und Frau Senatorin Dr. Schaefer auch noch Aufsichtsratsvorsitzende der BSAG ist. Im Übrigen, Frau Dr. Schaefer, Sie räumen ja in Ihrer Pressemitteilung auch ein, dass die Zahl der Übergriffe im ÖPNV deutlich zugenommen hat. Nach 600 Fällen im Jahr 2020 sind es im Jahr 2021 bereits 900 Fälle gewesen, das ist eine Steigerung von 66 Prozent, meine Damen und Herren.

Auch der Statusbericht „Sicherheit“, den wir gestern sehen konnten, hat deutlich gezeigt: Obwohl die Fahrgastzahlen in der Coronazeit deutlich zurückgegangen sind, ist die Zahl der Übergriffe im ÖPNV dennoch deutlich gestiegen. Wie kann das angehen? Da stellt sich natürlich die Frage: Was wurde eigentlich bisher gemacht, um diesem Phänomen entgegenzuwirken? Richtig: gar nichts!

Ich will aber noch einmal auf einen weiteren Punkt eingehen! Die Diskussion hat noch eine andere Ebene. Es geht nämlich auch um die Situation der Mitarbeiter und der Fahrgäste. Die Mitarbeiter des ÖPNV haben Angst. Wie soll es ein Busfahrer allein mit 15 Jugendlichen aufnehmen, die die Fahrgäste angreifen? Auf den Notknopf drücken, ja, das kann man machen, das wäre ehrlicherweise auch das Einzige, was ich tun würde, und selbst ein einzelner Polizist würde da nicht allein eingreifen können, geschweige denn ein Busfahrer, der dafür nicht ausgebildet ist. Das ist ja auch nichts, was ich mir irgendwie ausgedacht habe, sondern die BSAG beklagt ja ganz öffentlich, dass sie immer mehr Personal verliert aufgrund der gestiegenen Zahl von Übergriffen in Verkehrsmitteln. Genau wie die Fahrgäste fühlen sie sich bei ihrer Arbeit nicht mehr sicher. Das ist ja jetzt die Frage, die sich dabei aufdrängt: Warum ist das eigentlich so? Was sind die Gründe für diese gestiegene ausartende Gewaltspirale?

Bei dem Beispiel, das ich als Erstes genommen hatte, waren die Täter zwischen 12 und 14 Jahren alt. Zu meiner Zeit hat man da irgendwie noch mit Autos gespielt und nicht andere Menschen schwer verletzt. Sicherlich ist es natürlich auch ein Werteverfall der Gesellschaft und damit auch ein gesamtgesellschaftliches Problem, aber das werden wir hier, glaube ich, nicht abschließend diskutieren und lösen können.

Ich möchte noch einmal zu der Frage zurückkommen – wir haben jetzt die Situation, wie sie ist, und ich möchte darauf zurückkommen –: Wie gehen wir eigentlich damit um? Wie können wir diese fatale Entwicklung und Übergriffe im ÖPNV verhindern, damit sich die Kunden und die Mitarbeiter in Bus und Bahn wieder sicher fühlen? Frau Senatorin Dr. Schaefer, Sie stehen dort in der Verantwortung, Sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiter und Fahrgäste der BSAG sicher befördert werden. Das ist übrigens nicht nur ein Qualitätsmerkmal des ÖPNV, sondern ich finde, das ist auch ein Grundbedürfnis der Fahrgäste, meine Damen und Herren.

Es kommt ja noch ein weiterer Punkt hinzu: Es wird ja immer von der großen Mobilitätswende gesprochen, aber muss davon nicht auch ein Teil sein, dass sich die Menschen in Bus und Bahn sicher fühlen können und dafür das Auto stehen lassen?

(Beifall CDU)

Wenn Sie oder Senator Mäurer – es geht da auch um den Bahnhofsvorplatz – es nicht hinbekommen, für Sicherheit in Bremen und vor allem am Hauptbahnhof und insbesondere auch im ÖPNV zu sorgen, dann muss halt ein privater Sicherheitsdienst eingestellt werden, der in den Abendstunden alle Busse und Bahnen begleitet und bei jeglichen Auseinandersetzungen und Übergriffen eingreift. Das kann – und es muss so sein! – nicht am Geld scheitern, denn die Sicherheit darf uns nicht zu teuer sein.

Jetzt haben Sie gesagt, das stimmt nicht, Sie haben wohl schon was gemacht. Es wird ja dann immer wohlwollend auf diese Notrufsäulen am Hauptbahnhof hingewiesen,

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich erkläre Ihnen das gern! – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Instrumentalisieren Sie das jetzt für Ihre politische Meinung?)

die im Jahr irgendwie 300 Mal benutzt werden. Im Prinzip sind diese Notrufsäulen ja auch nicht falsch, weil natürlich die meisten Übergriffe auch schon an der Haltestelle anfangen und sich dann in der Straßenbahn weiter fortsetzen, aber wäre es nicht ein großer Erfolg, wenn sich jeder am Bahnhof und im ÖPNV sicher fühlen könnte und man diese Notrufsäulen gar nicht bräuchte, weil es zum Beispiel auch eine erhöhte Polizeipräsenz gibt? Ich glaube, das wäre etwas, was ein Erfolg wäre.

(Beifall CDU)

Liebe Kollegen, was passiert, wenn man nicht rechtzeitig eingreift, sondern ein Thema über viele Jahre verschläft, sehen wir jetzt am Hauptbahnhof. Man wird nicht mehr Herr der Lage, Junkies, Dealer und Obdachlose haben diesen Bereich für sich eingenommen. Es ist es ein tagtägliches Trauerspiel,

(Zuruf SPD: Das ist Quatsch! – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

und Senator Mäurer spricht in der Innendeputation davon, der Bahnhofsvorplatz muss zurückerobert werden. Ehrlicherweise klappt selbst das ja auch nicht. Ich finde, und wir als CDU-Fraktion finden, wir dürfen das im ÖPNV nicht auch noch zulassen, die Spirale der Gewalt muss durchbrochen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Dazu ist es natürlich auch wichtig, dass ganz klare Grenzen gesetzt werden und die Täter schnell ermittelt und verfolgt werden, und da ist es aus meiner Sicht natürlich auch ein fatales Signal für die Öffentlichkeit, dass bei der Polizei Aktenhalden von 15 000 unbearbeiteten Fällen liegen, wo es ja auch genau um solche Fälle geht. Das macht in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck, dagegen vorgehen zu wollen.

Lassen Sie mich abschließend eines sagen: Wenn wir wollen, dass die Verkehrswende in Bremen tatsächlich zeitnah umgesetzt wird und dass der ÖPNV Fahrgäste zurückgewinnt, die durch die Pandemie verloren gegangen sind, dann müssen Sie als Senat dafür sorgen, dass die Menschen sich in Bus und Bahn wieder sicher fühlen und man keine Angst haben muss, damit zu fahren oder dort angegriffen zu werden. Tun Sie etwas dafür! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Antje Grotheer.

Abgeordnete Antje Grotheer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Ereignisse der letzten Wochen, die heute Anlass für diese Aktuelle Stunde sind, machen betroffen. Ich kann den Opfern dieser Angriffe und ihren Familien von hier aus nur alles erdenklich Gute

wünschen und hoffe von Herzen, dass sie das Geschehene ohne langfristige Folgen verarbeiten können.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nach derartigen Gewalterfahrungen fühlen sich Opfer oft machtlos, hilflos oder schwach. Manche geben sich gar selbst eine Mitschuld. Ich möchte Ihnen heute sagen: Nein, Sie trifft keinerlei Schuld, auch wenn es sich nach dem, was Sie erlitten haben, so anfühlen mag. Sie sind nicht schwach, hilflos oder ein typisches Opfer. Derartige feige Gewalt- und Straftaten sind einfach mies, um es nicht ganz unparlamentarisch auszudrücken. Ich hoffe, damit spreche ich nicht nur für die SPD, sondern für alle hier im Saal.

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Wir verurteilen jeden dieser Angriffe auf das Schärfste und erwarten, dass gegen die Täter strafrechtlich entschieden vorgegangen wird.

(Beifall CDU)

Ich hoffe, das wird das Signal sein, das von dieser Debatte ausgeht, und ich finde es daher richtig, dass wir diese Debatte auch führen.

Meine Damen und Herren, viele Bremerinnen und Bremer nutzen unsere öffentlichen Verkehrsmittel ganz selbstverständlich, bewegen sich tags und abends in unserer Stadt, ich auch. Auch, wenn wir dabei in den allermeisten Fällen unbehelligt bleiben, muss allen klar sein: Jede und jeder kann Opfer derartiger Straftaten werden. Eine absolute Sicherheit gibt es im ÖPNV genauso wenig wie andernorts. Aber – und das dürfen wir nicht vergessen – derartige Übergriffe und Attacken sind zum Glück eben auch keinesfalls die Regel.

Ja, und es gibt keine absolute Sicherheit. Nichtsdestotrotz müssen wir derartigen Taten wirksame Maßnahmen entgegensetzen, aber wir müssen gleichzeitig aufpassen, dass wir keine zusätzliche Angst schüren. Dann nämlich haben die Täter von morgen heute schon gewonnen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für mich steht fest, unser Anspruch als Stadtgesellschaft muss es sein, dass sich alle Menschen, die sich hier bewegen, angstfrei und sicher fühlen können, egal, ob tagsüber oder in der Nacht, egal, ob

auf der Straße oder eben in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Leider haben wir in den vergangenen Wochen aber immer häufiger verbale und körperliche Attacken zwischen Fahrgästen, aber auch gegenüber den Kolleginnen und Kollegen unserer Verkehrsbetriebe erlebt. Erst am vorletzten Wochenende mussten wir außerdem zwei schwere Vorfälle in Straßenbahnen zur Kenntnis nehmen.

Ich weiß, dabei hilft es nicht, dass nach Aussagen der BSAG und Betrachtung der Datenlage die Zahl der erfassten Straftaten im Vergleich der ersten beiden Halbjahre von 2021 und 2022 sogar leicht gesunken ist, aber diese Zahlen machen deutlich, wie wichtig eine wirklich differenzierte Auseinandersetzung mit Sicherheitsfragen im Bremer ÖPNV aktuell ist, denn fest steht beispielsweise trotz dieser entsetzlichen Taten: Technisch sind unsere Bahnen in Fragen der Fahrgastsicherheit up to date. Die neue Technik in den „Nordlicht“-Straßenbahnen zum Beispiel ermöglicht es, durch einen einfachen Knopfdruck an jeder Tür direkt mit den Fahrerinnen und Fahrern in Kontakt zu treten.

Direkten Kontakt und Hilfe in Notsituationen bieten auch die Notrufsäulen am Bremer Hauptbahnhof. Sie tragen so ebenfalls zur Sicherheit in Bussen und Bahnen und an den Haltestellen bei. Daneben kann die BSAG auf eine engmaschige Videoüberwachung in ihren Fahrzeugen setzen. Diese technischen Möglichkeiten in den Bussen und Bahnen der BSAG stützen so wiederum die Ermittlungsarbeit der Polizei, um eine umfängliche Aufklärung des Tathergangs und eine entsprechende Strafverfolgung zu gewährleisten. Im Fall der schwer verletzten Frau am Samstag, dem 3. September, konnten dadurch zum Beispiel schnell Ermittlungserfolge erzielt werden, und genau derartige Ermittlungserfolge sind unerlässlich als Antwort des Staats auf Gewaltakte jeglicher Art.

Gemeinsam mit der BSAG muss aber auch durchaus diskutiert werden, welche weiteren Maßnahmen es zusätzlich braucht, damit Menschen sich in den Fahrzeugen und um die Haltestellen herum sicher fühlen können, denn dies sollte uns allen klar sein: Videoüberwachung allein schützt nicht vor Gewalt und schreckt auch nur bedingt ab. In einer Umfrage von „buten un binnen“ zum Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum gab lediglich die Hälfte der Befragten an, sie fühle sich durch Videoüberwachung sicher. Videoüberwachung ist also ein Baustein, aber nicht das Allheilmittel.

Aktuell gibt es bereits eine enge Kooperation zwischen der Polizei und der BSAG. Neben einem

Rahmenkonzept zur Stärkung der Sicherheit im ÖPNV der BSAG besteht ein expliziter Rahmenvertrag zwischen beiden Partnern. Parallel dazu arbeiten die Verkehrsbetriebe sowie die zuständigen Ressorts bereits an einer Weiterentwicklung von bedarfsgerechten Maßnahmen und der Anpassung der bereits bestehenden Konzepte, um unseren öffentlichen Nahverkehr weiterhin als sicheres und attraktives Beförderungsmittel anbieten zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen ging mit dieser Aktuellen Stunde, aber eine reine Debatte um den Tatort – in diesem Fall der Straßenbahn – möchte ich angesichts der aktuellen Ereignisse in unserer Stadt nicht führen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das wäre aus meiner Sicht auch zu wenig.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Stimmt, den Bahnhof müssen wir noch dazu nehmen!)

Ich glaube, auch viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass die Stimmung in unserer Gesellschaft allgemein aggressiver wird. Wir führen hier in der Bremischen Bürgerschaft regelmäßig Debatten darüber, welchen Beitrag wir als Politik gegen Beleidigungen und Hass auch im Netz leisten können. Wie verhindern wir eigentlich, dass sich einzelne Gewalttäter eine Umgebung suchen, in der sie ihre Aggressivität ausleben können und vielleicht sogar andere zum Mitmachen anstacheln? Unsere Diskussion hier und die Gespräche mit vielen Menschen, denen ich begegne, machen mir Mut; Mut deswegen, weil ich feststelle, dass der absolut überwiegende Teil unserer Gesellschaft friedlich und gut mit anderen Menschen zusammenleben will. Dafür müssen wir aber jeden Tag eintreten.

Deswegen möchte ich im Folgenden einen der beiden vom Kollegen der CDU angesprochenen Fälle genauer betrachten, denn dieser muss eine gesonderte Einordnung erfahren; nicht nur wegen der beteiligten Personen, sondern aufgrund dessen, was sich daraus für unser Zusammenleben und unser Verständnis als Stadtgemeinschaft ergibt. In der Bremer Neustadt wurde in den frühen Abendstunden am Samstag, dem 3. September, eine 57 Jahre alte Frau in der Straßenbahn von einer Gruppe Jugendlicher und Kinder, wie wir heute wissen, zunächst verbal attackiert und anschließend durch Faustschläge schwer verletzt. Einziger

Grund für die Attacke war offenbar das Äußere dieser Frau. Erst, als andere Fahrgäste eingriffen, ließen die Täter von ihr ab. Sie musste letztlich mit schweren Gesichtsverletzungen in ein Krankenhaus gebracht werden. Ich wünsche Ihnen an dieser Stelle weiterhin gute Besserung!

(Beifall SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zum Glück haben couragierte Fahrgäste beherzt eingegriffen und dadurch Schlimmeres verhindert. Ihnen gilt mein großer Dank.

Ich muss hier einmal eines sehr deutlich sagen, weil mir das in der öffentlichen Berichterstattung zu kurz kam: Hier wurde eine Transfrau angegriffen. Es handelt sich wieder um einen Übergriff auf eine Frau, und das, nachdem wir in Bremen seit Jahren darüber diskutieren, wie wir am besten die Istanbul-Konvention umsetzen, die die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zum Thema hat. Wir sind nicht wenig stolz darauf, dass wir den Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention als erstes und bisher einziges Bundesland verabschieden konnten und gemeinsam die Umsetzung vorantreiben. Erst vor wenigen Wochen haben wir hier in der Bremischen Bürgerschaft den Aktionsplan diskutiert und uns gefreut, wie weit wir schon gekommen sind. Ich sage heute mit aller Deutlichkeit: Wir sehen an diesem Fall leider auch, dass es noch viel zu tun gibt.

Der Überfall auf die betroffene Transfrau hat aber auch noch eine weitere Dimension: Dass wir dieses schreckliche Ausmaß an Gewalt gegen eine queere Person hier heute ebenfalls zum Thema machen, ist Ausdruck einer wachsenden Sorge nicht nur bei mir und hoffentlich auch bei Ihnen, sondern insbesondere auch in der queeren Community Bremens. Es steht die Frage im Raum, ob man ungefährdet in der Öffentlichkeit zur eigenen geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung stehen kann, ob man sich öffentlich mit einem Partner oder einer Partnerin gleichen Geschlechts zeigen kann oder ob man sich küssen oder Händchen halten kann.

Letztlich geht es dabei um eine Sorge, die nach unserer Vorstellung überhaupt keine sein sollte. Es geht um eine Sorge um etwas, das für uns alle Normalität sein sollte,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

eine Sorge, die aber leider mit Zahlen und Fakten verifizierbar ist: Seit 2018 verzeichnet die Bremer

Polizei einen starken Anstieg von Straftaten im Kontext der sexuellen Orientierung beziehungsweise der geschlechtlichen Identität einer Person. Diese reichen von Pöbeleien und Beleidigungen bis hin zu schwerer Körperverletzung. Von einer hohen Dunkelziffer an nicht angezeigten Übergriffen können und müssen wir leider ausgehen. Viele queere Menschen bringen diese Übergriffe aus diversen Gründen nicht zur Anzeige. Oft ist es Scham über den Übergriff oder auch Angst davor, nicht ernst genommen zu werden. Viel gravierender ist allerdings die Einschätzung, dass diese Übergriffe und Diskriminierungen für viele queere Menschen schlicht Alltag sind.

Meine Damen und Herren, Bremen wurde von vielen Menschen außerhalb der queeren Community als weitgehend sicherer Hafen für queeres Leben wahrgenommen, eine Einschätzung, der sich – vergleicht man die Situation von Bremen mit der anderer Großstädte – auch viele Menschen aus der queeren Community selbst angeschlossen haben. Diesen Ruf unserer Stadt und unseres Bundeslandes gilt es zu verteidigen, weil genau das eine Selbstverständlichkeit sein muss. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Freiheit, so zu leben, wie man ist, von derartigen Straftaten infrage gestellt wird; im Gegenteil, wir müssen dafür kämpfen, dass queere Menschen hier selbstverständlich und offen leben können, ohne Angst vor Anfeindungen haben zu müssen, und wir müssen gemeinsam dafür eintreten, dass diejenigen, die für diese Angst verantwortlich sind, ein klares „mit uns nicht“ zu hören bekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Erst vor gut zwei Wochen haben sich immerhin mehr als 12 000 queere und nicht queere Menschen im Rahmen des Christopher Street Days in Bremen versammelt sowie rund 1 000 Menschen im Juli in Bremerhaven. Ja, es wurde auch gefeiert, aber in diesem Jahr und insbesondere angesichts der jüngsten Vorgänge sollte uns allen noch einmal ganz klar werden, worum es beim CSD geht, nämlich um den Kampf für Frieden, Vielfalt und Akzeptanz der Andersartigkeit. Auch die Mahnwache am Montagabend nach dem schweren Angriff in der Straßenbahn, bei der sich kurzfristig mehr als 250 Menschen spontan versammelten, hat gezeigt, dass Bremen solidarisch gegen jede Form der Diskriminierung zusammensteht und Zivilcourage einfordert und zeigt.

Das sind gute Zeichen, aber sie sind für uns alle vor allem auch ein Auftrag; ein Auftrag, darauf zu achten, dass die politische wie auch die gesellschaftliche Debatte über die Gleichberechtigung von queeren Menschen geführt wird, und zwar nicht über sie, sondern mit ihnen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass jegliches Infragestellen der Rechte, der Menschenrechte von queeren Menschen im Rahmen dieser Diskussion entschieden zurückgewiesen und scharf verurteilt wird. Doch auch der Bremer Senat und zuletzt wir, meine Damen und Herren, müssen die uns zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen sowie bereits bestehende Initiativen weiter stärken und ausbauen.

Neben dieser dauerhaften Implementierung in Verwaltungshandeln braucht es aber auch eine auskömmliche und langfristige finanzielle Unterstützung von Vereinen und Verbänden, die im zivilgesellschaftlichen Bereich wichtige und gute Sensibilisierungsarbeit und Vernetzung leisten, und es braucht weiterhin große Anstrengungen in Schulen und Einrichtungen für Jugendliche für die Erziehung zu Toleranz, Akzeptanz, Respekt für Vielfalt und für Demokratie,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

denn, meine Damen und Herren, hier sind wir uns einig: Wir können und wollen nicht dulden, dass Menschen sich aus Angst um ihre physische und psychische Unversehrtheit aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Die Aufgabe des Staates ist es, allen die gleichen Chancen zu ermöglichen, um ihr Leben frei zu gestalten. Es ist und bleibt unsere Aufgabe als Stadtgesellschaft, dass Bremen eine Stadt ist, in der sich alle frei und sicher bewegen können. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Kai-Lena Wargalla.

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg:innen! Die CDU hat diese Aktuelle Stunde zum Thema „Sicherheit in Straßenbahnen“ eingereicht und führt dabei zwei Vorfälle an. Einer dieser Vorfälle, das haben wir gerade auch schon gehört, ist ein gewalttätiger queerfeindlicher Angriff in einer Straßenbahn auf eine Transfrau, die daraufhin schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Das Thema Sicherheit im ÖPNV ist natürlich wichtig, ich möchte das nicht kleinreden, aber die gesellschaftliche und politische Dimension von Queerfeindlichkeit und Transfeindlichkeit in dieser Form unter den Tisch fallen zu lassen, wie die CDU es bei der Anmeldung dieser Aktuellen Stunde getan hat, ist mindestens politisch fahrlässig.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Genau da liegt Ihr Problem!)

Man muss diese Gewalttat in den passenden Kontext einbetten.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Jede Gewalttat!)

Ja, jede Gewalttat, genau! Aber das machen Sie ja nicht! Sie betten das nicht in den passenden Kontext ein. Wir erleben in Deutschland, in Bremen – – .

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Das erzähle ich Ihnen jetzt, was der Kontext ist! Anscheinend wissen Sie das ja nicht! Wir erleben in Bremen und in ganz Deutschland seit Jahren drastisch zunehmende Queerfeindlichkeit, Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit. Das ist eine gesellschaftliche und politische Entwicklung, die in erster Linie für queere Menschen und auch für die Demokratie eine Gefahr ist. Die CDU erkennt diese Zeichen einfach nicht, denn da reicht es nicht, dieser Gefahr und dieser Realität mit Sicherheitsmaßnahmen im ÖPNV zu begegnen. Das ist nicht im Ansatz angemessen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich werde deshalb – ich glaube, das wird auch schon klar – in meinem Redebeitrag auf diese besagte Gewalttat und den Kontext der Queer- und Transfeindlichkeit eingehen. Mein Kollege wird später noch den Bereich Sicherheit im ÖPNV abdecken.

Trans- und Queerfeindlichkeit sind deutschlandweit und leider auch in Bremen ein wachsendes Problem. Allein am 3. September, dem Tag dieses Vorfalls, gab es insgesamt drei queer- und transfeindliche Übergriffe in Bremen, von denen wir wissen. Der besagte Angriff auf die Transfrau in der Straßenbahn war dabei der brutale Höhepunkt, oder man sollte wahrscheinlich besser sagen, Tiefpunkt.

Am gleichen Tag nachmittags fand der Trans*Inter*Dyke*-March statt. Das ist eine jährliche Demonstration von Lesben, Trans-, Inter- und nicht binären Menschen, die hier heute bisher noch gar keine Erwähnung gefunden hat.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Da habe ich die CDU auch nie gesehen!)

Im Gegensatz zum CSD sehe ich da auch kaum Vertreter:innen aus Parlament und Regierung Solidarität vor Ort zeigen, nicht in den letzten Jahren und auch nicht in diesem Jahr. Dort, auf dem Trans*Inter*Dyke*-March, hat es einen weiteren körperlichen Angriff auf eine Person mit einer unbegrenzten Transflagge gegeben. Gleichzeitig gab es noch einen weiteren Angriff, eine gezielte – und das ist wichtig! –, eine lange vorbereitete trans- und queerfeindliche Störaktion durch eine organisierte Gruppe transfeindlicher Frauen und transfeindlicher Lesben, sogenannte Terfs. Ich hoffe wirklich, dass Ihnen allen hier das ein Begriff ist. Das steht für trans-exkludierende radikale Feministinnen, wobei man eigentlich „sogenannte“ Feministinnen sagen muss, denn es ist wirklich absolut nichts feministisch daran, Transpersonen zu hassen und anzugreifen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE, FDP)

Eine Woche vorher, nach dem CSD in der Innenstadt, wurde in Tenover eine Person mit Regenbogenflagge angegriffen, Anfang August haben drei Männer eine Transfrau in Walle erst mit dem Auto verfolgt und später gewalttätig angegriffen. Wir wissen vom jahrelangen Mobbing von Lehrkräften und Mitschüler:innen gegen einen Transjungen an der FEBB. Wir wissen von Pastor Latzels homo- und queerfeindlicher Hetze 2019 und schon lange davor. Auch seit 2019 wissen wir vom Bericht von Bastian Melcher zu den Konversionsbehandlungen im kirchlichen Umfeld hier in Bremen. Das ist der Kontext, liebe CDU! Das ist der Kontext, den Sie beachten sollten!

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

Wir erleben in Bremen live das Zusammenwirken mehrerer Akteur:innen, nämlich rechter Kräfte, evangelikaler Netzwerke, und zwar bis in unsere Schulen hinein, und besagter verirrter feministischer Randgruppen, die mit Angstmacherei, mit Desinformation, mit stochastischer Gewalt das demokratische System gefährden. Sie streben danach, das muss man sich wirklich klarmachen, eine

cis-heteronormative, eine rassistische, eine hierarchisch elitäre Gesellschaftsform zu etablieren.

Der Rückbau von Selbstbestimmung und von Gleichberechtigung, die wir ja nicht einmal erreicht hatten, der Rückbau dieser Rechte, auch für nicht queere Frauen, läuft bereits in den USA, in Polen, in Ungarn. Wir haben es doch vor Augen! Ich frage mich, wie man in diesem Kontext, den Sie anscheinend nicht kennen, eine Aktuelle Stunde anmelden kann und dabei wirklich die politische Dimension ganz offensichtlich so eklatant inadäquat und falsch bewerten kann!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Aus den transfeindlichen Übergriffen am 3. September und aus all denen davor in Bremen müssen wir sehr viel mehr Konsequenzen ziehen, als den ÖPNV zu einem sichereren Ort zu machen. Wir müssen den gesamten öffentlichen Raum, die Gesellschaft, den Staat und seine Institutionen zu einem sichereren Ort machen.

Wir alle wissen von der schrecklichen queerfeindlichen Gewalttat in Münster gegen Malte, an deren Folgen er gestorben ist. Malte war ein 25-jähriger Transmann, der während des CSD in Münster gegen lesbenfeindliche Beleidigungen eingeschritten ist. Der Aufschrei war groß – zu Recht! Der Queerbeauftragte der Bundesregierung sagte nach der Nachricht über den Tod von Malte, es habe ihn überrascht, dass die Gesellschaft überrascht war, dass es diesen Hass gegen queere Menschen gibt. Das ist die Lebenswirklichkeit queerer Menschen auch in Bremen. Natürlich sind wir schockiert, natürlich sind wir traurig, aber wir sind nicht überrascht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Marco Lübke [CDU])

Herr Lübke sagte gerade, die Fahrgäste des ÖPNV hätten Angst. Ja, verständlich! Das soll natürlich nicht so sein.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber?)

Aber so geht es queeren Menschen nicht nur in der Straßenbahn, sondern überall und jederzeit! Queere Menschen werden nicht zufällig angegriffen, sondern sie sind in ihrem alltäglichen Leben strategischer organisierter Gewalt ausgesetzt.

Vor gut einem Jahr stand ich hier und habe eine Rede gehalten und habe gesagt, dass queere Menschen in einer Gesellschaft leben, in der sie jederzeit mit Gewalt rechnen müssen. Ich habe gesehen, wie hier einige die Augen verdreht haben, aber das ist die Realität.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wer war das?)

Der sind wir uns spätestens – und das sollten Sie eigentlich auch, sind Sie aber anscheinend nicht! – seit dem 3. September hier in Bremen wieder schmerzlich bewusst geworden.

Queer- und transfeindliche Gewalt beginnt aber nicht erst bei körperlichen Angriffen und bei dem, was das Strafgesetzbuch hergibt. Gewalt beginnt beim Infragestellen der Existenz, beim Infragestellen der Existenzberechtigung, beim Verhandeln über die Grundrechte, über die Menschenrechte und die Teilhabe und Akzeptanz queerer Menschen. Wir alle, in unseren unterschiedlichen Rollen und auf allen Ebenen, tragen die Verantwortung dafür, das nicht zuzulassen und uns dem entgegenzustellen.

Die CDU Bremen, man mag es ja kaum glauben, wenn man das jetzt hier heute sieht, ist aber ja im Bereich Queerpolitik, das muss man dann doch anerkennen, ein wenig progressiver – nicht progressiv, aber ein wenig progressiver –, als es die CDU/CSU auf Bundesebene ist. Aber die Große Koalition im Bundestag unter Führung der CDU/CSU hat jahre- und jahrzehntelang an zahlreichen diskriminierenden Gesetzgebungen festgehalten. Damit hat sie an queere Menschen und an die Mehrheitsgesellschaft ein Zeichen gesendet, dass queere Menschen anders sind, dass sie nicht die gleichen Rechte verdienen, dass sie falsch sind, dass sie potenziell krank sind, dass sie korrigiert werden müssen, dass sie nicht gleich lieben und leben und keine gleichwertigen Familien sein können. Das war jahrzehntelang die politische Botschaft.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wissen Sie was? Sie sind wie Latzel! Sie sind wie Latzel! Genauso, nur andersherum! Es ist doch eine Unverfrorenheit, was Sie hier von sich geben!)

Natürlich hat das ganz konkret einen Effekt für queere Menschen in ihrem Alltag und Leben und darauf, wie viel zu viele in der Gesellschaft queere Menschen sehen, bewerten und behandeln.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist doch nicht in Ordnung! Das sind doch hier Vorwürfe! Wo wurde das im Bundestag so diskutiert? Da möchte ich jetzt Namen und Adressen! Haben Sie Belege? Das sind Behauptungen!)

Eigentlich müssten Sie das wissen! Sie kennen doch die ganzen – –. Das sind überhaupt keine Behauptungen! Kennen Sie nicht das Transsexuellen-gesetz? Kennen Sie nicht das Abstammungsrecht?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Genauso wie Herr Latzel! Eine Frechheit!)

Sollten Sie, tun sie anscheinend nicht! Deswegen bewerten Sie das falsch. Das ist doch genau das, was ich hier sage.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, genau! Ich bin ja reaktionär, ich bin ja in der CDU! Das ist ja ganz klar! – Zurufe CDU)

Wir in Bremen geben wirklich unser Bestes, und wir haben in dieser Legislaturperiode queerpolitisch einen Quantensprung gemacht. Wir haben den queerpolitischen Beirat geschaffen, wir haben Etats verdoppelt und verdreifacht, wir haben Beratungen geschaffen, wir haben die Transberatung ausgebaut, die Interberatung geschaffen. Ich zähle das nicht alles auf, denn mir geht es nicht darum, die Koalition zu feiern, im Gegenteil, ich möchte einfach nur sagen und zeigen, dass es trotz dieses Quantensprungs in Bremen nicht reicht. Es reicht einfach nicht, weil die Ressorts den Landesaktionsplan des Landes Bremen gegen Queerfeindlichkeit in Bremen und Bremerhaven nicht konsequent umsetzen, das sehen wir in jeder einzelnen Sitzung des queerpolitischen Beirats, und weil die Bundesregierung, die Große Koalition über Jahrzehnte so viel versäumt und vertagt und kleingeredet hat.

Wer den transfeindlichen Angriff auf die Bremerin am 3. September nur unter dem Gesichtspunkt Sicherheit in der Straßenbahn betrachtet – wie Sie auch Ihre Aktuelle Stunde angemeldet haben –, der verkennt diese Dimensionen und damit das eigentliche Problem, denn dieses Problem ist groß, und es wurzelt tief. Es ist eine Kultur der Pathologisierung, der Kriminalisierung, der Ausgrenzung queerer Menschen und – und das ist das Wichtige – eine aktuelle rechtsreaktionäre, gewaltbereite und organisierte Bewegung, die bis in die Mitte der Gesellschaft reicht.

Es ist einfach wichtig, das in all seiner Komplexität und Dramatik zu erkennen und anzuerkennen. Nur

wenn wir das tun, und das tun Sie offensichtlich nicht, können wir diese Verantwortung auch adäquat annehmen und entsprechend handeln, und zwar in Bremen, aber eben auch mit vereinten Kräften in allen Bundesländern, auf Bundesebene und in Europa, damit queere Menschen sich nicht mehr zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit entscheiden müssen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Das ist doch die politische Konsequenz, die wir aus dem 3. September hier in Bremen ziehen müssen, einem Tag mit drei queer- und transfeindlichen Übergriffen in unserer Stadt, von denen wir wissen. Solidarität und Kraft und Liebe an alle Queers in Bremen! Rest in power, Malte! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Maja Tegeler.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleg:innen und Gäste! Sie können sich vorstellen, es ist für mich nicht leicht, heute hier zu stehen, nicht leicht nach den zahlreichen Attacken auf queere Menschen in den vergangenen Wochen, nicht leicht nach dem Angriff auf eine Transfrau am vorletzten Samstag, nicht leicht nach dem Angriff auf eine Transfrau im Juli in Walle. Es ist schwer, seit in Münster am Rande des Christopher Street Days der junge Transmann Malte umgebracht wurde, allein, weil er drei Frauen schützen wollte.

Jetzt aber werden hier dank der CDU gleich zwei Themen diskutiert: die allgemeine Sicherheit im ÖPNV und die Sicherheit von queeren und transidenten Menschen in der Öffentlichkeit. Das sage ich jetzt einmal zu Beginn: Es ist beinahe unerträglich, nach diesen Angriffen auf unsere Existenz hier zu stehen und zu einem Thema in einer Aktuellen Stunde zu reden, in der die Begründung die CDU einen eskalierten Streit über ein Drogengeschäft und den transfeindlichen Angriff vom vergangenen Samstag vermischt, um eine allgemeine Sicherheitsdebatte im ÖPNV zu führen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wie soll sich das nach etwas anderem anfühlen, als nach Relativierung und als Ablenkung vom wichtigen Thema der Gewalt gegen queere Menschen? Sie machen damit nichts anderes, als die Gewalt

gegen queere Menschen mit anderen Taten zu vermischen und damit kleiner zu machen, unsichtbar zu machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will das begründen, denn die CDU steht damit nicht allein. Auch eigentlich wohlmeinende Menschen beteiligen sich daran, uns und die Gewalt gegen uns weniger sichtbar zu machen. Ja, es stimmt, dass die Konflikte zwischen Fahrgästen im ÖPNV in den letzten zwei Jahren zugenommen haben. Beleidigungen und Pöbeleien, für die Betroffenen immer auch bedrohlich, werden mehr. Auch handfeste Bedrohungen und eben der Einsatz von Gewalt scheinen zuzunehmen. Auch Angriffe und Raubdelikte in der Öffentlichkeit nehmen übrigens gerade zu. Den überwiegenden Teil der Täter:innen eint übrigens wirklich ein Merkmal, das von vielen aber nicht wirklich gern benannt wird, nämlich dass sie fast ausschließlich männlich sind. Dieser Zusammenhang von toxischer Männlichkeit und Gewalt ist für jede dieser Debatten wichtig.

Dass also über die Sicherheit im ÖPNV diskutiert wird, ist richtig, und auch, dass sie besprochen wird, wenn sie aktuell ist. Die Bemühungen der BSAG, auf dieses Problem etwa mit verstärktem Sicherheitspersonal zu reagieren, will ich auch gar nicht gering schätzen. Jetzt kommt mein „Aber“: Was ist denn vor knapp zwei Wochen passiert? Der brutale transfeindliche Angriff wurde bekannt und hat nicht nur in der Stadt, sondern auch bundesweit Entsetzen ausgelöst. Was diese Angriffe in uns auslösen, können Sie vielleicht erahnen, wenn Sie auf der Kundgebung in der vergangenen Woche am Montag waren.

Es ist übrigens auch wichtig, wer bei solchen Kundgebungen auftaucht und wer eben nicht. Deshalb, bevor ich mit meiner Rede weitermache, ein großer Dank an alle, die dort waren!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Am selben Tag, während wir die Kundgebung organisiert haben und uns zusammengefunden und gestützt haben, erschien schon die erste öffentliche Wortmeldung, in der es gar nicht mehr um die queerfeindlichen Übergriffe ging, sondern nur noch um Gewalt im ÖPNV. Diese Schräglage spiegelte sich in vielen regionalen und überregionalen Medien wider.

Was ich kaum sehe oder zu wenig, ist eine breite Auseinandersetzung über queerfeindliche Gewalt

in Bremen. Genau dies ist aber in meinen Augen gerade angesagt. Das Problem ist nicht, dass Sie ein wichtiges Problem besprechen wollen, das Problem ist, dass Sie mit diesem Thema das eigentliche Problem, nämlich die Gewalt gegen queere Menschen, aktiv verdrängen. Für uns wird es in der gesamten Öffentlichkeit gefährlicher. Es ist beklemmend und wird enger und enger. Sie können ein Symptom lindern, indem Sie die Sicherheit im ÖPNV erhöhen, einverstanden, aber hinter diesen Attacken auf queere Menschen steckt Hass, steckt Entmenschlichung. Diese Entmenschlichung geschieht nicht nur durch irgendwelche brutalen – übrigens erschreckend junge – Schlägergruppen, sondern mit jeder Anzweiflung unserer Existenzberechtigung, unserer Gleichwertigkeit, unserer Würde.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Anzweiflungen finden sich in der Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz wieder, und – da dürfen Sie gern zuhören, Herr Lübke! –

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Hat er! – Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Ich bin multitaskingfähig!)

mit jeder Behauptung, jeder Handlung, jedem Konzept und jeder Einrichtung, die von der Annahme ausgeht, es existierten auf natürliche Weise nur ganz bestimmte Frauen und Männer, zweifelt man an unserer Existenz; aber unsere Identitäten sind kein kulturelles Extra, sondern die Norm, die die meisten von Ihnen hier im Raum leben, ist kultureller Luxus.

Führen wir also ruhig eine Debatte über die Sicherheit im ÖPNV, aber jetzt, nach den Angriffen auf Transfrauen und queerfeindlichen Übergriffen, geht es um uns, wie wir wenigstens dasselbe Maß an Sicherheit genießen können, wie der Rest.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Ich fühle mich gerade diskriminiert!)

Finden wir gute Lösungen für die Sicherheit im ÖPNV! Aber wir queeren Menschen sind erst sicherer, wenn unsere Entmenschlichung nicht mehr ermöglicht und teilweise sogar gefördert wird, wenn wir als Gesellschaft und Staat dagegen vorgehen. Wie das konkret aussehen könnte, dafür komme ich in einer zweiten Runde noch einmal wieder. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Nicht unterscheiden müssen zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit“, hat die Kollegin Wargalla gesagt, und ich finde, das ist ein guter Einstieg. Ich beginne auch mit dem feigen Angriff dieser Gruppe von Kindern und Jugendlichen auf eine Passagierin der Straßenbahn in der Linie 4 am Samstag vorletzter Woche. Die Empörung war groß, und bei der mit hoher Wahrscheinlichkeit queerfeindlich motivierten Straftat erlitt die betroffene Transfrau schwere Verletzungen im Gesicht. Wir wünschen ihr von dieser Stelle schnelle Genesung!

(Beifall FDP, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nicht nur die queere Community war schwer getroffen, weil Bremen für queere Menschen bislang als eine sichere Stadt gilt. Dass dies so bleibt, halte ich für eine rechtsstaatliche Verpflichtung, und deswegen haben wir Freien Demokraten direkt nach dem Ereignis eine Berichtsbitte beim Innenressort eingereicht, um Klarheit über den Verlauf des Falles zu erhalten, aber auch, um die Notwendigkeit einer eigenen statistischen Erfassung queerfeindlicher Straftaten anzusprechen, weil das eine Voraussetzung ist, um überhaupt erst einmal sicherheitspolitische Erkenntnisse zu dieser Thematik zu generieren.

Die CDU hat unsere heutige Aktuelle Stunde mit der Überschrift „Tatort Straßenbahn – wie sicher ist der ÖPNV in Bremen?“ versehen und weitet damit unseren Blick auf die gesamte Sicherheitssituation im öffentlichen Nahverkehr, wobei Busse, Regio-S-Bahnen und die jeweiligen Haltestellen natürlich mit in die Betrachtung hineingehören. Die Attacke auf die 75-jährige Transfrau hat das Problem der Sicherheit in unseren öffentlichen Verkehrsmitteln in den Blick einer breiten Öffentlichkeit gezogen. Aus den Medien haben wir in der vorletzten Woche erfahren, dass die Zahl der Vorfälle, wie die BSAG sie bezeichnet hat, sich vom Jahr 2018 von 380 registrierten Fällen auf 650 Fälle im Jahr 2021 nahezu verdoppelt hat.

Nicht immer hat es sich um Gewalttaten gehandelt, aber wenn es zu Gewalttaten gekommen ist, dann nicht selten mit schweren Folgen für die jeweiligen Opfer. So berichtet der „Weser-Kurier“ gleich von

zwei weiteren schweren Taten in den letzten Wochen. Bei einer Tat eskalierte ein Drogendeal in einer Straßenbahn, wobei zwei Täter mit einem Messer auf einen 30-Jährigen einstachen, und bei einer anderen Tat erlitt ein 55-jähriger Mann schwere Kopfverletzungen. Dieser habe sich zuvor bei einer Gruppe Jugendlicher über zu laute Musik beschwert und sei sodann direkt nach dem Aussteigen aus der Bahn von dieser Gruppe angegriffen worden. Betrachtet man jetzt diese Taten isoliert voneinander, dann könnte man sicherlich in gewisser Weise zu dem richtigen Schluss kommen, dass sich Straftaten und damit auch Gewalttaten nicht gänzlich verhindern lassen. Setzt man sie aber in den Kontext zu dem, was wir in den letzten Monaten und Jahren insgesamt in Bremen beobachten, dann muss man festhalten, dass wir in Bremen ein wachsendes Problem mit innerer Sicherheit haben.

Zum Hauptbahnhof, dem zentralen Umsteigeort in Bremen, wurde viel angekündigt und viel versprochen. Ich denke zum Beispiel an den Plan, die Wiese vor dem Übersee-Museum über den Sommer durch attraktive Events zu bespielen. Was ist passiert?

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Nichts!)

Der Sommer ist fast um, und die Wiese blieb nahezu ausschließlich Heimstatt von obdachlosen, alkoholkranken und drogenabhängigen Menschen und Dealern.

Sicherlich ist auch einiges in die Wege geleitet worden, aber eine wirkliche Wirkung, die die Situation am zentralen Umsteigeplatz spürbar verbessert hätte, ist bislang nicht in Sicht. Es verwundert also nicht, wenn Mütter erzählen, dass in der Straßenbahn Löffelchen und Feuerzeug vor den Augen der Kinder ausgepackt werden und der nächste Schuss in aller Öffentlichkeit zubereitet wird und wenn ganz offen in einer Straßenbahn mit Drogen gedealt wird. Dass einer der Beteiligten im letzteren Fall dann Opfer einer Messerstecherei wird, ist doch nur die Spitze des Eisbergs.

Viel zu lange hat man bestimmten Tätergruppen gegenüber eine falsche Toleranz an den Tag gelegt. In Bremen wird zu lange gewartet, zu isoliert und spontan gehandelt und viel zu selten konsequent durchgegriffen.

(Beifall FDP)

Wir gehen davon aus, dass die Polizei hier sicher ihr Möglichstes tut, aber wenn es aufgrund der Politik dieses Senats und der ihn tragenden Koalition, die wieder und wieder auf falsche Schwerpunkte setzt, eben an personellen Ressourcen mangelt, dann kann die Polizei auch nur Mangelverwaltung betreiben, und heraus kommt dann manchmal auch Schräges. Maike Seifert von der Polizei Bremen wurde auf Bremen Vier damit zitiert, dass man sich in der Bahn nicht ans Fenster setzen solle, um jetzt vom Gangplatz und dem Fenster nicht eingekesselt zu werden. Das klingt ja erst einmal nach einem pragmatischen Ratschlag, aber bedeutet das nicht auch, dass die Polizei selbst an der Sicherheit von Bus und Bahn zweifelt und auch keinen Weg sieht, diese Sicherheit zu gewährleisten?

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Sie hängen auch Feuermelder zu Hause auf!)

Ich fand die Anweisung schräg, und sie hat mich ein wenig an die berühmte Armlänge Abstand erinnert, die den Frauen nach den Übergriffen in der Silvesternacht 2019 auf der Kölner Domplatte geraten wurde. Die gleiche Hilflosigkeit der Sicherheitsorgane kommt hier zum Ausdruck, und das beunruhigt mich und meine Fraktionskollegen. Dabei hatten wir über die Jahre wieder und wieder fast gebetsmühlenartig eine bessere materielle und personelle Ausstattung der Polizei eingefordert, und die Notwendigkeit bestätigt sich ja immer wieder selbst.

Es bleibt aber bei einer Arbeitsweise dieser rot-grün-roten Koalition im Bereich der inneren Sicherheit, die man wirklich mit folgender Formel gut zusammenfassen kann: zu wenig, zu sporadisch, und wenn, dann zu spät! Überdenken Sie deswegen die Prioritätensetzung Ihrer politischen Agenda, und korrigieren Sie die Positionierung der inneren Sicherheit, denn die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine zentrale Kernaufgabe unseres Staates!

(Beifall FDP)

Jetzt wurde schon angetippt, die Gewalttaten in öffentlichen Verkehrsmitteln haben auch noch andere Aspekte. Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln und auch die Angst davor ist deswegen besonders groß, weil es ja keine Möglichkeit zum Weglaufen gibt. Die Türen sind zu, und dann ist die zufällige Gemeinschaft der Mitfahrenden die Schicksalsgemeinschaft potenzieller Opfer in einer Gefahrensituation. Für Kinder, für ältere Menschen, für Frauen spielt das eine große Rolle. Wer mag

sein Kind mit der Bahn fahren lassen, wenn es dort mit Messern, Drogen oder Gewalt in der Bahn sitzen könnte?

(Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE]: Thema verfehlt!)

Das Kind gehört in die Bahn, die anderen Dinge nicht. Wir müssen hier an die Wurzel der Probleme und dürfen diese Dinge nicht mehr einfach hinnehmen.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das Problem ist Transfeindlichkeit! – Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE: Ja!)

Auch das Thema Männergewalt an Frauen – –.

(Zurufe)

Lassen Sie mich aussprechen!

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das fällt schwer!)

Auch das Thema Männergewalt an Frauen möchte ich hier ansprechen, die sich ja besonders gern in Situationen abspielt, wo eine große Öffentlichkeit und auch ein Ausgang fehlen. Männergewalt an Frauen ringt auch in unserem Bundesland immer wieder um mediale Sichtbarkeit. Der Mord an einer Frau in Bremerhaven blieb in den Medien weitgehend unbeachtet, obwohl die Straftat gravierender war als viele andere Schlagzeilen. Warum? Ich sehe hier eine Aufgabe, breiter hinzuschauen, und damit meine ich keinen Mechanismus – das ist mir jetzt wichtig –, der den Verdacht auf bestimmte Tätergruppen lenkt, aber ich meine damit, dass man nicht bestimmte Tätergruppen in der Tätersuche vorab ausschließt. Von daher bin ich hier über manche Aussagen doch ein bisschen verwundert gewesen.

Wir müssen uns also damit beschäftigen, wo die Nährböden für frauenfeindliches Verhalten sind. Sind es denn grundsätzlich andere Nährböden, als Gewalt gegen Transfrauen? Oder sind es dieselben? Teilen Transfrauen nun dieses inakzeptable Los – Gewalt gegenüber denen, die anders sind, Gewalt gegenüber People of Colour? Vom Alter abgesehen haben wir noch keine gesicherten Erkenntnisse über die Täter – in dem Fall bei der 57-jährigen Transfrau –, aber wenn wir es wissen, könnte es nötig werden, hinzuschauen, was die Nährböden für dieses feige und menschenverachtende Verhalten und das Denken dahinter sind,

und zu überlegen, wie wir vielleicht auch präventiv handeln können. Wenn wir dies nicht tun, werden wir wie immer an den falschen Phänomenen herumdoktern, aber dabei an der Sicherheitslage im öffentlichen Nahverkehr oder in unserer Stadt nichts ändern.

Jetzt hätte ich noch einen letzten Gedankenbogen zum Thema Klima und Bahn, Klimaschutz, Umstieg vom Individualverkehr zum ÖPNV, aber dafür reicht mir jetzt die Zeit nicht mehr.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Ach, was ich schon immer einmal sagen wollte! – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Thema verfehlt!)

Dazu nehme ich gern in meinem zweiten Beitrag noch einmal kurz Stellung. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Björn Fecker.

Sie haben noch knapp zwei Minuten Redezeit.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Deswegen auch nur in der gebotenen Kürze! Ich glaube, was hier noch einmal sehr klar und deutlich gesagt werden muss: Nicht der Tatort an sich war das Entscheidende, sondern die angegriffene Person, und das ist der eklatante Unterschied,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

dass es hierbei darum geht, bestimmte Menschen im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Stadtbild zu prügeln. Deswegen ist auch der Einstieg von der CDU aus unserer Sicht verfehlt, und diese Lebenswirklichkeit spielt sich eben nicht nur in der Straßenbahn ab – das ist das, was die Kolleginnen Frau Wargalla und Frau Tegeler, glaube ich, sehr eindrucksvoll geschildert haben –, sondern sie spielt sich eben überall in dieser Stadt ab. Deswegen ist es eine verkürzte Debatte, das hier auf Sicherheit in der Straßenbahn zu verknappen, sondern in diesem Fall geht es tatsächlich darum, dass es in unserer Gesellschaft Leute gibt, die von dem verbrieften Recht aus unserem Grundgesetz auf freie Entfaltung der Persönlichkeit das eben nicht nur negieren, sondern mit den Füßen treten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Dann will ich kurz etwas sagen: Ich habe den Zwischenruf „Latzel“ gehört, als meine Kollegin Frau Wargalla hier geredet und aus ihrem Leben auch keine Mördergrube gemacht hat, sondern sehr offen berichtet hat, wie sich die Situation darstellt. Meine Damen und Herren, dieser Vergleich ist unsäglich. Bei Herrn Pastor Latzel handelt es sich um den Vorwurf der Volksverhetzung, meine Damen und Herren. Das ist nicht annähernd vergleichbar mit einer Rede einer Abgeordneten hier in der Bremischen Bürgerschaft, und gar nicht bei dieser Rede!

(Anhaltender Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ihre Toleranz ist Intoleranz!)

Genau! Bei Ihnen ist alles intolerant, was nicht CDU-Meinung ist, ich habe es verstanden!

Trotzdem jetzt zu den wichtigsten Fakten, was die innere Sicherheit in Bussen und Bahnen angeht! Es liegt im ureigensten Interesse eines Verkehrsunternehmens wie der Bremer Straßenbahn AG wie auch aller anderen Unternehmen, dass es in diesen Bahnen sicher ist. Das ist doch vollkommen unstrittig. Deswegen ist so eine Aussage wie „die Aufsichtsratsvorsitzende ist Maike Schaefer“ vollkommen egal, der oder die Aufsichtsratsvorsitzende könnte auch Olaf Scholz oder Angela Merkel sein.

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Aber Sie sind in der Verantwortung!)

Es ist das erklärte Ziel aller Unternehmen, Sicherheit in Bussen und Bahnen zu garantieren, das ist doch vollkommen klar, und deswegen ist es auch wichtig, dass die BSAG doch schon eine ausreichende Zahl an Maßnahmen ergriffen hat. Es ist doch nicht so, dass das vollkommen außer Frage gestellt wird, sondern es gibt doch konkrete Maßnahmen –

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Welche denn? – Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das habe ich Ihnen gestern gesagt!)

Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer wird gleich darauf eingehen –, die die BSAG schon getroffen hat.

(Zurufe CDU)

Jetzt wird es echt schwierig! Ich muss jetzt wirklich versuchen, das schnell zu machen!

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Präsident, ich verstehe nichts mehr! – Glocke)

Ich glaube, dass der Vorwurf, meine Damen und Herren – –.

Präsident Frank Imhoff: Ich bitte jetzt, dem Redner Herrn Fecker zuzuhören! Er hat sowieso nicht so eine lange Redezeit, und ich fände es gut, wenn er jetzt hier auch einmal seine Sachen präsentieren kann.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön, Herr Präsident! Ich kann ja verstehen, dass das zu Emotionen führt, und Diskussionen sind ja auch wichtig, aber noch einmal: Es ist das ureigenste Interesse. So zu tun, als ob es irgendwem in dieser Stadt egal ist, was in Bussen und Bahnen passiert, ist vollkommen abwegig. Details überlasse ich dann der Bürgermeisterin Frau Dr. Schaefer, weil bei mir die Redezeit weitergeht.

Der andere Punkt, der mich viel mehr umtreibt, ist die Frage der Ursachen der Gewalt, also wie schaffen wir es gemeinsam – wir haben mitbekommen, was die Altersklasse der Täter angeht –, dass Worte wie Respekt, dass die Regeln des gemeinschaftlichen Zusammenlebens in unserer Stadt/in unserem Gemeinwesen wieder den Stellenwert haben, den sie haben müssen, dass wir eben nicht darüber diskutieren müssen, wie Menschen miteinander umgehen, sondern dass wir da gemeinsam an einem Strang ziehen. Eine solche Debatte halte ich in der Tat angesichts der vielen Vorfälle, die wir jetzt in den letzten Tagen und Wochen gehabt haben, für absolut angemessen. Wir müssen da sehr klar machen, dass die Basis unseres Zusammenlebens im Grundgesetz festgeschrieben ist und das eben die Richtschnur unseres Handelns sein muss, und über solche Diskussionen und über solche Lösungen würde ich gern mit Ihnen diskutieren. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Maja Tegeler.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleg:innen, sehr geehrte Gäste! Seit

Jahren sind die Mittel gegen beinahe jede denkbare Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit befristet. Die Menschen, die in den Programmen für Demokratieförderung und Antidiskriminierung arbeiten, sind zumeist prekär beschäftigt. Genau dort aber wird Gewalt am effektivsten bekämpft: in der Jungenbildung, der breiten Förderung von Gleichwertigkeitsideologien und der Bekämpfung von Ideologien der Ungleichheit durch das Schaffen von Räumen für Betroffene dieser besagten Ideologien.

Wir brauchen deutlich mehr Mittel für diese Bildungsarbeit, für Betroffenenberatung und -begleitung, auch für Täterarbeit. Wir brauchen dringend eine Aufstockung bei der LSBTIQ-Ansprechperson der Bremer Polizei, und es sollte auch in Bremerhaven eine ähnliche Stelle geschaffen werden, damit wir sicher sein können, nach Übergriffen oder Angriffen nicht weiter zu Opfern gemacht zu werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

An dieser Stelle möchte ich Daniel Blida von der Bremer Polizei für zwei Jahre gute Arbeit danken. Es ist gut, dass es Medienberichten zufolge inzwischen gelang, die mutmaßlichen Täter des Angriffs in der Straßenbahn zu identifizieren. Hier handelt es sich offenbar um 12- bis 14-jährige Personen, was wohl nicht nur mich schockiert. Allein schon deshalb gilt, dass wir ebenso die Prävention und die Sensibilisierung weiter stärken müssen durch einen spürbaren Ausbau der Aufklärung über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt an Schulen und in Jugendeinrichtungen.

Nur, wenn wir in diesem Punkt die Anstrengungen deutlich verstärken und auch nötige Maßnahmen finanziell ausreichend ausstatten, kommen wir weiter. Erst dann wird es für uns sicherer auf dem Weg zur Arbeit, auf dem Weg zu unseren Freund:innen, auf dem Weg zur Kneipe oder Party, auf dem Nachhauseweg; zu Fuß, auf dem Fahrrad oder, ja, im ÖPNV. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war jetzt immer wieder einmal die Diskussion im Raum, ob wir überhaupt hier zum Thema sprechen.

Ich muss einfach einmal sagen, diese Aktuelle Stunde wurde unter dieser Überschrift eingereicht, also wenn Sie zur Queerfeindlichkeit als solcher als Zentralthema sprechen möchten, dann beantragen Sie eine Aktuelle Stunde zum Thema Queerfeindlichkeit!

(Beifall CDU – Zurufe)

Ich finde es wichtig, dass das adäquat berücksichtigt wird. Meiner Meinung nach ist es auch in den meisten Beiträgen umfassend geschehen, aber es war eben nicht das zentrale Thema der Aktuellen Stunde.

(Glocke)

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Maja Tegeler zulassen?

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Nein, ich brauche meine Zeit! Ich würde gern zu Ende sprechen.

(Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE]: Dann bleiben Sie weiter neben dem Thema! Ist schon gut!)

Ich wollte noch einmal zu den umweltpolitischen Aspekten Stellung nehmen. Politisch ist ja ein Umsteigen vom Auto unter anderem in den ÖPNV gewollt, um einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, und die öffentliche Debatte drehte sich dabei in den letzten Wochen und Monaten vor allem um die Frage, was der ÖPNV den Nutzer kosten soll. Befeuert wurde die Debatte dabei vor allem durch das 9-Euro-Ticket, welches Teil des Entlastungspakets der Bundesregierung war. Es wird nun auch ein zwar wohl teureres Nachfolgeangebot geben, aber die Frage, die wir uns hier in Bremen dann schon stellen müssen, ist, ob der Preis wirklich der entscheidende Faktor ist, der Menschen zu einem nachhaltigen Umstieg bewegen kann, wenn sich die Menschen in den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht wohlfühlen.

(Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Bergmann, ich möchte Sie bitten, zum Thema zurückzukommen!

(Beifall)

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wenn sich die Menschen in den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht wohlfühlen: zentrales Thema!

Präsident Frank Imhoff: Das Thema ist: „Tatort Straßenbahn – wie sicher ist der ÖPNV in Bremen?“. Ich möchte Sie ja nur darauf hinweisen, dass Sie darauf zurückkommen! – Danke schön! Sie haben das Wort!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wenn sich die Menschen in den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht wohlfühlen, dieses Unwohlsein kann durch massiv überfüllte oder verdreckte Bahnen und Busse ausgelöst werden oder eben durch das Gefühl von Unsicherheit an Haltestellen und in Verkehrsmitteln selbst. Welche Eltern werden vor dem Hintergrund der Zustände am Hauptbahnhof oder dieser Nachrichten über diese Gewalttaten in den Straßenbahnen ihre Kinder in der dunkleren Jahreszeit noch ohne Angst mit dem ÖPNV zum Training fahren lassen? Welche Menschen haben kein ungutes Gefühl in der Magengegend, wenn sie abends 20 Minuten auf Bus oder Bahn am Hauptbahnhof warten müssen? Im Zweifel entscheidet man sich eben doch wieder für die Sicherheit des eigenen Pkws.

Wir Freien Demokraten fordern Sie daher auf: Tun Sie endlich das Notwendige, um Sicherheit und Sauberkeit an Haltepunkten und in Bussen und Bahnen der BSAG in dieser Stadt wiederherzustellen! Weg mit den Schmierereien, dem Dreck, der Dealerei, Personalzielzahlen bei der Polizei und beim Ordnungsdienst erhöhen, konsequente und nachhaltige Bekämpfung von Kriminalität in den Ballungsorten, ohne Vorurteile, aber auch ohne Scheuklappen, damit wir Bremer Bürger in Bremen auch in der dunklen Jahreszeit wieder ohne Sorge in Bus und Bahn einsteigen können! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Zu einer Kurzintervention zu diesem Redebeitrag hat als nächste Rednerin das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Danke, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte eigentlich nicht vor, mich zu melden. Wir wurden gerade dafür kritisiert, dass wir keine Aktuelle Stunde angemeldet hätten. Wir hatten eine vorbereitet zum eigentlichen Thema, nämlich zum Thema Transfeindlichkeit, und ich möchte an dieser Stelle einmal mein Befremden über den

Verlauf dieser Debatte zum Ausdruck bringen. Ich finde, es gab sehr viele Redebeiträge, die wirklich am Thema Transfeindlichkeit vorbeigegangen sind,

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Das war nicht das Thema! – Zurufe CDU)

und ich habe ganz stark den Eindruck bekommen, dass die CDU-Fraktion hier nicht richtig zuhört, dass sie am Thema vorbeithematisiert und dass sie einen gewaltvollen Übergriff auf eine Transperson für eine politische Instrumentalisierung nutzt, um alles in einen Topf zu werfen

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

und auch noch Frau Dr. Schaefer oder der Polizei einen Vorwurf daraus zu machen, sie hat den Hauptbahnhof auch noch in den ganzen Mix mit hineingeworfen, aber zum Thema habe ich kein ernsthaftes Zuhören von Ihnen gehört. Sie haben weder Frau Wargalla zugehört, noch einer Transabgeordneten, die wir hier haben, haben Sie richtig zugehört.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Natürlich!)

Sie hätten die Gelegenheit gehabt, das zu machen.

Stattdessen habe ich Sie nur feixen sehen, stattdessen habe ich nur unpassende Kommentare wie Latzel-Vergleiche von Ihnen gehört.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie sind diffamierend!)

Ich finde, das wird dem Thema von transfeindlicher Gewalt nicht gerecht, und das wollte ich hier noch einmal so klar und deutlich sagen. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

(Zurufe – Abgeordneter Dr. Oguzhan Yazici [CDU]: Frau Leonidakis hat auch nicht zugehört! – Unruhe – Glocke)

Wenn sich jetzt alle wieder beruhigen, hat jetzt unsere Frau Bürgermeisterin das Wort, und wir würden ihr gern lauschen, was sie uns zu sagen hat! – Danke!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Vielen Dank! Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist ja eine sehr lebhaftige Debatte, und Frau Bergmann, was ich bestimmt nicht machen werde, ist, jetzt noch eine Debatte zum 9-Euro-Ticket zu führen,

(Heiterkeit CDU)

die führt ja Ihr FDP-Bundesverkehrsminister. Dem haben wir das mit zu verdanken.

Ich möchte einmal damit anfangen: Der Titel lautet „Wie sicher ist der ÖPNV in Bremen?“. Ich möchte an dieser Stelle eingangs sagen: Jede und jeder in dieser Stadt, und zwar egal, ob in Bus und Bahn oder auf der Straße und im öffentlichen Raum hat das Recht auf Sicherheit und Unversehrtheit.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen, weil die Debatte auch hier so bunt war, möchte ich in meiner Rede verschiedene Aspekte beleuchten: einmal die Sicherheit von Menschen, die unseren besonderen Schutz brauchen, und dann stehe ich hier allerdings auch als Mobilitäts-senatorin. Insofern, Herr Lübke, kann ich den Vorwurf nicht stehen lassen, dass gar nichts passiert sei, was die Sicherheit im ÖPNV angeht, und deswegen würde ich dazu gern auch etwas sagen und dem Titel auch Rechnung tragen, aber ich möchte die Debatte auch in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext stellen.

Der Angriff auf die Transfrau ist brutal gewesen, und an dieser Stelle möchte ich ihr auch von hier aus gute Besserung wünschen. Es zeigt uns deutlich, wie sehr Homophobie in unserer Gesellschaft, aber auch in Bremen weit verbreitet ist und dass queere Personen unseren besonderen Schutz brauchen. Homophobie und Transfeindlichkeit, das ist Hasskriminalität, und es kann heute eben noch gefährlich sein, im öffentlichen Raum als schwul, lesbisch, trans erkannt oder dafür gehalten zu werden. Oftmals entlädt sich der Hass in erschreckend brutaler Weise.

Ich habe dann einmal nachgeschaut: Mir liegen jetzt deutschlandweit nur Zahlen von 2020 vor, aber insgesamt gab es deutschlandweit im Jahr 2020 782 Straftaten von Hasskriminalität gegen queere Personen, die registriert wurden, darunter 154 Gewalttaten und 144 Körperverletzungen. Das ist ein Anstieg von 36 Prozent gegenüber 2019, und jede dieser Straftaten ist eine zu viel.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das bedeutet, wir werden uns also noch viel mehr um Menschen kümmern müssen, die unseren Schutz dringend brauchen, und das hat eben auch dieser schreckliche Anschlag auf die Transfrau in der letzten Woche in Bremen gezeigt und auch der tragische Tod von Malte in Münster. Ich hoffe, dass sowohl in diesem Haus als auch in Bremen der gesellschaftliche Konsens ist, dass wir besonders queeren Menschen, besonders verletzlichen Menschen in der Gesellschaft diesen Schutz auch gewährleisten müssen.

Ich sage ganz klar, Menschen, egal, welcher sexuellen Ausrichtung, egal, mit welchem Aussehen, egal, welche Hautfarbe oder welches Alter sie haben, egal, welcher Religion oder Kultur sie angehören: Sie müssen sich in Bremen sicher fühlen. Hier müssen wir im Alltag ein Zeichen setzen und der Gewalt gegen queere Menschen geschlossen und konsequent entgegenzutreten. Das machen wir am CSD, aber es reicht nicht allein, eine Regenbogenfahne zu hissen, es braucht auch sichere Rückzugsräume und Gewaltschutzkonzepte, und wir können uns nicht nur auf Zivilcourage verlassen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Jetzt sei es mir gestattet, dass ich als Mobilitätssektorin trotzdem etwas zum Thema Sicherheit im ÖPNV sage, denn es ist auch unsere Aufgabe, für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, und ich finde, dass wir uns auch wirklich einmal die Frage stellen müssen: Wie ist es um die Sicherheit bei der BSAG bestellt? Das ist ein Thema, das uns schon länger beschäftigt. Insofern finde ich es auch okay, dazu heute hier zu reden, aber in der Tat, glaube ich, ist es eine Debatte, die wir hätten anders führen sollen oder die angemessen einen anderen Titel hätte tragen sollen, weil eigentlich der Anschlag auf eine queere Person ausschlaggebend war und nicht eine allgemeine Sicherheitsdebatte.

Ich möchte es trotzdem einmal machen, weil es ein Thema ist, das in der Tat den Aufsichtsrat auch schon länger beschäftigt. Auch die BSAG – –.

(Zurufe Abgeordneter Marco Lübke [CDU] und Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen] – Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Nichts ist passiert! – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Frau Senatorin hat das Wort, meine Damen und Herren! Bitte sehr, Frau Senatorin!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Die Sicherheit im ÖPNV beschäftigt die BSAG schon länger, sie beschäftigt auch den Aufsichtsrat schon länger. Hier geht es um die Sicherheit der Fahrgäste in den Fahrzeugen, aber auch des Fahrpersonals in Bussen und Bahnen, und natürlich auch der Kundinnen und Kunden an den Haltestellen. Jetzt, Herr Lübke, bin ich schon ein bisschen entsetzt, wenn Sie immer hineinrufen, „nichts ist passiert“. Der Vorstand der BSAG hat auf meine Bitte hin ja nun allen Fraktionen gestern noch einmal Informationen zukommen lassen. Das war wirklich gerade in der letzten Woche auch noch einmal Thema im Aufsichtsrat, also insofern hätte ich mich gefreut, wenn Sie diese einfach einmal in der Vorbereitung gelesen hätten.

Ja, es ist so, Frau Bergmann hat es gesagt, es gibt einen kontinuierlichen Anstieg von sicherheitsrelevanten Vorfällen in den letzten Jahren, aber, Frau Bergmann – und ich zeige sie auch gern noch einmal –, es ist vor allen Dingen ein Anstieg, und das sieht man nicht nur in Bremen, sondern bundesweit, der in der Zeit der Pandemie gewesen ist, und das ist der Grund; nicht, weil es hier an der Sicherheit fehlt, sondern es ist ein Anstieg in der Pandemie gewesen, weil die Menschen während der Pandemie offensichtlich deutliche Verhaltensweisen geändert haben, Aggressionen entwickelt haben. Natürlich ist es auch so, dass durch die Pandemie, wenn weniger Fahrgäste in Bussen und Bahnen sind, weil sie eben auf das Fahrrad zurückgegriffen haben oder auch pandemiebedingt auf den Pkw – das gehört zur Wahrheit dazu –, die soziale Kontrolle in Bussen dann auch noch einmal herabgesetzt ist, wenn darin weniger Menschen fahren.

Woran liegt das? Ich bin überzeugt, dass das kein spezifisches ÖPNV- oder BSAG-Thema ist, sondern eine allgemeine Tendenz. Die Gereiztheit, Unsicherheit und Aggression haben durch Corona noch einmal zugenommen. Im ÖPNV entlädt sie sich offenbar häufig durch die Maskenpflicht. Das ist das, wenn man mit der BSAG reden würde, Herr Lübke, was dort deutlich analysiert wurde. Es gibt oft Streitigkeiten, denn die einen weigern sich inzwisch, eine Maske zu tragen, die anderen fordern aber genau dies lautstark ein, und das kann sich eben schnell als Konflikt entladen. Darunter leiden sowohl die Fahrgäste als auch das Personal, und ja, es ist so: Einige Fahrer:innen weigern sich inzwisch, auf bestimmten Strecken zu fahren,

und am Hauptbahnhof ist und haben wir ein Sicherheitsthema, das der Innensenator und wir alle im Senat auch bearbeiten.

Wie sieht die Faktenlage aus? Die Häufigkeit der erfassten Taten ist im Jahr 2022 leicht gesunken. Im ersten Halbjahr kam 2021 es zu 35 Delikten in 2021, im ersten Halbjahr 2022 zu 28. Die Anzahl der Körperverletzungsdelikte ist dabei zurückgegangen, während die Zahl der Bedrohungen parallel gestiegen ist. Die Häufigkeit der Beleidigungen gegenüber den Beschäftigten der BSAG blieb in etwa auf dem gleichen Niveau, und wenn man die Häufigkeit der Straftaten nach Monaten betrachtet, ist ersichtlich, dass die Anzahl der Delikte gegenüber den Beschäftigten der BSAG im Juni 2022 mit zwölf Straftaten den Höhepunkt erreicht hatte. Allerdings muss man auch einmal sagen, die polizeiliche Aufklärungsquote der Taten liegt bei 71 Prozent, und zwischen der Polizei Bremen und der BSAG besteht schon länger ein Kooperationsvertrag. Im Mittelpunkt stehen Verkehrs- und Kriminalitätslagebilder, die als Ergebnis der Zusammenführung der Lagebilder beider Partner ein Gesamtbild ergeben.

Ich will einmal sagen, was für Vorkehrungen die BSAG getroffen hat, sie weitet sie auch aus. Zum einen ist es so, Herr Lübke, zu Ihrem Vorschlag, da muss doch mal ein Sicherheitservice mitfahren: Ach nein, das gibt es aber schon längst!

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Ja, auf einigen Strecken, aber nicht überall!)

An den Wochenenden, in den Nächten von Freitag auf Samstag, von Samstag auf Sonntag, von Sonntag auf Montag! Jetzt ist das Budget um 300 000 Euro verdoppelt worden, es gibt eine Erweiterung dieser Sicherheitsleistung schon ab dem 25. Juli. Da ist es so, dass montags bis donnerstags in den Abendstunden auch von 18:00 bis 0:00 Uhr Sicherheitsteams mitfahren, das sind mindestens zwei Personen, nachts dann auch drei Personen. Insofern werden die Teams besonders auch auf besonderen Linien noch einmal speziell eingesetzt.

Dann wurde ja schon auf die Videokontaktsäule auf den Umsteigeanlagen am Hauptbahnhof hingewiesen. Es ist so, dass es eine Videoüberwachung in den Straßenbahnen und Bussen gibt. Deswegen konnte man den Tätern jetzt auch relativ schnell auf die Spur kommen, weil man das Videomaterial auswerten konnte. Es soll demnächst eine Live-view-Option in den Fahrzeugen gehen. Die Umsetzung ist geplant bis zum Ende dieses Jahres.

Das heißt, wenn der Fahrer/die Fahrerin auf den Notrufknopf drückt, dann wird die Leitstelle sofort zugeschaltet, und sie kann nicht nur wie bisher zuhören, sondern eben auch direkt mitsehen. Das heißt, die Zeugen sind dann auch direkt am Bildschirm.

Es gibt eine Intensivierung der Kooperation mit Polizei und dem Senator für Inneres. Es gibt Deeskalationstrainings, und es soll in Zukunft noch einmal mehr Absicherung des Fahrpersonals im Fahrzeug durch abgegrenzte Fahrerkabinen geben, und es wird auch diskutiert, auf Bargeld in den Fahrzeugen zu verzichten. Sie sehen, es gibt also eine ganze Menge von Maßnahmen, und auch nicht erst nach diesem schrecklichen Überfall, sondern auch schon vorher; und ich will es noch einmal sagen: Sämtliche Busse und Bahnen der BSAG sind mit Videokameras ausgestattet und sorgen für eine nahezu 100-prozentige Aufzeichnung im Sinne des Sicherheitskonzepts der BSAG, und diese Sicherung der Aufzeichnung dient zur Dokumentation von Straftaten.

Das war sozusagen der Part, was tun wir alles bei der BSAG. Ich will das aber trotzdem noch einmal in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext setzen, denn mich stört an dieser Debatte, dass so getan wird, als ob die BSAG ein besonderer Hotspot ist. Das ist sie nicht, und ich finde es eher beunruhigend, dass man überall im öffentlichen Raum und auf der Straße angegriffen werden kann,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Stimmt!)

und das finde ich erschreckend. Die Attacken gegen die Transfrau – und so habe ich auch die anderen Redebeiträge verstanden – hätten genauso gut auf der Straße stattfinden können, und das ist der Grund, warum wir eben auch noch einmal für einen besonderen Schutz für queere Menschen sorgen müssen.

Was mich aber auch erschreckt – und das finde ich schon auch in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext wirklich erwähnenswert –, ist das Alter der Straftäter jetzt auch bei der Transperson, es waren nämlich 12- bis 13-Jährige, und das, meine Damen und Herren, sollte uns zu denken geben und auch wirklich noch einmal dazu führen, dass wir diskutieren, wie wir genau mit solchen Tätergruppen umgehen. Es handelt sich hier nicht um erwachsene Menschen, sondern eben um Jugendgangs, die so homophob sind, dass sich erwachsene Frauen oder erwachsene Transpersonen, queere Personen gar nicht mehr dagegen wehren können,

weil sie zum Teil mit 15 Jugendlichen auftreten und so massiv sind, dass man sich dann nicht sicher fühlen kann oder eben auch angegriffen wird.

(Zuruf)

Das ist eine krasse Verrohung der Gesellschaft und eine immer höhere Gewaltbereitschaft, übrigens nicht nur in den sozialen Medien, sondern eben auch auf der Straße.

Ich sage Ihnen aber auch ganz klar, weil hier gerade von meiner rechten Seite so ein Einwurf kam: Bremen kann stolz sein auf seine Willkommenskultur. Wir Bremer:innen zeichnen uns durch ein hohes bürgerschaftliches Engagement aus. Hanseatisch zu sein heißt, respektvoll mit seinen Mitmenschen umzugehen, und das bedeutet eben auch, dass sich alle an Regeln des Zusammenlebens halten müssen, und damit meine ich auch wirklich alle. Rücksichtslosigkeit, Aggressionen und Gewalt sind für mich nicht hinnehmbar, und wir dürfen hier nicht wegschauen, wir brauchen hier greifende Gewaltschutzkonzepte, denn die Bremerinnen und Bremer haben es verdient, die queeren Personen haben es verdient, in Sicherheit und Unversehrtheit zu leben. Dafür konsequent zu sorgen, das ist unsere Aufgabe. Deswegen hoffe ich, dass wir das hinbekommen, denn je länger die Krisen anhalten, je prekärer die Situation für viele Menschen ist und je perspektivloser die Zukunft für junge Menschen ist, desto eher wird sich das in Gewalt auf der Straße und im öffentlichen Raum widerspiegeln, und diese Aggressionen richten sich vor allem gegen die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft. Das sind Frauen, das sind Homosexuelle, es sind manchmal auch ältere Menschen, es sind aber auch Menschen mit Migrationshintergrund oder einer anderen Hautfarbe, alle, die nicht dem Mainstream entsprechen.

Wenn sich Menschen in den Städten nicht mehr sicher fühlen, dann ist das nicht nur für die persönliche Sicherheit ein Problem, sondern auch für die innere Sicherheit. Deswegen, meine Damen und Herren, lassen Sie uns nicht wegschauen, lassen Sie es uns aber auch nicht nur als eine Debatte um die Sicherheit der BSAG führen, sondern lassen Sie uns das wirklich gesamtgesellschaftlich diskutieren, weil wir wirklich zum Handeln gezwungen sind! Aber Nulltoleranz bei Gewalt gegen queere Personen, das muss hier der Konsens sein, und das muss geahndet werden. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal recht herzlich bei der Frau Bürgermeisterin bedanken für die sehr ausgewogene und vernünftige Rede, und Sie wissen, ich neige jetzt nicht dazu, Sie immer über Gebühr zu loben, aber Sie haben im Grunde genommen genau den Punkt angesprochen, um den es uns als CDU-Fraktion geht.

Natürlich ist uns auch klar, dass die BSAG nicht ein Hotspot der Gewalt in dieser Stadt ist, aber wir müssen alle zur Kenntnis nehmen, dass mittlerweile Gewalt ein großes Problem in dieser Stadt ist.

(Beifall CDU)

Frau Bürgermeisterin, und darüber müssen wir jetzt nicht diskutieren, sondern Sie sind als Senat gefordert, endlich zu handeln,

(Beifall CDU)

damit sich die Menschen sicher fühlen, egal, ob in den Fahrzeugen der BSAG, egal, ob auf dem Bahnhofsvorplatz oder in ihrem Viertel, wenn sie nach Hause fahren, da ist es uns egal, und deswegen haben wir diese Aktuelle Stunde auch so eingereicht, wie sie ist. Was Sie dann hineininterpretieren, dazu komme ich gleich noch einmal, dass es im Grunde genommen egal ist. Gestern war es eine Transfrau, übermorgen ist es ein Schwarzafrikaner, dann ist es ein Rentnerhepaar: Jeder Bürger dieser Stadt hat das Recht auf Unversehrtheit.

(Beifall CDU, FDP)

Darum geht es uns, und es geht uns darum, dass wir endlich aufhören, bestimmte Sachen immer schönzureden, denn es ist ja eine Spirale, und Gewalt fängt ja nicht gleich mit körperlicher Gewalt an, sondern es geht los mit Pöbeleien, es geht los mit Schubereien, und dann steigert sich das hoch.

Wenn Sie aus dem Hauptbahnhof herauskommen und in die Innenstadt gehen, und Sie sind noch keine 300 Meter gegangen und wurden schon dreimal nach Geld gefragt, nach einer Zigarette oder einer Zeitung oder dergleichen, dann fühlt man sich unwohl, genau.

(Zuruf)

Genau! Und wenn diese pawlowschen Reflexe dann kommen, dann muss man sich nicht wundern, dass die Leute wirklich so denken, wie sie sind, und das führt das eine zum anderen.

(Beifall CDU)

Jetzt komme ich noch einmal zu der Interpretation, dass wir auf bestimmte Gruppen natürlich ein besonderes Augenmerk haben, und da gehören eben auch queere Menschen dazu. Ich kann es mir nicht vorstellen, ich weiß nicht, wie das ist. Ich kann mir aber vorstellen, wie es ist, wenn man anders ist, wie man dann behandelt wird, und da ist das, glaube ich, ein richtiges Problem.

(Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie machen das doch als CDU! Sie behandeln diese doch – –!)

Sehen Sie, Frau Wargalla, und wenn Sie möchten, dass wir alle in dieser Gesellschaft mit diesem Thema anders umgehen, glaube ich,

(Zuruf Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen])

ist es nicht sehr sinnvoll von Ihnen, wenn Sie von sich aus schon einem Großteil der Bevölkerung absprechen, dass sie sich darüber überhaupt Gedanken machen können oder diese Gedanken überhaupt nicht mitfühlend diskutieren!

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Sie haben uns das heute bewiesen!)

Nein, das ist doch falsch! Entschuldigen Sie bitte, es ist – –.

(Zurufe Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Sagen Sie einmal – –. Sehen Sie, Frau Leonidakis, genau das ist das, was den Menschen auf den Keks geht: dass Sie entscheiden,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie die Zurufe aus Ihrer Fraktion gehört?)

was die Wahrheit ist und was nicht die Wahrheit ist, und ich kann Ihnen nur sagen, das wird nicht funktionieren.

(Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Nein, ich nehme keine Zwischenfrage an! Das machen die Menschen nicht mit. Die Menschen sind bereit, über bestimmte Sachen zu diskutieren, die man auch – –.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Strohmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Maja Tegeler?

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Nein, sie kann ja gleich eine Kurzintervention machen! Das ist das, Frau Wargalla, worüber ich mich ärgere, und da unterscheiden Sie sich nicht von anderen intoleranten Menschen wie zum Beispiel Pastor Latzel.

(Beifall CDU)

Wenn Sie von vornherein bestimmten Gruppen dieser Gesellschaft inklusive der CDU absprechen, dass sie sich auch entwickeln können und auch bestimmte Sachen heute anders sehen als vor 30 Jahren, dann gehen Sie einen fatalen Weg, und wenn Sie nicht anfangen, darüber nachzudenken, warum auf einmal dieser sichere Hafen Bremen, der er ja über Jahre war, es auf einmal nicht mehr ist: Was ist denn falsch gelaufen, wenn Zwölfjährige aggressiv, homophob durch die Straßenbahn ziehen? Da ist doch etwas in der Bildungspolitik falsch gelaufen!

(Beifall CDU)

Darüber sollten Sie auch einmal diskutieren, und da sind wir gern bereit, darüber zu diskutieren, aber bestimmte Gruppen sofort auszuschließen, weil sie es nicht begreifen, so, wie Sie es ja gesagt haben, finde ich jetzt nicht sinnvoll.

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich habe heute sehr viel gelernt, habe nicht alles verstanden, das gebe ich gern zu, wer da mit wem Streit macht.

(Zurufe Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, das ist nicht das Problem! Nur wir müssen doch anfangen,

(Zuruf Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen])

und wenn wir merken, dass wir junge Menschen nicht erreichen, dann muss doch etwas falsch laufen in unseren Schulen.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Nur in den Schulen?)

Was läuft denn da falsch? Den Unterricht gibt es ja, die Angebote gibt es ja! In der Schule wird das ja mittlerweile im Sexualkundeunterricht alles gelehrt, selbst in den Schulen in freier Trägerschaft komischerweise.

(Zuruf Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen])

Das funktioniert hervorragend. Darüber rede ich mit meinen Kindern permanent, aber trotzdem sind ja diese Reaktionen anders, und das ist es! Letztlich ist es für uns entscheidend, und jede Fraktion kann frei entscheiden, welche Aktuellen Stunden sie hier einreicht, das machen Sie auch. Das war auch übrigens kein Vorwurf, dass Sie es nicht gemacht haben.

(Zurufe Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen])

Es geht um die Unversehrbarkeit jeder Bürgerin, jedes Bürgers.

(Zurufe Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen] – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Abgeordnete, das Wort hat der Abgeordnete Strohmann! – Bitte!

(Beifall CDU – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh, das hätte ich mir vorhin bei der CDU aber auch gewünscht!)

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Gut! Es ist aber in Ordnung, Frau Wargalla, das finde ich auch in Ordnung, dass Sie da so impulsiv sind, aber geben Sie anderen Menschen einfach auch die Chance, den Weg mitzugehen, und grenzen Sie bitte nicht aus. Das ist nicht in Ordnung. – Vielen Dank!

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen] – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Maja Tegeler zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Nun sollten Sie aber auch einmal lernen, zuzuhören! Für mich sagt jede einzelne Ihrer Aussagen, dass Sie heute nichts verstanden haben,

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

dass Sie immer noch nicht verstanden haben, warum wir diese Aktuelle Stunde so einreichen wollten, wie wir sie eingereicht hätten und wo die Kritik an Ihrer Ausrichtung liegt.

(Zuruf)

Und nehmen Sie da bitte nicht die Bremer Bevölkerung für Ihre Ignoranz in Geiselhaft,

(Zurufe CDU)

weil – und das hat mir auch die Kundgebung in der vergangenen Woche am Montag gezeigt – es unglaublich viele Menschen hier in Bremen gibt, die es anders als Sie sehr wohl verstehen und die anders als Sie sehr wohl solidarisch an unserer Seite sind und sich bemühen, es zu verstehen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ich war leider in Quarantäne!)

– Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Festlegung der Grundsteuerreform für Immobilien- und Grundstückseigentümer als Chance für klimaneutrale Politik nutzen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 16. Februar 2022 (Drucksache [20/668 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dietmar Strehl.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Peter Beck.

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Unser Antrag zur

Grundsteuer vom 16. Februar 2022 wurde aufgrund interfraktioneller Abstimmung seitens der CDU, der SPD, den Grünen, der FDP und der LINKEN immer weiter nach hinten verschoben. Welch ein Demokratieverständnis dieser Parteien! Wir haben bereits September! Noch im April gab uns Bürgerchaftspräsident Imhoff sein Wort, dass dieser Antrag spätestens in der Mai-Sitzung debattiert werden könne. Für die Demokratie ist es unter den gegebenen Umständen eben nicht gut, wenn der Bürgerchaftspräsident zeitgleich auch der Spitzenkandidat der CDU ist.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Beck, ich bitte darum, dass Sie zum Antrag und zur Sache sprechen und nicht über Verfahren!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Das geht jetzt so weiter. Seit Juli dieses Jahres sollen nun auch die Bremer Eigentümer von Häusern, Wohnungen und Grundstücken dem Finanzamt Bremen eine Erklärung über den Wert ihres Wohneigentums und von Grundstücken elektronisch übermitteln, und wie aus der Presse bekannt ist, verläuft dieser Prozess mehr als schleppend. Ob es zu einer Fristverlängerung bei der Abgabe der Steuererklärung zur Grundsteuer kommen wird, ist weiterhin unklar.

Auch der Bund der Steuerzahler hatte sich zuletzt für eine Anpassung des Abgabezeitraums ausgesprochen. „Der viel zu kurze Zeitraum zur Abgabe der Feststellungserklärung muss großzügiger bemessen werden, auf jeden Fall bis Ende Januar 2023“, so Verbandspräsident Reiner Holznagel bereits vor einigen Wochen. Die Sorge: Aufgrund des Umfangs der Grundsteuerreform und des relativ kurzen Abgabezeitraums könnten die Ämter vor einem Steuerwirrwarr stehen. Das Finanzamt wird trotz dieser Schwierigkeiten die Grundsteuer neu festsetzen, die dann ab Februar 2025 von den Immobilienbesitzern zu entrichten sein wird. Bis dahin wird die Bevölkerung natürlich schon vergessen haben, was ab Februar 2025 auch in diesem Sektor an Mehrbelastungen auf sie zukommen wird.

Zur Erinnerung: Die Grundsteuer ist in Deutschland eine Steuer auf das Eigentum an Grundstücken und deren Bebauung, aber auch auf Erbbaurechte an inländischen Grundstücken, die der Eigentümer zu zahlen hat. Der Eigentümer kann die Kosten der Nebenkosten auf die Mieter umlegen, was viele Eigentümer auch so umsetzen werden und was somit die sozial schwachen und niedrig

verdienenden Menschen hier in Bremen durch weitere extreme Preissteigerungen bezüglich ihrer Mieten und Nebenkosten erfahren werden.

Die Bundesrepublik Deutschland und auch das Land Bremen erleben momentan Preissteigerungen in allen Bereichen, und die Folgen sind bereits jetzt schon katastrophal. Die jetzigen Preissteigerungen sind aufgrund des russischen Angriffskriegs und der Coronapandemie erst der Anfang von immensen Preissteigerungen, die schon eingetreten sind, denn diese Bundesregierung unter der Ampelkoalition arbeitet weiter stetig an der Transformation der Wirtschaft, wobei ein Ende von Preissteigerungen bei Weitem nicht in Sicht ist. Das bedeutet natürlich auch, dass in Bremen der Armutsspiegel innerhalb der Bremer Bevölkerung noch weiter nach oben ausschlagen wird. Dort steht Bremen wie auch in anderen Dingen bundesweit an der Spitze, aber eben nicht positiv.

Auch müssen die Bremer Regierungsverantwortlichen berücksichtigen, dass nicht jeder Eigentümer von Wohnimmobilien oder Grundstücken als reich zu bemessen ist. Rentner, welche Immobilienbesitzer sind, und junge Familien, die entweder eine Immobilie erben, bauten oder kauften, sind bereits jetzt schon am Limit ihrer Zahlungsfähigkeiten. Noch interessanter wird der Februar 2025 für alle Eigentümer von Wohnimmobilien und deren Mieter, wenn der kommende Bremer Senat die Höhe der zu entrichtenden Grundsteuer festlegen wird, und mit aller logischen Voraussicht wird diese wesentlich höher ausfallen als vor der jetzigen Festlegung.

Wir von Bürger in Wut sind nicht gegen die Grundsteuerreform, allerdings werden wir immer wieder darauf hinweisen, dass solche nicht zweckgebundenen Steuereinnahmen, die zu 100 Prozent beim Land Bremen liegen, später eben nicht für irgendwelche ideologischen politischen Projekte missbraucht werden. Mit der Grundsteuerreform werden neue Möglichkeiten und Chancen eröffnet, indem energetische Sanierungen vorankommen könnten. Hier würden sogar Immobilienbesitzer und Mieter partizipieren. Deshalb hoffen wir von BIW, dass Sie unseren Antrag auch aufmerksam gelesen haben und vor allem verstanden haben. Zum Wohle der Bremer Bürgerinnen und Bürger hoffen wir von BIW, dass Sie unseren Antrag mit unterstützen werden. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über den Antrag des Abgeordneten Beck der Bürger in Wut zum Thema Grundsteuer. Die Grundsteuer, die ja nicht zu verwechseln ist mit der Grunderwerbsteuer, ist eine Steuer, die Eigentümer jedes Jahr für ihr Grundstück zahlen müssen, das sie besitzen. Bisher wurde das nach groben Richtwerten berechnet, die im Großen und Ganzen noch aus den Sechzigerjahren stammten. Seitdem hat sich viel getan. Städte haben sich verändert, Stadtteile haben sich verändert, die Grundstückswerte haben sich verändert. Aus diesem Grund wurde entschieden, dass diese Praxis überarbeitet werden muss, und ein neues Verfahren wurde entwickelt. Dank einer Öffnungsklausel können die Länder damit unterschiedlich umgehen. So viel als Einleitung zu dem Thema!

Nun haben Sie, Herr Beck, einen Antrag gestellt, und Sie formulieren in Ihrem Antrag einerseits, dass die Bremerinnen und Bremer jetzt schon mit die höchste Grundsteuer in Bremen zahlen oder überhaupt in Deutschland zahlen und es unfair wäre, wenn diese Grundsteuer noch weiter steigt. Um es einmal deutlich zu sagen: Es geht nicht darum, dass die Grundsteuer für alle Eigentümer von Flächen steigt, sondern das Konzept der Grundsteuer ist ja gerade, dass sie aufkommensneutral durchgeführt werden soll. Das heißt, für einige wird es teurer, für andere muss es günstiger werden. Ansonsten wäre die Grundsteuer ja letztendlich nicht aufkommensneutral, und das ist ja eine Voraussetzung, auf die wir uns auch verlassen.

(Beifall FDP)

Ihr Vorschlag sieht nun so aus, dass die Einnahmen aus der Steuer einem eigenen Haushalt zugewiesen werden, damit energetische Maßnahmen für Eigentümer subventioniert werden sollen. Für mich ist die Verknüpfung von der Grundsteuer auf der einen Seite und einer Subventionierung von energetischen Maßnahmen relativ absurd, weil wir dann natürlich in die Situation kommen, dass diejenigen mit großen Grundstücken am Ende viel Grundsteuer gezahlt haben, aber dann auch deutlich mehr Grundsteuer zurückbekommen.

Aber das heißt ja gar nicht, dass diese Gebäude wirklich energetisch saniert werden müssen. Es kann ja auch sein, dass gerade bei einem kleinen Haus, das sich jemand geleistet hat, weil er vielleicht gerade kein Geld für etwas Renoviertes, für etwas Saniertes hatte, deutlich mehr Geld hinein-

fließen muss. Dieser hat aber am Ende deutlich weniger Subventionen, weil er gar nicht so viel Grundsteuer zahlt. Diese Verbindung ist für mich nicht logisch, und sie ist auch nicht zielgerecht, weil sie letztendlich nicht dort ansetzt, wo sie ansetzen muss und wir damit in die Situation kommen, dass vielleicht der Eigentümer in Oberneuland mit dem 2 000-Quadratmeter-Grundstück, der jetzt sehr viel Grundsteuer zahlt, am Ende regelmäßig seine Fenster oder sein Dach austauschen lässt, obwohl es vielleicht noch gar nicht notwendig ist, nur weil er sagt, na ja, dann bekomme ich zumindest die Steuern zurück, aber das Geld an anderer Stelle sinnvoller investiert wäre.

Ich halte diesen Vorschlag für nicht zielführend. Er wird auch letztendlich nicht das bewirken, was wir wollen, nämlich dass insbesondere die Gebäude saniert werden, wo es jetzt wirklich einen Sanierungsstau gibt, wo wir heranmüssen, und diese Verbindung ergibt sich nicht durch die Grundstücksgröße, wonach sich ja letztendlich die Steuer bemisst.

(Beifall FDP)

Letztendlich ist mein Eindruck, dass Sie ein Thema aufmachen, aber überhaupt nicht zu Ende gedacht haben, was eigentlich am Ende dabei herauskommen soll. Wir haben zwei Themen – das eine ist die Grundsteuer, die wird aufkommensneutral berechnet, und das andere sind die energetischen Sanierungen, und da haben wir ein Thema, da müssen wir heran –, aber diese beiden Sachen miteinander zu verbinden, ergibt überhaupt keinen Sinn. Ich glaube, ich spreche für alle Fraktionen in diesem Hause, wenn ich Ihnen mitteile, dass wir diesen Antrag ablehnen werden.

(Beifall)

Ich möchte aber noch einen Satz zu zwei Herausforderungen sagen, die wir tatsächlich haben, weil ich noch eine Minute Zeit habe! Das eine betrifft die Grunderwerbsteuer. Wir sind im Moment in einer Situation, dass das Eigentum, die Preise für Eigentum in den letzten Jahren gestiegen sind, und damit steigt auch die Grunderwerbsteuer. Da haben wir ein Thema, das ist aber eine andere Steuer. Das Haus, das früher 300 000 Euro gekostet hat, kostet jetzt vielleicht 500 000 Euro, das heißt, man zahlt schon nicht mehr 15 000, sondern 25 000 Euro Grunderwerbsteuer, und da ist der Makler noch nicht bezahlt und so weiter. Da haben wir ein Problem; also der Einstieg ins Eigentum wird schwieriger, darüber müssen wir reden.

Das zweite Thema ist natürlich die Frage, wie wir die ganzen energetischen Sanierungen bezahlen. Das ist ein Thema. Wir sind ja immer schnell dabei, Dinge zu beschließen, aber wir müssen uns die Frage stellen: Wer soll am Ende dafür eigentlich aufkommen? Das ist ein Problem, und es wird nicht funktionieren, dass wir das alles auf die Eigentümer abwälzen. Da werden wir Programme brauchen, da rollt, glaube ich, eine riesige Welle an Maßnahmen auf uns zu, wo wir uns überlegen müssen, wie wir das in Zukunft finanzieren wollen. Darauf brauchen wir Antworten, darüber sprechen wir ja hier auch regelmäßig, aber die Antworten auf diese Frage finden sich definitiv nicht in Ihrem Antrag, Herr Beck. – Herzlichen Dank!

(Beifall – Abgeordneter Peter Beck [BIW]: Das sehen Sie so!)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Stand und Zukunft der Ausbildung bei der Bremer Feuerwehr

**Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 25. Januar 2022
(Drucksache [20/656 S](#))**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 8. März 2022
(Drucksache [20/676 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Ulrich Mäurer.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage „Stand und Zukunft der Ausbildung bei der Bremer Feuerwehr“ ist ein Paradebeispiel, so will ich es einmal formulieren, für das Auseinanderklaffen von Vorlage und Realität. Ich sage einmal, hätten wir als CDU-Fraktion uns die Feuerweherschule nicht selbst angeschaut und nur die Antworten des Senats gelesen, dann müsste man eigentlich zu dem Schluss kommen, es ist alles gut bei der Feuerweherschule. Dem ist aber nicht so.

Aber bevor jetzt wieder gesagt wird, ich würde alles schlechtreden, würde ich doch schon gern noch einmal ein paar Worte darüber verlieren, was, glaube ich, ganz gut ist! Ich glaube, die Unterrichtsräume dort bei der Feuerweherschule sind in einem ordentlichen Zustand, ich glaube, sowohl technisch als auch von der Funktionalität her. Die große Frage, die sich bei der Feuerweherschule aber doch stellt, ist, ob der Standort der richtige ist. Da haben wir ja die Situation, dass es ein Bundeswehrgelände ist, und sicherlich ist die Lage am Werdersee auch vorteilhaft, aber es kann ja jederzeit passieren, dass die Bundeswehr dieses Gelände wiederhaben möchte, und dann haben wir ein Riesensproblem. Insofern ist diese Frage natürlich nicht beantwortet.

Ich will einmal anfangen bei der Sportausbildung! In der Antwort des Senats steht: „Für die Umsetzung innerhalb der Laufbahnausbildung steht ein vollumfänglich ausgestatteter Sportraum zur Verfügung.“ Meine Damen und Herren, wenn ich das lese – ich will es einmal so formulieren –: Das, was da unter Sportraum beschrieben wird, hat in Wahrheit nichts, aber auch gar nichts mit Sport im Innenbereich zu tun. Es ist eine im Prinzip eine alte Wagenhalle, worin früher Panzer gestanden haben, wo ein paar Judomatten auf den Boden gelegt wurden und dieser Bereich sozusagen durch Spinde abgetrennt wurde, wo sich die Feuerwehrbedienten umkleiden müssen.

Das ist natürlich weder eine Sporthalle noch ein Sportraum, und das hat auch ehrlicher Weise nichts mit einer Sportausbildung zu tun. Das ist letztendlich reine Improvisation, und ich finde, Vorschriften und Normen sollten natürlich selbstverständlich auch für die Feuerwehrsporthalle gelten.

Aber da möchte ich jetzt gar nicht anfangen. Ich möchte noch auf etwas anderes hinaus, und zwar auf die Fahrzeugausstattung, das hängt natürlich eng zusammen mit der mangelhaften Fahrzeugausstattung insgesamt. Das Löschfahrzeug, das dort steht, ist eines aus der vorletzten Generation. Alle anderen Fahrzeuge dort bei der Feuerweherschule sind circa 20 Jahre alt. Ob es eine sinnvolle zielgerichtete Ausbildung ist, an solchen Oldtimerschulen zu lassen, das lasse ich auch einmal dahingestellt, aber was ich ganz schlimm finde, ist, dass für die Feuerweherschule zum Beispiel eine Drehleiter zur Verfügung steht, die Ausbildung daran aber am nächsten Tag nicht stattfinden kann, weil diese Drehleiter als Tauschwagen am Wochenende abgezogen werden musste. Das heißt, die Ausbildung kann dann nicht stattfinden. Ich finde, für uns als CDU-Fraktion ist dies völlig unakzeptabel. Die Feuerweherschule muss so ausgestattet sein, dass die Ausbildung mit den Fahrzeugen immer gewährleistet ist.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der betrifft das Personal. Der Kollege Fecker nickt schon, ich glaube, er weiß, worum es geht bei der Feuerweherschule. Ich habe die Feuerwehrbeamten dort auch kennengelernt, alle hoch motiviert, aber auch gleichzeitig hoch frustriert. Ich glaube, man kann so eine Lehrtätigkeit auch nur erfolgreich machen, wenn man da eine hohe, ich sage einmal, intrinsische Motivation mitbringt, anderen Menschen etwas beibringen zu wollen. Da passt es ehrlicher Weise nicht ins Bild, wenn Kollegen aus dem Löschdienst dorthin abgeordnet werden, weil es bei der Feuerweherschule eine so hohe personelle Fluktuation gibt, dass dort ständig Personalmangel herrscht. Da muss man sich natürlich logischer Weise die Frage stellen: Warum ist das eigentlich so? Warum wollen die Feuerwehrbeamten dort wieder weg beziehungsweise nicht bleiben? Es ist auf der einen Seite natürlich fatal, dass einige Beschäftigte abgeordnet werden und nicht auf einer festen Stelle sitzen, wodurch diese Kollegen eben weiter zum Personalstand der Wachabteilung und somit zur Stärke dazuzählen, obwohl sie theoretisch gar nicht anwesend sein können.

Ich glaube aber, das habe ich in Gesprächen auch festgestellt, es geht den Feuerwehrbeamten gar

nicht nur ums Geld, es geht dort auch generell um die Rahmenbedingungen, um die Infrastruktur. Es sind oft junge Kollegen, die sich engagieren, die sich aufreihen und letztendlich wie in einem Hamsterrad fühlen, so will ich es einmal sagen, denn es ist für viele ein Kampf gegen Windmühlen, was innerlich zermürbt, wo man immer ständig neue Ideen hat, wo man viel Energie hineinsteckt, wobei aber am Ende nichts herauskommt durch ständige Improvisation und Verbesserungsvorschläge.

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen, in der Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage schreiben Sie: „Eine angemessene und modern ausgestattete Ausbildung ist aus der Sicht des Senats ein wichtiger Baustein für einen attraktiven Arbeitgeber.“ Das ist so, da stimmen wir auch voll zu, ich glaube, das ist aber nicht die Realität. Deswegen, Herr Innensenator: Ändern Sie dies, und kümmern Sie sich um die vielen Baustellen bei der Feuerweherschule! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Feuerwehren der Stadt Bremen sind einer der wichtigsten Bausteine für die Sicherheit der Bremerinnen und Bremer und sollten sowohl personell als auch materiell immer bestmöglich aufgestellt sein, und für die bestmögliche personelle Aufstellung ist die Frage, wie und unter welchen Bedingungen die Aus- und Weiterbildung bei der Berufsfeuerwehr, aber eben auch bei den vielen freiwilligen Feuerwehren in unserer Stadt stattfindet, von essenzieller Bedeutung.

Was eine jahrelange Vernachlässigung für negative personelle Auswirkungen haben kann, das sehen und sehen wir bei der Polizei, wo jetzt mit allen Mitteln versucht wird, die Versäumnisse der Vergangenheit wieder aufzuarbeiten, und deswegen ist es auch richtig, dass die CDU im Januar einen Fragenkatalog zum Stand und zu der Zukunft der Ausbildung bei der Feuerwehr Bremen aufgestellt hat, die der Senat dann auch im März beantwortet hat. Ich möchte gleich an der Stelle einmal sagen, dass manche Antworten einfach keine Antworten sind. Das ärgert mich auch.

Wenn Sie auf die Frage zur Zukunftsfähigkeit des Leasingmodells bei der Beschaffung von Sportgeräten nicht antworten können, weil vielleicht der Prozess noch nicht abgeschlossen ist und es somit noch an entsprechenden Erfahrungswerten fehlt, okay, aber wenn der Senat auf eine Frage, in der die Opposition konkret nach den weiteren Investitionsbedarfen in die technische Ausbildung und dem notwendigen Fuhrpark für die Aus- und Fortbildung der Feuerwehr fragt, nur antwortet mit – ich zitiere – „Das auf Basis der beschlossenen Haushaltsanschlüsse bestehende Fahrzeugkonzept für die Feuerwehr Bremen“, also Berufsfeuerwehr und freiwillige Feuerwehren, „wird derzeit bedarfsorientiert fortgeschrieben, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden und abgängige Einsatzmittel zeitgerecht ersetzen zu können“, dann habe ich hierfür kein Verständnis!

Erstens wurde nicht nur nach Fahrzeugen gefragt, sondern auch nach technischen Gerätschaften im konkreten Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung, und zweitens wurde nach den konkreten Investitionsbedarfen gefragt. Wie anders soll man es denn noch formulieren? Bei mir läuten da alle Glocken bei einer offensichtlich so ausweichenden Antwort. Entweder ist dem Senat nicht bekannt, wie hoch der Investitionsbedarf tatsächlich ist, oder er ist aufgrund jahrelanger Vernachlässigung so hoch, dass der Senat mit den konkreten Zahlen nicht herausrücken möchte. Beides halte ich für fatal, aber es passt dann irgendwie in das Bild dieser rot-grün-roten Koalition, welches sie seit Jahren in Fragen der inneren Sicherheit in Bremen abgibt.

Hierzu passt dann auch, dass ich im August aus einem Bericht bei „buten un binnen“ erfuhr, dass es trotz ständig anderslautender Beteuerungen bei der Berufsfeuerwehr offensichtlich ein solch massives Personalproblem gibt, dass sich mehrere Feuerwehrleute unabhängig voneinander an die Medien gewandt haben, dass sie sich in manchen Einsatzlagen einfach nicht mehr sicher fühlen. So seien manche Sonderfahrzeuge wie Tanklöschfahrzeuge oder Umweltschutzwagen häufig außer Dienst, weil kein Personal da ist, um sie zu besetzen. Das sollte uns allen Sorgen bereiten.

Auch die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft Bremen sagt deutlich, dass diese Phänomene in erster Linie auf eine verfehlte Sparpolitik der letzten Jahre zurückzuführen seien. Wir sehen das auch so, und deswegen haben wir Freien Demokraten in den letzten Haushaltsberatungen immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass es verkehrt ist, an dieser Stelle zu sparen, und deutlich mehr Mittel

für die Feuerwehr gefordert. So viel für jetzt, ich komme später noch einmal zum zweiten Beitrag wieder! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute die Antworten des Senats auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Stand und zur Zukunft der Feuerwehrausbildung in Bremen, und ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, der CDU für diese Anfrage zu danken. Ebenso danke ich dem Senat für die umfangreichen Informationen und das umfassende Bild, welches aus den Antworten zum Stand der Feuerwehrausbildung in Bremen gezeichnet werden kann, und – das kann man sicherlich ohne schlechtes Gewissen behaupten –: Wir stehen gut da, was die Ausbildung unserer Feuerwehrkräfte angeht.

Feuerwehrausbildung in Bremen ist vergleichbar mit den Ausbildungen in allen anderen Ländern. Das wissen wir, weil Kräfte aus anderen Bundesländern auch in Bremen aus- und fortgebildet werden, nachzulesen in den Antworten des Senats auf die Fragen der CDU. Das ist schön, das freut uns natürlich auch, das ist gute Werbung für unsere Feuerwehr, aber auch für unsere Feuerwehrausbildung.

Bevor ich jetzt zu euphorisch werde, Kolleginnen und Kollegen: Ja, auch bei der Feuerwehrausbildung haben wir Baustellen. Das ist nicht nur der Kollege Lübke, der sie erkennt, sondern die erkennen wir auch, und die gestehen wir natürlich auch ein,

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Sehr gut, das ist schon mal der erste Schritt!)

und das ist auch völlig normal. Wo gibt es diese Baustellen nicht? Wenn die bauliche Infrastruktur an der einen oder anderen Stelle zu wünschen übrig lässt, dann nehme ich, dann nehmen wir das als Auftrag und werden das auch angehen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir lernen auch, dass es natürlich auch bei der Feuerwehrausbildung zu Einschränkungen durch die

Coronapandemie gekommen ist. Diese Einschränkungen waren und sind erfreulich gering, und das Umschwenken auf digitale Formate scheint augenscheinlich gelungen, aber auch da kann man natürlich noch besser werden, Stichwort Digitalisierung.

Kolleginnen und Kollegen, es ist erfreulich, nein, es ist gut zu wissen, dass die Ausbildung der Feuerwehr bei uns in Bremen gut organisiert ist, dass die Ausbildung krisenfest ist und dass sie zukunftsfest ist, denn – machen wir uns nichts vor! – die Nachwuchsgewinnung der Feuerwehr wird eine unserer größten Herausforderungen in den kommenden Jahren sein, denn natürlich steht unsere Feuerwehr in Konkurrenz zum normalen Arbeitsmarkt. Bedingt durch die Tatsache, dass die Nachwuchsgewinnung der Feuerwehr sich überwiegend aus handwerklichen Berufen generiert, haben wir einen doppelten Druck: einerseits den dort herrschenden Fachkräftemangel und andererseits die Tatsache, dass das Handwerk gerade sehr gut zu tun hat.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich freue mich für alle Handwerker:innen in unserem Land, deren Auftragsbücher gut gefüllt sind, die gut verdienen, die sich ihre Aufträge zurzeit aussuchen können. Für unsere Feuerwehr ist das aber auch eine schwierige Situation, denn die Feuerwehr steht in einem Wettbewerb um junge Menschen, und deswegen ist es umso wichtiger, dass die Feuerwehr über unsere Jugendfeuerwehren schon frühzeitig im Leben von interessierten Jugendlichen, von interessierten jungen Menschen präsent ist, denn wir wissen, dass die Mitgliedschaft in einer Jugendfeuerwehr oftmals – nicht immer, aber oftmals – den ersten Kontakt zur Feuerwehr in dem Berufsbild darstellt.

Zur Attraktivierung gehört natürlich auch das Bauen, das Vorhalten von neuen, von modernen Wachen und Fahrzeugen. Dies gilt für die Berufsfeuerwehr genauso wie für die freiwilligen Feuerwehren, und – da möchte ich dem Kollegen Lübke gern widersprechen – da haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Zu erwähnen seien die FF-Standorte in Farge und im Blockland und der neue BF-Standort am Hochschulring.

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Aber davon habe ich auch gar nicht gesprochen!)

Als Nächstes werden wir die Wachen in Burglesum und Osterholz angehen und dafür Sorge tragen, dass die Standorte zu Schmuckstücken für die Zukunftsgewinnung für unsere Feuerwehr werden.

(Beifall SPD)

Weil wir die Attraktivität der Feuerwehr gar nicht genug vorantreiben können, haben wir als Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion in den letzten beiden Doppelhaushalten auch Schwerpunkte gesetzt und werden dies auch wieder tun. Kolleginnen und Kollegen, das soll es erst einmal von mir gewesen sein, und ich komme gleich noch einmal kurz wieder. – Vielen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Bevor ich gleich inhaltlich auf die umfassend beantwortete Anfrage eingehe, möchte ich eines vorwegschicken: Die Tätigkeiten bei der Feuerwehr haben von ihren Qualifikationsanforderungen ein absolutes Alleinstellungsmerkmal. Aufgrund dieser Multifunktionalität der Tätigkeit braucht es drei eigenständige Berufsausbildungen: eine technische Ausbildung, eine Ausbildung als Notfallsanitäterin und eine eigenständige Ausbildung für den Lösch- und Hilfsdienst. Ganz ehrlich, ich kenne kein anderes Berufsfeld, das so eine breite Qualifikationsbasis braucht und benötigt.

Mein Kollege Lenkeit hat ja eben gerade auch schon darauf hingewiesen, das macht natürlich auch ein Problem bei der Generierung zukünftiger neuer Kolleginnen und Kollegen in der Feuerwehr. Das bedeutet, dass wir neben den quantitativen Anforderungen auch sehr hohe qualitative Anforderungen an die Ausbildung haben. Die quantitativen Anforderungen sind zum einen der Personalbedarf bei der Feuerwehr, der durch zusätzliche Anforderungen wie insbesondere durch den Rettungsdienst ständig steigt. Zum anderen hören durch die demografische Situation in den kommenden Jahren sehr viele Feuerwehrleute auf, und immer weniger Feuerwehrleute verkaufen zusätzliche Schichten aus ihrer Freizeit.

Wenn wir dann die Situation bei der Feuerweherschule anschauen – das wurde auch schon erwähnt –: Von den 26,4 Vollzeitäquivalenten bei der Feuerweherschule sind momentan nur 17 besetzt, und sieben kommandierte befristete Stellenwahrnehmungen aus dem Lösch- und Hilfsdienst. Hinzu kommt, dass wegen der beschriebenen Stellenbedarfe ein dritter Lehrgang pro Jahr hinzukommen

soll und muss, und – da gebe ich Herrn Lübke auch recht – es besteht also ein akuter zusätzlicher Stellenbedarf bei der Feuerweherschule Bremen.

Ein zweiter Punkt, auf den ich eingehen will, ist die Heiausbildung. Es gibt hier bisher keine dauerhaft gesicherte spezielle Ausbildungsstelle. Dies wird zurzeit mit einer feststoffbetriebenen befeuerten Brandbungsanlage teilweise kompensiert, ist aber für eine qualitativ hochwertige Ausbildung nicht wirklich zufriedenstellend. Das geht auch den Werksfeuerwehren in Bremen so. Deshalb wäre es auf jeden Fall begrüßenswert, wenn in Bremen gemeinsam mit den Werksfeuerwehren ein dauerhafter Standort für ein entsprechendes Ausbildungszentrum etabliert werden könnte.

Als dritten Punkt möchte ich noch auf die Deeskalationsausbildung eingehen, und das war ja heute, glaube ich, auch schon mehrfach Thema, warum das auch entsprechend wichtig ist. Für Polizei und Rettungsdienste nimmt die Bedeutung der Deeskalation an den Einsatzorten ständig zu. ber das Thema ist hier in der Bremischen Bürgerschaft auch schon wirklich öfter debattiert worden. Hier gab es ein sehr erfolgreiches gemeinsames Deeskalationstraining in einer Kooperation mit der Uni Bremen. Dies ist leider ausgefallen und nicht fortgeführt worden. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf, ein solches Ausbildungsangebot wieder zu etablieren. Auch hier ist nach dem Skandal in der Feuerwehr wieder Bewegung hineingekommen, was ich sehr begrüße.

Abschließend will ich betonen, dass die Antidiskriminierung und die Lehren aus dem vergangenen Skandal eben nicht in einer Konkurrenz zur Personalentwicklung stehen, sondern darüber mitentscheiden, wer zur Feuerwehr kommt und wie viele Interessierte es überhaupt gibt. Dass der Senator die Ausbildung besser vergüten will, ist richtig, und auch über eine kürzere Ausbildungszeit kann man diskutieren. Wenn wir bei der Ausbildung breit denken, schaffen wir, glaube ich, gemeinsam eine moderne, gute Ausbildung zu guten Bedingungen für alle Menschen, und ich glaube, dann können wir auch optimistisch für die Feuerwehrausbildung in die Zukunft schauen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Björn Fecker.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, es gibt hier kaum einen politischen Dissens in der Frage, sowohl in der Frage, dass es Handlungsbedarf in dem Bereich gibt, als auch in der Frage der grundsätzlichen Unterstützung und in der grundsätzlichen Wichtigkeit der Ausbildung der Feuerwehrbeamtinnen und -beamten.

Grundsätzlich stellen wir an die Ausbildung im öffentlichen Dienst hohe Ansprüche, das ist, glaube ich, vor zwei oder drei Sitzungen hier auch entsprechend diskutiert worden, und insbesondere bei so speziellen Berufen wie bei der Feuerwehr oder auch der Polizei oder den Rettungskräften ist es elementar, dass die Ausbildung diejenigen, die sich in sie begeben, auf das vorbereitet, was sie in der Realität antreffen. Dazu gehört es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, und das ist selbstverständlich die Aufgabe des Arbeitgebers. Es ist aber auch im Interesse des Arbeitgebers, weil eine gute Ausbildung eben dafür sorgt, dass man für Fachkräfte attraktiv ist, dass sie den Weg zu uns finden, denn auch das ist eine Debatte, die jetzt immer so ein bisschen mit hineinschwingt, die Frage der Personalzahlen der Feuerwehr, wo aus Sicht der Fraktion der Grünen ebenfalls Handlungsbedarf besteht. Dann sind wir natürlich bei der Frage, wie gewinne ich Leute, wenn ich sie nicht selbst ausbilde – als Erstes möchte ich sie natürlich gewinnen, dass sie sich bei uns ausbilden lassen –, aber tatsächlich bei der Frage: Wie ist die Ausbildung? Welche Qualität hat sie? Wie ist das mit der Bezahlung? Wie ist das mit den weiteren Rahmenbedingungen?

Da bin ich auch dankbar dafür, dass hier, glaube ich, auch fraktionsübergreifend anerkannt wurde, dass die Ausbildung an sich qualitativ gut ist. Es ist jetzt mehrfach gesagt worden, dass die Ausbilder ihren Beruf gut ausüben, aber es ist auch richtig – und Herr Lenkeit hatte darauf hingewiesen –, dass es Handlungsbedarf gibt. Aber auch da gibt es aus meiner Sicht keinen Dissens, weder in der Koalition noch mit den Oppositionsfraktionen.

Beim Thema Ausbilder, Rahmenbedingungen und Lehrkräften sind ein paar Sachen, über die man diskutieren muss. Da sind die Fragen des Zulagenwesens offensichtlich neu geregelt worden. Da, glaube ich, gibt es Handlungsbedarf. Das Deeskalationstraining als für mich wichtiger und elementarer Bestandteil der Ausbildung ist eben gerade angesprochen worden, die baulichen Fragen, die natürlich mit der Standortfrage zusammenhängen,

da hat der Kollege Lübke durchaus recht, all das wird uns jetzt in den nächsten Monaten beschäftigen, um die entsprechenden Weichen zu stellen.

Auch bei der Frage der inhaltlichen Beschäftigung mit der Ausbildung bin ich Herrn Tebje noch einmal sehr dankbar, dass er eben darauf hingewiesen hat, nämlich einerseits der Frage der besseren Vergütung, das ist jetzt hier angesprochen worden, aber die Frage, zu schauen, ob man die Lehrpläne auch einmal entrümpeln kann, ob es da Möglichkeiten gibt, vielleicht auch das Ganze zu verkürzen, weil wir es ja tatsächlich mit Menschen zu tun haben, die schon aus einer fertigen Ausbildung zur Feuerwehr kommen und dann noch einmal eine Ausbildung machen,

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Das war vorher aber auch schon so!)

deswegen ist es richtig, glaube ich, diese Frage auch anzugehen. Auch wenn sie nicht neu ist, ist es richtig, sie anzugehen, Herr Dr. Buhlert! Insofern freue ich mich auf den weiteren fachlichen Austausch in der Debatte und sehe insbesondere eine hohe politische Übereinstimmung. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir von der Personalnot bei der Feuerwehr sprechen, dann bekommt das Thema Ausbildung von Nachwuchskräften und Fort- und Weiterbildung von vorhandenen Kräften, wie sie Thema der Großen Anfrage sind, ja eine zusätzliche Bedeutung, und dann muss man natürlich als Erstes fragen: Wie kommt man überhaupt an Nachwuchskräfte? Wie kann man sie für die Feuerwehr gewinnen?

Der erste Schritt für viele Menschen ist, das haben wir gehört, die Jugendfeuerwehr oder der ehrenamtliche Dienst bei einer der freiwilligen Feuerwehren, und die meisten kommen nicht in der Erwartung, dass sie hier die große finanzielle Karriere machen, sondern weil sie eine gute Rettungsarbeit machen und damit auch den Menschen dienen wollen. Wenn die Ehrenamtlichen aber schon dort merken, dass es an vielem mangelt, dann werden sie es sicherlich genau überlegen, ob sie in den

Dienst der Berufsfeuerwehr wechseln wollen. Die Ausbildungsvoraussetzungen sind hoch, das haben wir gehört, die Bezahlung ist sehr gering, und ich freue mich sehr, wenn hier Schritte getan werden, die Besoldung mittelfristig anzupassen, aber das allein wird die Feuerwehr nicht retten. Personal und mangelhafte technische Ausstattung, das müssen wir angehen, sonst ist Weiteres eben auch nicht umzusetzen.

Der Frust, der bei den Feuerwehrleuten zum Ausdruck kam, die sich dann an „buten un binnen“ gewandt haben, könnte dafür sorgen, dass es vielleicht mittelfristig mühsamer wird, Interessenten für den Dienst bei der Feuerwehr in Bremen zu finden, und das wäre wirklich tragisch und schlimm. Wenn sie es dann doch tun und schon in der Ausbildung auf beschränkte praktische Ausbildungsmöglichkeiten treffen, dann kann das auch ganz schnell wieder zum Abbruch der Ausbildung führen. Deswegen ist das Thema so wichtig, dass da nicht noch weitere Anreize sind, um dann, wenn man sie einmal gewonnen hat, wieder zu gehen.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zum Thema Weiterbildung! Wir haben während der Aufarbeitung der vergangenen Feuerwehrskandale über viele Mängel bei der Berufsfeuerwehr gesprochen, viele Mängel, die die Weiterbildung von Führungskräften betrafen, und wir haben vieles gemeinsam verabschiedet, was das Miteinander bei der Feuerwehr verbessern soll. Auch das kostet mehr Geld, wenn das gesamte Führungspersonal, das ja im Schichtdienst arbeitet, hier irgendwie miteinbezogen werden soll. Wir hatten in der letzten Innendeputation, die wir bei der Feuerwehr hatten, intensiv darüber gesprochen. Weiterbildung kostet Zeit, und zwar Arbeitszeit, und damit Geld. Wenn es also einen ernsten Willen gibt, die ganzen Führungsqualifizierungsmaßnahmen trotz Schichtdiensten für alle umzusetzen, dann müssen diese Gelder auch aufgebracht werden können, sonst lässt die Politik Herrn Heßemer, den Leiter der Feuerwehr, mit der Quadratur des Kreises letztendlich allein. Nach allem, was ich über ihn und seine Arbeit gehört habe, hat er das nicht verdient, und unsere Feuerwehr auch nicht.

(Beifall FDP)

Lieber Herr Innensenator, mich würde übrigens in dem Zusammenhang noch interessieren, was es genau bedeutet, wenn von dem Rückgriff auf dezentrale Übungsprojekte die Rede ist und welche Mehrkosten dadurch entstehen, dass man hier auf dezentrale Übungsprojekte zurückgreifen muss,

und ich würde auch gern wissen, ob man mit ArcelorMittal mittlerweile wieder gemeinsam die Heiausbildung durchführen kann, ob also ein neuer Standort gefunden werden konnte. Vielleicht können Sie nachher in Ihrer Antwort darauf noch eingehen, dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Zusammenfassend möchte ich gern unsere Forderung wiederholen: Nice-to-have-Projekte muss der rot-grün-rote Senat zugunsten von Kernaufgaben des Staates gezielt vernachlässigen, wir werden das sonst in den kommenden Zeiten zu spüren bekommen. Wir brauchen hier dringend eine Neuausrichtung der Politik. Innere Sicherheit muss endlich höchste Priorität bekommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Mäurer.

Senator Ulrich Mäurer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte ist natürlich auch eine Gelegenheit für mich, um auf die Kernprobleme der Feuerwehr einzugehen. Wir hatten heute Morgen eine Innenministerkonferenz der A-Länder in Hannover, und dieser Punkt hat uns beschäftigt, denn wir sehen natürlich, das Umfeld hat sich radikal verändert. Wir erleben die Auswirkungen der Klimakatastrophe. Wir haben darüber gesprochen: Was ist, wenn die Wälder brennen in Niedersachsen und in anderen Bundesländern? Sind wir darauf vorbereitet? Haben wir die ausreichenden Lschkapazitten? Nein, wir haben sie nicht.

Die Bundesinnenministerin hat berichtet, dass die Bundespolizei jetzt mit 50 Hubschraubern ausgestattet wird. Was fehlt, sind aber Lschflugzeuge, wie sie in Italien und Griechenland zum Einsatz kommen. Das heißt, wir müssen da mit der EU kooperieren, damit wir irgendwann über diese Transportkapazitäten verfügen werden. Ich glaube, dass allen der Ernst der Lage klar ist, weil, wie gesagt, diese Herausforderung, was die Sicherung unserer kritischen Infrastruktur angeht, was die Bekämpfung von Katastrophen, von Starkregen und anderen Naturereignissen angeht, das ist evident. Unsere Erwartung ist, dass der Bund in dieser Frage – denn Katastrophenschutz ist eine Bundesaufgabe – die Länder massiv dabei unterstützt; das heißt, in der Beschaffung von neuen Systemen, in der Ausstattung mit Fahrzeugen und vielem anderen mehr. Das ist die grobe Orientierung.

Gleichzeitig ist natürlich allen klar gewesen, dass man sich auch in den Ländern dieses Themas annehmen muss. Ich beginne einmal mit dem ersten Thema, der Zukunftsfähigkeit unserer Feuerwehren unter personellen Aspekten. Da haben wir alle das Problem, dass wir ausschreiben. Wir haben Stellen, aber wir tun uns verdammt schwer damit, diese Stellen zu besetzen; und da ist natürlich die Frage, warum. Ein Grund ist einfach der: Es gibt einen Fachkräftemangel, das dürfte eigentlich bekannt sein. Dann frage ich: Mit welchen Voraussetzungen treten wir auf diesem Markt an?

Ein Feuerwehrbeamter, vielmehr korrekt der Auszubildende in der Feuerwehr, hat ungefähr ein Grundgehalt von 1 200 Euro. 1 200 Euro bekommt er, wenn er in die Ausbildung eintritt. Das Problem ist einfach, das sind keine Kinder und keine Jugendlichen mehr. In der Vergangenheit ist es immer so gewesen, Grundvoraussetzung, um zur Feuerwehr zu kommen, war erstens einmal ein guter Schulabschluss. Dann sagt man, ein Gesellenbrief muss auch sein, also Gesellen, Handwerksge­ sellen. Dadurch erklärt sich auch, warum wir historisch immer so viele Männer in der Feuerwehr haben. Das hat nichts mit Frauenfeindlichkeit zu tun, sondern das erklärt sich einfach daraus, dass die Grundvoraussetzung für die Aufnahme in den Feuerwehrdienst eine Gesellenprüfung war, und Schlosser, Klempner und Dachdecker sind historisch gesehen vorwiegend Männer. Das ist die einfache Geschichte.

Wir haben bald gemerkt – also auch schon vor 20 Jahren eigentlich –, es wird immer schwieriger. Sie können sich das heute einmal vorstellen, wenn Sie wissen, wie Handwerk gefragt ist: Da zu glauben, dass man hier mit 1 200 Euro nun – meistens, wie gesagt, sind es immer noch Männer mit Familie, mit Kindern – ein attraktives Angebot macht, damit sie zu uns kommen: Nein! Deswegen haben wir schon vor geraumer Zeit gesagt, da muss etwas passieren. Wir haben dann die Ausbildungsvergütung um 50 Prozent erhöht. Das heißt, heute liegt der Eingangsgehalt der Auszubildenden bei 1 800 Euro. Inzwischen haben viele Länder nachgesteuert, und es geht eher in Richtung 70, 80 Prozent Aufschlag. Das ist das, was wir kurzfristig realisieren müssen, damit wir unsere Jahrgänge vollbekommen.

Es geht dann weiter: Wir haben jetzt noch eine Ausbildung von 24 Monaten. Das ist eine verdammt lange Zeit, wo man dann unter diesen schlechten Konditionen unterwegs ist. Wir werden diese Ausbildung verkürzen. Das beginnt im

Herbst. Wir wollen heruntergehen wie die Mehrzahl der Bundesländer auf 18 Monate – dann muss der Teil der Gruppenführerausbildung später nachgeholt werden –, aber wir wollen es verkürzen.

Dann ist der nächste Schritt, dass wir natürlich auch bei der Eingangsbesoldung etwas machen. Gegenwärtig beginnt ein Feuerwehrmann, wenn er dann verbeamtet wird, nach Abschluss der Ausbildung in A 7 – das ist nicht mit B 7 zu vergleichen, das verdienen unsere Staatssekretäre –, das ist so das Unterste der Skala. Das muss auch geändert werden, wenn wir die Feuerwehr zukunftssicher aufstellen wollen.

Dann der nächste Schritt, Feuerweherschule! Als ich vor 15 Jahren angefangen habe, war das Erste, was wir alle gesagt haben: So kann es nicht weitergehen. Es gab eine gemeinsame Landesfeuerweherschule in Bremerhaven, und alle, die in den Deputationen früherer Zeiten dabei waren, wissen, darauf lag kein Segen. Ich weiß nicht, warum, jedenfalls gab es nur unzufriedene Stimmen über diese Einrichtung. Irgendwann haben wir es geschafft zu sagen, wir machen selbst unsere Grundausbildung hier; und die Feuerwehr hat es verstanden, mit bescheidenen Bordmitteln – es gab nie einen Haushalt dafür, dass man gesagt hat, bestmögliche Ausbildung –, mit wirklich sehr wenig Geld hat man angefangen, diese Ausbildung langsam hochzufahren. Wenn ich heute bei der Feuerwehr frage, wie steht ihr zu dieser Schule, dann sagen alle: Ja, das ist prima, es ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber früher. Das kann besser werden, da fehlt natürlich noch vieles, aber ich sage einmal zum Problem, dass wir nun aus der Praxis Personal in die Feuerweherschule geben: Wo soll ich sie denn sonst hernehmen? Das machen wir doch bei der Polizei genauso!

Das ist ja gerade ein Problem, das wir haben: Wenn wir sehr viele Auszubildende haben, muss ich auch viele Praxisausbilder gewinnen, die dann aus dem praktischen Polizeidienst diese Ausbildung begleiten. Sonst geht das doch gar nicht. Wir können uns da doch nicht nur irgendwelche Theoretiker hinsetzen. Wir brauchen natürlich auch Fachleute, Ingenieure und andere; aber zu jeder vernünftigen Ausbildung gehört die Praxisausbildung, und deswegen werden wir das da auch weiterhin so machen.

Richtig ist natürlich, dass wir Probleme haben, die vielfältig sind, und es hängt nicht damit zusammen, dass die Bürgerschaft oder der Senat gesagt hat, wir reduzieren das Personal der Feuerwehr. Wenn

man ein bisschen fair ist und allein einmal in die Haushaltsübersichten des Finanzressorts hineinschaut, da sieht man, dass die Bremische Bürgerschaft dazu beigetragen hat, dass wir in den letzten Jahren einen Aufwuchs von 200 Kräften haben. 200, ja! Mein Wunsch ist natürlich mehr, bei der Polizei genauso; aber ich habe noch nie erlebt, dass diesen Wünschen in dieser Stadt nachgegeben wird, dass alle gesagt bekommen, ihr bekommt so viel, wie ihr gern hättet. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, das ist doch kein Eldorado, wo man sagt, hier habt ihr das Geld, sondern es ist alles immer schwierig, unter diesen Rahmenbedingungen zu arbeiten. Aber die Ansage ist eindeutig, und wir werden es schaffen.

Wenn also jetzt der nächste Jahrgang fertig ist, also 2023, werden wir diese Lücken dann auch im Einsatzdienst deutlich verringern können, wobei natürlich die Entwicklung immer weitergeht. Wir haben seit Jahren versucht, eigentlich mit diesem Personalaufwuchs die Probleme zu kompensieren, die dadurch entstanden sind, dass der Europäische Gerichtshof 2005 die Arbeitszeit der Feuerwehr von 56 auf 48 Stunden reduziert hat. Dass wir dieses Ziel nicht erreicht haben, hängt damit zusammen, dass wir natürlich auch den Rettungsdienst haben; und im Rettungsdienst, wenn man sich einmal die Zahlen anschaut, haben wir so innerhalb der letzten zwei Jahre einen Anstieg der Einsätze um 3 000 pro Jahr. Das heißt also, es sind extreme Belastungen dazugekommen. Insofern ist es berechtigt, wenn wir sagen, wir brauchen deutlich mehr Personal in diesen Bereichen.

Wir müssen uns aber auch darum kümmern, dass wir alternative Wege gehen. Wir haben diese Alternative teilweise gefunden, indem wir hier in Bremen im letzten Jahr diese Notfallsanitäterinnen-, Sanitäterausbildung geöffnet haben, die spielt hier bisher noch keine Rolle. Wir haben da eine größere Anzahl von Ausbildungsplätzen. Das beginnt bescheiden, aber ich könnte mir vorstellen, dass wir weiterhin an dieser Stelle arbeiten, dass wir mehr Interessenten in die Ausbildung aufnehmen, weil die Nachfrage da sehr groß ist. Also, man kann einiges machen.

Ich will jetzt nicht auf die ganzen Details eingehen, denn das Problem ist, diese Anfrage ist vom Januar dieses Jahres, und inzwischen sind viele Dinge, die hier noch als Problem beschrieben worden sind, längst erledigt. Bei diesem Thema mit dieser berühmten Heißluftausbildung haben wir mit ArcelorMittal und mit der Flughafenfeuerwehr eine

Regelung gefunden. Bei dem Thema mit den Führerschein hat der Senat im Juli 120 000 Euro für die freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung gestellt, damit sie dann auch private Fahrschulen aufsuchen können und so weiter und so fort. Ich will das nicht alles wiederholen, aber ich sage einmal, es wäre einfach wichtig, dass wir diese eingangs beschriebenen Sachen angehen, dass wir in diese Ausbildung investieren, dass wir dafür sorgen, dass wir auch zukünftig ausreichend Bewerbungen haben. Damit steht und fällt die ganze Ausbildung, und in diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung.
– Vielen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Detlef Scharf.

Abgeordneter Detlef Scharf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, ich fange gleich einmal mit Ihnen an! Sie haben eben viel erzählt, aber wenig gesagt. Sie sind wieder abgedriftet. Sie haben mehr zu der Situation bei der Feuerwehr Bremen erzählt, zur allgemeinen Situation, aber wenig zur Feuerweherschule.

(Beifall CDU)

Mir war das persönlich zu wenig. Die Feuerwehr ist in den letzten Monaten zum Dauerthema geworden. Im Juni und im August hatten wir das Thema in der Innendeputation, und nun heute hier in der Stadtbürgerschaft. Diese Häufigkeit ist meistens kein gutes Zeichen, wie auch in diesem Fall.

Meine Damen und Herren, ich möchte einiges noch einmal wiederholen beziehungsweise ergänzen, ein bisschen tiefer darauf eingehen. Dass die Feuerweherschule vor zehn Jahren auf dem Gelände der Scharnhorst-Kaserne unterkommen konnte, war ein Glücksfall. Man wusste damals nicht, als Bremerhaven sagte, wir machen dicht, wo man hinsollte. Seitdem hat sich aber für die Ausbildung in der praktischen Ausbildung – ich sage nicht, in der theoretischen, da ist das in Ordnung –

(Zuruf SPD: Ist es auch!)

räumlich zum Beispiel nichts getan, das Innenressort hat sich hier zehn Jahre ausgeruht. Ganz im Gegenteil: Die Schule ist seit zehn Jahren ein Behelf, sowohl für die praktische Ausbildung als auch mit der Ausstattung von Lehrkräften. Die Ausbildung ist gut – trotz fehlenden Personals und technischer

Ausstattung – dank der guten Motivation der Ausbilder.

Herr Lübke hat es eben schon gesagt: Wenn man die Antworten so liest, könnte man den Eindruck bekommen, im Großen und Ganzen ist alles in Ordnung. Dem ist natürlich nicht so, Herr Lenkeit. Wer sich mit der Feuerwehr beschäftigt und die Entwicklung schon über Jahre verfolgt, kann nur mit dem Kopf schütteln. Mir wurde gesagt, dass es eine Anweisung seitens des Hauses des Senators für Inneres gab, Herr Senator, die ursprünglichen Antworten noch einmal zu überarbeiten, um sie abzumildern. Was dabei herausgekommen ist, liegt uns heute vor.

Vor circa zehn Jahren wurden die Räumlichkeiten von der Feuerwehr übernommen. Es folgte eine Erweiterung der Räumlichkeiten für die theoretische Ausbildung, das hat Herr Lübke gesagt, als Vorteil. Das war alles. Nichts wurde investiert. Es muss in alten Hallen geübt werden, die Dächer sind gar nicht mehr zur Übung begehbar, eine Halle wurde aufgrund von Einsturzgefahr gesperrt. Eine Halle steht noch zur Verfügung für Sport, um sich umzuziehen und für eine praktische Ausbildung. Kurz gesagt: Es fehlt auf dem Gelände an Übungsmöglichkeiten.

Das größte Manko, das hier gar nicht erwähnt worden ist, auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern: Wie sieht es denn in der Zukunft aus? Die Bundeswehr kann zum Beispiel sagen, zum 1. Januar ist Schluss. Was machen wir dann, Herr Senator? Haben wir einen Plan B, was dann passiert? Ich antworte für Sie: Den Plan haben Sie nicht. Wir müssen uns Gedanken machen: Was ist dann wirklich, wenn die Bundeswehr das Gelände wieder braucht? Wir brauchen einen zentralen Platz, wo wir alle Übungsmöglichkeiten haben und ausnutzen können, damit wir nicht, wenn wir zum Beispiel eine Höhenrettung machen müssen oder Brandbekämpfung in der Höhe, quer durch die Stadt fahren müssen, Zeit vergeuden, Fahrzeuge binden, Personal binden, um da die Übung zu machen. Das kann einfach heutzutage nicht mehr sein!

Unter Punkt eins ging es um die Ausbildung, um die Ausbilder. Es wurden Beamte abgeordnet, das ist immer noch so wie in der Vergangenheit, aber wenn sie einen Wachabteilungsleiter aus dem gehobenen Dienst, der A 11 bekommt, dahinschicken, abordnen, da bekommt er auch A 11, aber es fehlt die Schichtzulage. Er macht das vielleicht, aber ob er das gern macht, da mache ich einmal ein Fragezeichen, weil er weniger verdient. Das kann

doch nicht im Sinne des Erfinders sein! Da muss Abhilfe geschaffen werden, so geht das nicht weiter.

Dann die Fahrzeuge! Man spricht in der Anfrage von einem ständigen Reservepool. Das heißt, diese Fahrzeuge, die bei der Schule stehen, stehen da nicht für ewig. Die gehören nicht der Schule, sondern die Fahrzeuge wurden irgendwo von Wachen zusammengeliehen. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, Niedersachsen, wo auch unsere Leute hingehen, auch die freiwillige Feuerwehr, nach Loy und Celle, leiht sich seine Fahrzeuge in den Umlandgemeinden. Ich glaube nicht, dass sie das machen würden, wir machen das. Auch die Drehleitern sind unterschiedlicher Art. Das heißt, die Leute, die da ausgebildet werden, fangen praktisch wieder bei null an, wenn sie an die Wache kommen. Das mit der Heißausbildung haben wir eben gesagt, das war damals noch nicht im Januar/Februar. Mit ArcelorMittal und mit der Flughafenfeuerwehr gibt es jetzt Übereinstimmungen, dass man das nutzen kann.

Zum Schluss lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen! Bei der Feuerwehr gibt es Probleme, das haben wir gehört, bei der Personalstärke, bei der Fahrzeugsituation, beim Zustand der Feuerweherschule, beim Investitionsstau – wir haben auch in der Innendeputation beim letzten Mal keine Zahlen dazu bekommen – und bei den Gebäuden.

(Glocke)

Sofort! Bis heute konnten bei der Feuerwehr Bremen 2 800 Funktionen nicht besetzt werden. Das hat es in den ganzen Jahren noch nie gegeben. Herr Senator Mäurer, Sie haben es nicht im Griff, die Versäumnisse aufzuholen, ich sage das hier einmal ganz deutlich. Sie versprechen viel, halten aber wenig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich für diese eingeschlichene parlamentarische Unsitte, dass man noch nach dem Senator spricht, entschuldigen. Da vergisst man einmal, sich zu melden.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Das ist keine Unsitte, das ist zulässig!)

Ich möchte noch einen wichtigen Aspekt ansprechen, den wir anpacken werden: die Ausbildung an sich. Ich habe eben beschrieben, dass die Feuerwehr in einem Wettbewerb um junge Menschen steht, aber wir müssen auch kritisch sein, was die Ausbildung an sich angeht. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir da auf uns schauen, dass wir unsere Hausaufgaben machen und nicht, wie der Kollege Lübke es in den Medien gefordert hat, dass der Innensenator im niedersächsischen Umland Feuerwehrkräfte abwirbt. Es ist unsere Aufgabe, Frauen und Männer für unsere Feuerwehren auszubilden, und das tun wir auch, und gleichzeitig evaluieren wir unsere Feuerwehrausbildung kritisch, Kolleginnen und Kollegen.

Stand heute läuft es ja so – der Innensenator hat das eben schon beschrieben –, dass sich ein junger Mensch nach seiner Schulausbildung entscheidet, eine Berufsausbildung zu machen. Die dauert dann meistens in Durchschnitt drei Jahre, und dann arbeitet man eventuell noch ein paar Jahre in dem erlernten Beruf und entscheidet sich dann für eine Karriere bei der Feuerwehr. Dort angekommen – und auch das wurde eben schon gesagt – macht man noch eine zweite und eine dritte Ausbildung, bis man dann vollkommen ausgebildet hat, und im Laufe der Karriere kommen dann natürlich noch weitere Fortbildungen et cetera dazu. Deswegen können wir bei den Kolleginnen und Kollegen bei der Feuerwehr irgendwie gar nicht von einer Generation Praktikum sprechen, sondern fast von einer Generation Ausbildung. Drei Mal ist Bremer Recht, aber ich glaube, wir alle stimmen darin überein, dass das nicht unbedingt ein attraktives Modell für junge Menschen ist, um sich für den Beruf bei der Feuerwehr zu entscheiden, Kolleginnen und Kollegen.

Der Verdienst, auch das wurde angesprochen, ist nicht gut, er ist auch nicht überragend, er ist vielmehr gering, gerade im Vergleich zu den Verdienstmöglichkeiten, die man in der freien Wirtschaft hat, und auch da müssen und werden wir ansetzen. Wir müssen uns die Feuerwehrezulage anschauen, und wir müssen schauen, ob wir diese Feuerwehrezulage auch ruhegehaltstauglich machen können. Außerdem – und auch das ist nichts Neues – muss geschaut werden, wie wir das Einstiegsgehalt bei der Feuerwehr analog zu der Anhebung, wie wir sie bei den Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Justiz von A 7 auf A 8 gemacht haben, hier auch bei der Feuerwehr realisieren können.

Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole an dieser Stelle: Wir, die Koalition, haben die Feuerwehr

im Blick, und wir wissen um die Baustellen. Diese werden wir angehen, pragmatische Lösungen finden und dafür Sorge tragen, dass der Feuerwehrberuf durch eine attraktive Ausbildung, durch neue Wachen und moderne Fahrzeuge auch zukünftig von jungen Menschen ergriffen wird. – Kolleginnen und Kollegen, haben Sie vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/676 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Ortsgesetz über vorhabenbezogene Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Fahrradabstellplätze und Mobilitätsmanagement bei Bauvorhaben in der Stadtgemeinde Bremen (Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz – MobBauOG HB)
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/717 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Saxe hat sich sehr gern dazu gemeldet. Ich möchte zunächst einmal diese hervorragende Zusammenarbeit in der Koalition loben

(Heiterkeit Abgeordnete Susanne Grobien [CDU])

und auch die Zusammenarbeit mit dem Ressort. Da gibt es gar nichts zu lachen, Frau Grobien! Weil Sie ja gar nicht dabei waren, wissen Sie das doch gar nicht!

(Zurufe)

Ich muss ausdrücklich die Staatsrätin da einmal loben – das wird mir die Senatorin mit Sicherheit verzeihen –, die da wirklich einen ganz tollen Job gemacht hat, und ich möchte auch, vielleicht bestel-

len Sie es ihnen, Herrn Melzer und auch Frau Karbaumer durchaus sehr dafür danken. Was sie da hineingesteckt haben, das war wunderbar!

(Beifall DIE LINKE)

Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz, das hört sich jetzt nicht besonders prickelnd an, das ist mir vollkommen klar. Uns ist vielleicht kein besserer Name eingefallen, der das auch präziser beschreiben kann, aber es ist eine ganz große Stellschraube der Mobilitätswende, denn da geht es wirklich darum, ob und wie beim Bauen die Mobilität der Menschen organisiert wird. Da haben wir bestimmte Ziele miteinander gehabt. Wir haben gesagt, deswegen heißt das auch nicht mehr Stellplatzortsgesetz wie früher, wir haben das jetzt Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz genannt, weil es eben um die gesamte Mobilität der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner geht.

Dabei war natürlich eine Reduktion der Stellplätze ein Ziel, das wir gehabt haben. Da war natürlich ein Ziel, die Mobilitätsgewohnheiten von Menschen möglicherweise dann zu verändern, wenn die Chancen am größten sind, und das sind sie natürlich, wenn jemand umzieht und er plötzlich neue Angebote vor der Tür oder auch im Haus hat. Ein Ziel war auch, das umzusetzen, was die Klima-Enquetekommission beschlossen hat, denn dieses Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz steht eins zu eins, ich sage, wirklich eins zu eins – –.

(Zuruf)

Doch, ich habe es ja selbst mit da hineinverhandelt, von daher weiß ich das ganz genau! Das steht eins zu eins so an der Stelle mit darin, aber es wird dann schon wieder den Punkt geben, dass auch, wenn Sachen eins zu eins umgesetzt werden, manche dem vielleicht nicht zustimmen können, weil sie sich eben in einer anderen Rolle befinden. Dafür habe ich sportlich ein Verständnis, inhaltlich habe ich das nicht.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Dieses Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz ist etwas, das haben wir 2014 angefangen. Da haben wir freiwillige Maßnahmen des Mobilitätsmanagements mit aufgenommen. Wir haben gesagt, es müssen nicht nur Stellplätze gemacht werden, sondern vielleicht wollen die Leute auch ein Carsharingangebot haben oder sich im Gebäude ein Lastenfahrrad ausleihen können. Vielleicht wollen sie, weil der

ÖPNV direkt vor der Tür ist, Zeitgrad benutzen, und so konnten Bauträger:innen dann zu diesem Zeitpunkt schon diese Angebote annehmen und konnten alternative Mobilitäten fördern. Das war ganz gut, das reichte aber unserer Meinung nicht, und deswegen haben wir versucht, dazu ein verpflichtendes Instrument zu machen. Ich glaube, das ist ein Instrument, das es so in Deutschland nicht gibt. Da sind wir wirklich Treiberin einer Bewegung, dass es eben nicht nur um Stellplätze geht, sondern um die gesamte Mobilität. Ich wüsste zumindest nicht, dass es in Deutschland ein Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz oder meinetwegen auch eine Stellplatzverordnung gibt, die derart fortschrittlich ist, und deswegen freue ich mich sehr, dass das gelungen ist.

Es gibt zwei Städte – nämlich Berlin und Hamburg –, die haben seit Längerem gesagt, wir machen das einmal ganz weg, bei uns gibt es überhaupt keine Verpflichtung mehr dazu, Stellplätze herzustellen. Das hört sich erst einmal auf den ersten Blick ganz attraktiv an, da werden ja dann möglicherweise gar keine Stellplätze gebaut. Ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Städten gesprochen. Sie haben gesagt, das hatte nicht die Funktion, eine Mobilitätswende zu unterstützen, sondern es hatte nur den Zweck, die Baunebenkosten abzusenken.

Das machen wir in Bremen nicht. Wir verlagern nicht die Probleme einfach in den öffentlichen Raum, sondern wir versuchen, mit so einem Instrument tatsächlich das Problem anzugehen. So haben wir da – das finde ich auch ganz vernünftig – drei Zonen gebildet. Warum? Weil es natürlich am Stadtrand immer noch so ist, was ich auch bedauere, dass der ÖPNV nicht so gut ausgestattet ist wie in der Innenstadt, und aus dem Grund ist das – –.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Das machen wir ja auch, darum kümmern wir uns natürlich auch, Herr Dr. Buhlert, weil ich ja weiß, dass Ihnen das ein Anliegen ist! Wir haben in der Innenstadt gesagt, in Zone I 75 Prozent mindestens. Das heißt, wenn ein Bauträger/eine Bauträgerin sagt, wir wollen ein autofreies Quartier machen: Kein Problem, das geht mit diesem Instrument! Danach kommt eine größere Zone, die dann 50 Prozent mindestens wieder vorschlägt, auch da kann man autofreie Projekte tatsächlich machen.

Wenn jetzt jemand sagt, okay, und was ist jetzt, wenn ein Bauträger trotzdem Stellplätze herstellen will: Dieses Instrument ermöglicht das weiterhin.

Wir verbieten nicht, Stellplätze herzustellen, sondern wir sagen den Bauträgern: Sie können Alternativen machen. Die sind sogar finanziell vorteilhaft für die Bauträgerin und den Bauträger, und von daher glauben wir, dass damit auch tatsächlich ein Anreiz geschaffen wird, dass eine Mobilitätswende mit so einer ganz großen Stellschraube, die das Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz ist, wirklich wirksam unterstützt wird, und ich danke allen, die an dieser Innovation mitgewirkt haben. Jetzt müssen wir alle – das ist auch klar, weil wir die Ersten sind – in der Evaluation, die wir machen werden, Erfahrungen sammeln und dieses Instrument Jahr für Jahr weiterentwickeln. Darauf freue ich mich. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Augenmerk gern darauf lenken, es gibt aus meiner Sicht zwei Fragen, die bei diesem Vorhaben durch das Ortsgesetz zu beachten sind. Die eine Frage ist: Wie planen wir bei Neubauvorhaben die Mobilitätsbedarfe der Menschen mit? Da ist die Antwort, die dieses Ortsgesetz vorschlägt: Wir planen die Mobilitätsangebote in Zukunft deutlich vielfältiger als bisher. Die Zeit in der Stadtplanung, in der galt, solange an das Auto gedacht ist, ist an alles gedacht, ist schon seit Jahrzehnten vorbei, sie hat in Tenever und in Lüssum, um zwei Beispiele zu nennen, auch zu erheblichen Problemen geführt, die wir nachträglich korrigieren mussten.

Schon lange geht es bei den Stellplatzverordnungen, auch wenn sie so heißen, längst nicht mehr nur um Autos, sondern auch um Fahrradstellplätze. Auch in der alten Fassung des Bremer Ortsgesetzes ging es schon um Carsharing und andere Angebote. Genau diese Vielfalt weiten wir mit diesem Ortsgesetz aus, machen einen Mix, je nachdem, wo man sich in der Stadt befindet, und wir verbinden damit die Hoffnung, dass die Vielfalt der Mobilitätsangebote mehr Menschen zugutekommt, dass zum Beispiel Carsharingstationen da entstehen, wo sie noch nicht entstehen, und wir verbinden damit insbesondere auch die Hoffnung, dass Carsharingangebote auch in die innenstadtfüreren Quartiere kommen, wo Menschen in Bremen heute schon sehnsüchtig auf sie warten. Das ist die eine Frage, die hier zu behandeln ist.

Die andere Frage, die aus unserer Sicht nicht minder wichtig ist, ist aber die: Was machen Vorschriften, was machen auch sinnvolle Vorschriften mit den Baukosten? Wie wirken sie sich darauf aus, wie teuer ein Gebäude wird, wie teuer die Wohnung wird und wie hoch dann die Miete ist, die zu bezahlen ist? Da sollten wir uns auch vergegenwärtigen: Ein Stellplatz kostet richtig viel Geld. Ein oberirdischer, ganz normaler gepflasterter Stellplatz kostet über den groben Daumen 10 000 Euro, und das war vor den aktuellen Preissteigerungen. Das heißt, wenn Sie das einmal über 20 Jahre Miete wieder hereinholen wollen, dann müssen Sie über 40 Euro im Monat auf die Miete aufschlagen, um das Geld wieder herauszuholen, und ein Tiefgaragenstellplatz kostet ungefähr das Dreifache dessen, was ich eben gesagt habe. Deshalb gibt das Ortsgesetz auf die Frage, was machen die Vorschriften mit den Baukosten, wie gehen wir damit um, auch eine sehr klare Antwort: Wir machen mit diesem Ortsgesetz auch das Bauen in Bremen billiger, und wir machen es ganz besonders da billiger, wo es richtig darauf ankommt.

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel dafür nennen: Als ich nach Bremen gezogen bin, habe ich an der Universität in einer Wohnanlage des Studierendenwerks gewohnt. In dieser Wohnanlage befinden sich zwischen den einzelnen Blöcken keine Freiräume mit Wiesen, die man schön nutzen könnte mit Sitzgelegenheiten, Sitzkreisen und allem, was Studierende so gern machen, sondern sie sind vollgepflastert, um die Parkplatzpflicht zu erfüllen, für Parkplätze, die an dieser Wohnanlage für Studierende – Sie können es sich ausrechnen – kaum jemand benutzt. Teilweise fehlen diesen Gebäuden auch heute noch die Erdgeschosse. Da hat man auf Wohnungen verzichtet und die Gebäude stattdessen auf Stelzen gebaut, um darunter – richtig! – die Pflichtstellplätze zu erfüllen, die so gut wie niemand benutzt.

Deshalb haben wir in dem konkreten Beispiel in dieser Novelle des Ortsgesetzes die Zahl der Pflichtstellplätze, die Studierendenwohnheime erfüllen müssen, auf ein Drittel dessen abgesenkt, was bisher gilt. Das senken wir ab. Wir senken die Zahl der Pflichtstellplätze ab für neue Sozialwohnungen, wir senken sie ab für besonders kleine Wohnungen, wir senken sie ab für Einrichtungen der Kultur, und wir privilegieren Aufstockungen von Wohngebäuden, wo zusätzliche Wohnungen geschaffen werden sollen, indem wir sie generell von den Pflichten dieses Gesetzes ausnehmen, und damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir das Bauen da billiger, wo es ganz besonders darauf

ankommt, nämlich wo wir bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir erhoffen uns also von diesem Ortsgesetz auch, dass wir damit wichtige Bauprojekte in dieser Stadt vereinfachen, und nun ist es so, dass wir damit auch Neuland betreten – der Kollege Saxe hat das schön beschrieben –, weswegen man sich nicht in der Sicherheitergehen sollte, alles an diesem Ortsgesetz wird genau so funktionieren, wie wir uns das vorgestellt haben. Das wäre hochgradig verwunderlich, wenn man Neuland betritt. Sicherlich wird es in ein paar Jahren, wenn die ersten Bauprojekte mit diesem Ortsgesetz abgeschlossen sind, Verbesserungsbedarf geben, und deshalb ist verabredet – und das ist mir auch sehr wichtig –, dass wir diese Form evaluieren, wir werden in einigen Jahren sicherlich dazu kommen, dass wir dann hier auch Verbesserungen beschließen. Das wäre jedenfalls mein Wunsch.

Für den Moment allerdings ist es erst einmal ein großer Schritt, dieses Ortsgesetz auf den Weg zu bringen, um sowohl die Mobilitätsbedarfe der Menschen in dieser Stadt bei Neubauvorhaben vielfältiger zu planen als auch die Baukosten bei den Vorhaben zu senken, wo es ganz besonders darauf ankommt. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Gesetz mit dem extrem sperrigen Namen hieß früher einmal Stellplatzortsgesetz, und es handelt davon, dass man nicht mehr überall Stellplätze machen muss, wo gebaut wird.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Der Kollege Wagner hat eben noch einmal lobend die Kostensituation in Betracht gezogen. Ich kann Ihnen auch sagen, dass dieses Gesetz aus Sicht eines Bauherrn teilweise auch von Vorteil sein kann, denn es gibt komplizierte Bauvorhaben, komplizierte Baugrundstücke, wo es nicht so einfach ist, Parkplätze nachzuweisen, oder man kann nur sehr kostenintensiv Tiefgaragen bauen, und da bietet dieses Ortsgesetz auch noch andere Möglichkei-

ten. Mir fällt gerade aus meiner Praxis dieser Neubau am Schweizer Eck ein, auf dem Marktplatz gibt es so eins, wo die GEWOBA ganz glücklich war, dass sie auch andere Möglichkeiten hatte, als nur Stellplätze zu bauen.

Jetzt ist es ganz das Gegenteil: Je näher das Bau-
feld an der Innenstadt liegt, desto weniger Stell-
plätze muss man darstellen, und man darf auch nur
noch einen bestimmten Teil an Kfz-Stellplätzen
darstellen. Stattdessen muss man etwas anderes
machen, um die Mobilität der Anwohnerinnen und
Anwohner zu sichern, zum Beispiel ÖPNV-Zeitkar-
ten für die Bewohnerinnen und Bewohner, Carsha-
ringstationen oder Fahrradstellplätze, und wo es
um den öffentlich geförderten Wohnungsbau oder
Wohnungen für Studierende geht, sind es noch ein-
mal weniger Kfz-Stellplätze, weil sie da nicht ge-
braucht werden. Ersatzweise kann aber auch der
Bauherr wie bisher eine Ablösesumme zahlen. Das
hört sich alles ziemlich logisch an.

In innenstadtnahen Lagen ist kein Platz mehr für
Kfz-Stellplätze. Immer weniger Bewohnerinnen
und Bewohner haben noch ein Auto, aber sie brau-
chen stattdessen etwas anderes, und darum sollen
die Bauträger sich auch zukünftig kümmern. Das
Problem ist nur, das sind alles Verpflichtungen auf
Zeit, die irgendwann auslaufen. Das ist der Unter-
schied zum Kfz-Stellplatz: Der wird irgendwann
gebaut und ist dann einfach da und bleibt auch,
aber die Monatskarten für den ÖPNV oder die Car-
sharingstationen gibt es irgendwann nicht mehr,
weil man den, der baut, nur soundso lange binden
kann.

Wie lange der Eigentümer diese Maßnahmen vor-
halten muss, steht übrigens nicht im Gesetz, das ist
Gegenstand der Baugenehmigung. Auch hier wird
man also einen Richtwert in dem Bremer Standard
aufnehmen müssen. Man kann das aber ausrechen-
en, weil die Mobilitätsmaßnahmen mindestens 90
Prozent der Ablösesumme betragen. Wenn man
zum Beispiel statt Kfz-Stellplätzen allen Bewohne-
rinnen und Bewohnern pro Wohnung eine soge-
nannte MIA-Karte gibt, dann muss man das in der
Zone I etwa 15 Jahre lang machen, in der Zone III
nur neun Jahre, und wenn man es mit anderen
Maßnahmen mischt, dann wird der Zeitraum noch
kürzer. Das hält also zeitlich nur sehr begrenzt.

Aus meiner Sicht ist das Mobilitäts-Bau-Orts-gesetz
eben nur ein Zwischenschritt. Irgendwann wird es
eine dauerhafte Mobilitätsabgabe geben müssen,
die man zum Beispiel mit der Grundsteuer entrich-

tet und aus der die Stadt dann dauerhaft diese an-
deren Mobilitätsangebote bezahlt, so wie wir das
auch für den ticketfreien ÖPNV, was unsere Her-
zensangelegenheit ist, vorschlagen, quasi als eine
Säule der Finanzierung. Sonst wäre das Ergebnis
nach ein paar Jahren nur, dass es keine Stellplätze
mehr gibt, und das wäre ein bisschen wenig für das
Mobilitätsmanagement.

Das Gesetz sollte man Mobilitätsgesetz nennen,
aber dann hat man gemerkt, nein, das wäre etwas
anderes. Ein Mobilitätsgesetz würde tatsächlich re-
geln, wie die Mobilität in der Stadt gewährleistet
wäre. Darin könnten Vorgaben stehen, zu welchen
Anteilen in die unterschiedlichen Verkehrsträger
zu investieren ist, darin könnte der ticketfreie
ÖPNV stehen, darin könnten konkrete Ausbau-
ziele für den ÖPNV, Radwege und Fußwege ste-
hen, vielleicht sogar die Fährverbindung. Das brau-
chen wir meiner Meinung nach zukünftig, aber da
sind wir noch nicht. Jetzt gibt es das Mobilitäts-
Bau-Orts-gesetz, wie Sie merken, ein Gesetz, des-
sen Name wohl schwierig über die Lippen geht, es
hat aber unserer Meinung nach gute Ansätze und
ist ein guter, notwendiger Schritt in die richtige
Richtung, aber stehen bleiben dürfen wir dabei
nicht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Red-
ner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr ge-
ehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und
Herren, liebe Gäste! Vielleicht wundern Sie sich,
vielleicht merken Sie, ich bin ein bisschen aufge-
regt: Ich bin hier stellvertretend für meinen Koll-
egen Herrn Bodeit, der sich entschuldigen und Sie
auch herzlich grüßen lässt. Ich bin nämlich nicht
zum verkehrspolitischen Sprecher aufgestiegen.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Das ist
ein Aufstieg?)

Ich war auch sehr glücklich, als ich am Freitag-
abend den Anruf erhalten habe, dass ich am Wo-
chenende die 76-seitige Vorlage durcharbeiten
darf, um hier zu stehen. Aber ich komme einmal zur
Sache! Ich möchte einmal ein bisschen die Span-
nung herausnehmen: Die CDU-Fraktion wird sich
hier enthalten, und das hat inhaltliche Gründe.
Herr Saxe, Sie hatten recht, in der Enquetekom-
mission hatten wir die – ich habe mir das notiert – Stell-
platzortssatzung besprochen, das war Teil der En-
quetekommission, doch inhaltlich gehen wir da

nicht ganz mit, obwohl wir ehrlicherweise sehr nahe an dem daran waren, was Sie hier abgeliefert haben.

Es gibt drei Gründe für unsere Enthaltung. Der erste Grund ist der § 10, Ablösung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge. Dort lautet der Absatz 3: „Es ist zulässig, auch den nach § 7 Absatz 1 festgelegten Umfang an notwendigem Mobilitätsmanagement vollständig oder anteilig durch Ablösung zu erfüllen.“ Hieran stören wir uns ein wenig, denn somit kann ein Investor alle erforderlichen Mobilitätsanforderungen ablösen, und das kann unserer Meinung nach den Druck vor Ort verstärken, wenn zum Beispiel eben keine Parkplätze oder Fahrradstellplätze geschaffen werden. Auch Anreize, um in den ÖPNV umzusteigen, können wir dadurch nicht erkennen oder sehen das eher dadurch gehindert. Wir finden es nicht falsch, wenn ein Teil des Mobilitätsmanagements abgelöst werden kann, aber eben nicht alles.

(Beifall CDU)

Der zweite Grund ist: Weiter gibt es jetzt eine mehr starre Gebietszone, und diese starren Gebietszonen werden den einzelnen Stadtteilen, die dort aufgeführt werden, nicht gerecht. Warum zum Beispiel gelten für Neubauten an Schienenpersonennahverkehrshaltepunkten oder -haltestellen die gleichen Mobilitätsanforderungen wie in sehr schlecht angebundenen Ortsteilen desselben Stadtteils? Wenn Sie durch die Stadtteile gehen, werden Sie ja merken, dass die Stadtteile mit ihren einzelnen Ortsteilen doch schon sehr unterschiedlich sind und eben nicht alles perfekt miteinander verbunden ist. Aber in der Begründung heißt es bei Ihnen: „Die Gebietszonenabgrenzung erfolgt entsprechend dem bisherigen Recht unter Berücksichtigung integrativer Lagen der Quartiere und der Erschließungsqualität des ÖPNV.“ Aber die Erschließungsqualität des ÖPNV unterscheidet sich eben doch in diesen Ortsteilen, und hier hätte man die Gelegenheit nutzen sollen, um ein bisschen flexibler zu agieren und auch das zu berücksichtigen. Das können wir Ihrem Gesetz nicht entnehmen.

Ein weiterer Punkt ist, dass die Ablösebeträge nicht quartiers- oder stadtteilbezogen verwendet werden. Das halten wir für schwierig. Vor allem, wenn durch diese Ablösesummen ja der Parkdruck erhöht werden soll, wissen wir dann eben nicht, ob es nicht mehr –. Für uns ist klar, es macht einfach mehr Sinn, das dann dort vor Ort einzuwenden, um diesen Druck irgendwie zu nehmen, und wir halten

das für ein Stück weit unlogisch. So weit zu den Begründungen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben uns eine überarbeitete Fassung des Stellplatzortsgesetzes vorgelegt, die ja auch schon relativ zeitnah zum 1. Oktober in Kraft treten soll, und grundsätzlich halten wir als FDP-Fraktion es auch für sinnvoll, dass das Thema Stellplätze angegangen wird, denn die Herausforderungen sind vielfältig, vieles haben wir schon gehört. Wir haben ein großes Problem im Bereich des ruhenden Verkehrs in vielen Stadtteilen – nicht in allen, aber in vielen, gerade in Innenstadtnähe –, was sich ja vielerorts dann insbesondere in chaotischen und häufig auch nicht ganz legalen Parksituationen zeigt.

Das zweite Thema ist natürlich das Mobilitätsverhalten der Menschen, das sich ändert – das sich langsam ändert, aber es ändert sich –, und deswegen ist es gut und sinnvoll, von diesen starren Regelungen wegzukommen, die in den letzten Jahrzehnten ja im Großen und Ganzen bis auf einige Änderungen galten.

Der erarbeitete Vorschlag beinhaltet als Grundrichtung, dass in Zukunft weniger Stellplätze gebaut werden müssen, dass es weniger Verpflichtungen gibt, bei zukünftigen Bauprojekten auch Stellplätze zu schaffen. Es gibt eine Ausweitung der Bagatellgrenze, und es gibt mehr Ausnahmen und eine höhere Flexibilität. Beim Thema der Flexibilität sind wir dabei, das halten wir für sinnvoll. Gleichzeitig – und das ist so ein bisschen der Wermutstropfen an diesem Vorschlag, der uns vorgelegt worden ist – löst dieser Vorschlag letztendlich nicht die Probleme in den Quartieren. Wir haben dort nach wie vor die Situation, dass Menschen auf Bordsteinen parken, weil es nicht genügend Parkplätze gibt, weil es nicht genügend legale offiziell ausgewiesene Parkplätze gibt. Das machen die Menschen ja nicht, weil sie Spaß daran haben, ihre eigene Straße zuzuparken, sondern das passiert aus der Not heraus. Jetzt sozusagen das Angebot an legalen Parkplätzen weiter zurückzudrehen, das wird ja die Situation letztendlich nicht entschärfen, sondern eher verschärfen.

Deswegen werden wir uns auch bei diesem Vorschlag enthalten, weil wir einige Teile unterstützen und sinnvoll finden – das Thema Flexibilität beispielsweise, ich hatte es erwähnt –, aber dieser Vorschlag arbeitet letztendlich an dem eigentlichen Problem vorbei, dass wir einfach nicht genügend Parkplätze für die Menschen in den Stadtteilen haben, und das wird man mit diesem Vorschlag nicht lösen. Damit wird man das Problem eher verschärfen. Wir haben nach wie vor einen Bedarf für Autos, das ist so.

Ob uns das gefällt oder nicht, wir können viele neue Angebote an alternativen Mobilitätsmöglichkeiten machen. Wir können den ÖPNV ausbauen, wir können über Fahrradwege sprechen, über Fußwege und so weiter, Carsharing wird ein größeres Thema werden. Das können wir alles machen, das machen wir hier auch mit einer großen Regelmäßigkeit, und das ist auch gut so, aber der Bedarf an Autos ist aktuell einfach da, und er wird unseres Erachtens auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch da sein. Auch wenn er sich vielleicht etwas zurückentwickelt, wird er nicht verschwinden, und die Autos und der Bedarf für ein Auto und damit ja auch der Bedarf an Parkplätzen werden letztendlich auch in Zukunft da sein. Deswegen werden wir uns bei diesem Gesetz enthalten, werden aber weiterhin auch in Zukunft hier immer wieder mit Vorschlägen präsent sein, wie wir die Situation in den Quartieren lösen können.

Unsere Vorschläge lagen in der Vergangenheit auf dem Tisch, beispielsweise das Thema Quartiersgaragen. Das hätte die Autos wirklich von den Straßen weggeholt, hinein in offizielle Parkhäuser, wofür die Menschen vielleicht auch bereit sind, Geld zu zahlen. Das wurde abgelehnt. Dieser Vorschlag wird das Problem in den Quartieren nicht lösen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einmal möchte ich auch vorab sagen, der vorgelegte Gesetzentwurf ist nach einem sehr umfangreichen Beteiligungs- und Abstimmungsprozess von zwei Jahren entstanden, und jetzt möchte ich mich wirklich Herrn Saxe einmal anschließen und sowohl der Staatsrätin danken als auch Frau Karbaumer, die da oben sitzt, und Herrn Melzer von SKUMS und

natürlich allen anderen, die auch daran gearbeitet haben.

Herr Schäck, Sie haben es schon gesagt, das Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz soll zum 1. Oktober dann auch in Kraft treten und damit – auf die zwei Namen oder Titel ist ja auch schon eingegangen worden – das bisher gültige Stellplatzortsgesetz aus dem Jahr 2012 ablösen. Wir sehen auch, dass das Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz wirklich ein wichtiger Baustein im Rahmen der Verkehrswende ist, und uns ist auch wichtig, dass es eben auch mit den Zielen des Verkehrsentwicklungsplans im Einklang steht.

Der Baustein des freiwilligen Mobilitätsmanagements findet in den vergangenen Jahren immer mehr Interesse, gerade auch bei den Bauträger:innen. Wir haben moderne Mobilitätsmanagements in bestimmten Quartieren, in bestimmten Bauvorhaben, ob das die WeserHöfe sind oder auch das Tabakquartier, und ich möchte die Gelegenheit ergreifen – und ich hoffe, Sie gestatten mir das, weil ich das Tabakquartier erwähnt habe –, in dem Zusammenhang noch einmal Herrn Linnemann von Justus Grosse zu gedenken, der für diese Konzepte immer offen war. Ich glaube, dass es schon ein großer Verlust für die Bauwirtschaft hier in Bremen ist. Aber das Stellplatzortsgesetz oder eben jetzt unser neues Ortsgesetz findet zum ersten Mal im Stein-gutquartier Anwendung, und bisher war das eben immer auf Freiwilligkeit.

Ich möchte einmal sagen, welches die wesentlichen Änderungen sind: Einmal haben wir verschiedene Gebietszonenzuschnitte angepasst. Für den Bereich des inneren Stadtgebietes wird eine neue Gebietszone I geschaffen, in der die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen nur noch ausnahmsweise zulässig ist, dann gibt es im Bereich der Überseestadt-Nord, der Uni, des Technologieparks, des Ortsteils Grohn die Gebietszone II, und wir haben unterschiedliche Prozentzahlen für diese unterschiedlichen Gebietszonen, wo wir eben schauen: Wie viel Mobilitätsstellplätze brauchen wir denn?

Ich möchte einmal sagen – und da war ich fast ein bisschen neidisch, Herr Wagner, dass Sie das Beispiel vorhin schon genannt haben –, das mit den Studierendenwohnheimen zeigt einfach die Absurdität der Vergangenheit, dass wir Stellplätze vorhalten mussten, wo einfach wenig Autofahrende da waren und wir den Platz eigentlich hätten besser nutzen können. Deswegen, der Stellplatznormbedarf wurde stark abgesenkt, und damit wird das autoarme und autofreie Wohnen einfacher. Es zeigt

sich ja, die Menschen orientieren sich, bevor sie irgendwo hinziehen, auch an den Mobilitätskonzepten, und deswegen ist es ganz wichtig, dass man das auch berücksichtigt und dann eben auch Mobilitätsmanagementmaßnahmen ansetzt.

Ich will einmal etwas zur Ablösesumme sagen, das wurde hier auch angesprochen! Diese fließt in das Mobilitätsmanagement im Quartier. Es ist also auch nicht einfach nur eine Ablösesumme, sondern es kommt den Mobilitätsmanagementmaßnahmen wieder zugute. Ich möchte gar nicht auf diese ganzen Mobilitätsmanagementmaßnahmen eingehen. Sie sind untereinander auch bei den Bauvorhaben kombinierbar und können gepoolt werden, aber wichtig ist, wirklich noch einmal anzumerken: Wir haben eine bundesweite Vorreiterfunktion – ich glaube, Herr Saxe hat das vorhin auch gesagt – bei diesem Mobilitätsmanagement, bei diesem Stellplatzortsgesetz, und damit ist es wirklich eine Einzigartigkeit.

Die Investoren hätten es manchmal gern gehabt, dass wir das komplett abgeschafft hätten, weil es ehrlicherweise billiger ist, und nicht, weil es irgendwie effektiver ist, das Beispiel Hamburg und Berlin wurde genannt. Deswegen bin ich froh, dass wir ein Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz entwickelt haben, das modern ist, das auf der alten Stellplatzverordnung aufsattelt, aber was eben auch ein weiterer Prozess ist. Es gibt Investoren, die sagen, sie wollen gern Quartierstickets mit der BSAG entwickeln. Warum nicht? Insofern würde ich sagen, das, was wir – –.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Ich dachte, wir wollen ein bundesweites Ticket! Dann brauchen wir so einen Quatsch doch nicht mehr extra!)

Dann setzen Sie sich einmal bei Ihrem Bundesverkehrsminister dafür ein! Ich würde mich freuen, wenn Sie die Regionalisierungsmittel auch gleich mitverhandeln würden!

Ich will noch einmal sagen, es gibt bestimmt noch offene Fragen an der einen oder anderen Stelle, man kann das weiter optimieren. Wir werden sehen, welche Erfahrungen wir machen, und ich freue mich, wenn wir jetzt das Mobilitäts-Bau-Ortsgesetz ab dem 1. Oktober dann auch wirklich ausprobieren können, auf seine Wirksamkeit hin überprüfen können. Es wird eine Evaluation geben, aber es ist wirklich der richtige Schritt in die richtige Richtung. Viele Menschen haben heute kein Auto mehr, sie wollen auch kein Auto mehr. Sie

wollen auch in autofreie Quartiere ziehen, und die entwickeln wir, und die werden auch gerade nachgefragt, und deswegen brauchen wir eben auch diese Novelle. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über vorhabenbezogene Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Fahrradabstellplätze und Mobilitätsmanagement bei Bauvorhaben in der Stadtgemeinde Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

(CDU, FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Zoff statt Arbeitsplätze: Koalitionsstreit gefährdet die Erweiterung des Gewerbeparks „Hansalinie“
Antrag der Fraktion der FDP
(Neufassung der Drucksache [20/759 S](#) vom 08.09.22)
vom 12. September 2022
(Drucksache [20/761 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! An uns allen ist, glaube ich, in den letzten Tagen und Wochen nicht die Meldung vorbeigegangen, dass die dritte Ausbaustufe des Gewerbeparks Hansalinie ins Stocken geraten ist. Wir haben uns dann, als die Meldung aufkam, gefragt: Woran liegt denn das?

Haben wir irgendwie ein Problem mit Baustoffen? Gibt es einen Fachkräftemangel? Muss vielleicht noch irgendetwas im Untergrund organisiert, herausgeholt werden, irgendwelche Überbleibsel aus dem Zweiten Weltkrieg? Woran liegt es, dass dieses Projekt jetzt schon wieder pausiert und nicht weitergeht?

Ich kann es Ihnen sagen: Es liegt nicht daran, dass es irgendwelche externen Rahmenbedingungen gibt, die man nicht in der Hand hat. Dass es bei diesem zentralen wichtigen Entwicklungsprojekt nicht vorangegangen ist und es erneut fast gescheitert wäre, liegt daran, dass sich Grüne und LINKE in dieser Koalition einmal wieder in die Haare bekommen, und das auf Kosten von Arbeitsplätzen und Gewerbeflächenentwicklung, und das darf in Bremen nicht mehr passieren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall FDP)

Wenn ich richtig informiert bin, gibt es ja auch einen gemeinsamen Beschluss, den SPD, Grüne und DIE LINKE zusammen gefasst haben, nämlich, dass dort in dem Bereich für den Gewerbebetrieb Flächen entsprechend nutzbar gemacht und hergerichtet werden sollen, und nun hat der BUND gedroht zu klagen, und er hat offensichtlich damit so viel Sorge ausgelöst, dass Teile der Grünen in dieser Regierung sofort artig gesprungen und zurückgerudert sind. Sehr geehrte Damen und Herren, unser Anspruch ist es, dass in dieser Stadt eine demokratisch gewählte Regierung die Entscheidungen trifft und nicht irgendwelche Umweltlobbyisten vom BUND. Das kann nicht sein, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall FDP, L.F.M.)

Nicht, dass Sie mich wieder falsch verstehen! Bevor der Kollege Saxe nachher wieder eine Pressemitteilung herausgeschickt, und dann steht darin, der Herr Schäck mag den BUND nicht,

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hört sich ein bisschen so an!)

und deswegen mögen wir den Herrn Schäck wieder nicht – das haben wir ja schon ein paarmal gehabt –: Wir schätzen als Fraktion den BUND für seine Arbeit.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Und das sollen wir Ihnen abnehmen?)

Es ist gut, dass er für die Themen Umweltschutz und Naturschutz eintritt, natürlich, aber es ist das eine, wenn sich ein Verein – und am Ende ist es eine Lobbygruppe – für seine Interessen starkmacht und dafür sorgt, dass er bei Entscheidungen gehört wird, und es ist etwas völlig anderes, dass solch ein Verein eine demokratisch gewählte Regierung so sehr unter Druck setzt mit der reinen Androhung einer Klage, dass die gewählte Regierung bei beschlossenen Projekten einlenkt. Das, sehr geehrte Damen und Herren, geht so nicht, und das ist nicht unser Anspruch an eine funktionsfähige Regierung in Bremen!

(Beifall FDP)

Frau Senatorin Dr. Schaefer von den Grünen hat dann das Gespräch gesucht, hat versucht, die Situation zu lösen. Wir müssen uns natürlich die Frage stellen, ob das überhaupt angemessen ist, wenn durch einzelne Klagen – und da ist es am Ende auch völlig egal, ob es um den BUND geht oder die Handelskammer oder wen auch immer – einzelne Interessengruppen in der Lage sind, solche wichtigen Infrastrukturprojekte komplett auszubremsen oder zu canceln. Das ist eine Frage, über die wir uns Gedanken machen müssen. Frau Senatorin Dr. Schaefer hat dann das Gespräch gesucht, wollte ein Gespräch anberaumen, DIE LINKE wollte, aus welchen Gründen auch immer, nicht daran teilnehmen. Wir waren einmal wieder vor der Situation, dass ein für Bremen so wichtiges Projekt – wir reden über Gewerbeflächenentwicklung, das heißt, wir reden über Unternehmensansiedlungen, wir reden über Arbeitsplätze, wir reden über Steuereinnahmen in Bremen – aufgrund eines Streits, aufgrund eines Zanks innerhalb der Koalition fast wieder gescheitert wäre.

Sie müssen sich schon die Frage stellen lassen – gerade weil es nicht der erste Fall ist, das begleitet uns ja seit drei Jahren, dass diese Koalition permanent miteinander streitet und keine Chance auslässt, sich auch medial gegenseitig vor das Schienbein zu treten –, was bei Ihnen in Ihren Reihen eigentlich los ist.

(Zuruf Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE])

Wir erleben Chaos, erleben Unstimmigkeiten, wir erleben Zankereien und Streitereien, und in diesem Fall auf Kosten des für Bremen sehr wichtigen Themas Gewerbeflächen. Das kostet am Ende Arbeitsplätze, das kostet am Ende Steuereinnahmen, die uns in anderen Bereichen wieder fehlen, und

am Ende fragen wir uns wieder: Warum verfällt die Infrastruktur? Warum haben wir kein Geld für eine vernünftige Bildung? Ich kann es Ihnen sagen: Genau in solchen Momenten beginnt das Problem, weil uns nämlich die Einnahmen wegbrechen, weil Sie nicht aus dem Quark kommen. Das ist das Problem hier in Bremen.

(Beifall FDP – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein bisschen FDP-Parteitag ist das jetzt schon, oder?)

Wir haben uns gefreut, dass Sie offensichtlich aufgrund des Drucks, dass jetzt hier heute öffentliche Debatte stattfindet, gestern doch noch ganz zügig zu einer Einigung gekommen sind, einen Tag vor der Debatte, die hier heute stattfindet. Wir erwarten, dass Sie sich als Koalition in Zukunft zusammenreißen, dass Sie diesen Kindergarten abstellen, der sich hier alle paar Monate abspielt, dass man sich nicht einig ist und sich permanent gegenseitig öffentlich vor das Schienbein tritt. Das ist einer Landesregierung, und das ist auch einer städtischen Regierung unwürdig. Sie müssen endlich anfangen, hier vernünftig zu funktionieren und gemeinsam an einem Strang zu ziehen! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Susanne Grobien.

Abgeordnete Susanne Grobien (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ja, wir debattieren jetzt hier noch den Antrag der FDP zu einem doch sehr wichtigen Thema, nämlich der Erweiterung des Gewerbegebietes Hansalinie um den dritten Bauabschnitt. Auf der Tagesordnung für die heutige Sitzung standen eigentlich und ursprünglich die zehnte Änderung des Flächennutzungsplans sowie der Feststellungsbeschluss für den entsprechenden Bebauungsplan Bremen-Hemelingen. Beide Pläne – da geht es eben um genau dieses Gebiet – sind bereits im Juni einstimmig in der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung und im Juli einstimmig vom Senat beschlossen und quasi nur jetzt zur endgültigen Beschlussfassung an die Stadtbürgerschaft überwiesen worden. Einstimmig heißt – das hat mein Kollege Schäck schon gesagt –, beschlossen von allen Fraktionen, und dazu zählen natürlich auch die Grünen. Dem Ganzen vorausgegangen ist wie immer, das kennen wir, das Prozedere bei Flächennutzungsplänen, ein reguläres Auslegungs- und Beteiligungsverfahren gemäß allen gesetzlichen

Vorgaben, und auch der BUND war in dem Prozess beteiligt.

Aufgrund von Unstimmigkeiten im Senat und in der Koalition wurde der Tagesordnungspunkt nun plötzlich in der letzten Woche kurzfristig ausgesetzt. Da reibt man sich tatsächlich verwundert die Augen und fragt sich: Was ist denn vor der Sommerpause anders gewesen als jetzt, oder was hat sich in der Zwischenzeit geändert? Eigentlich hat sich nichts geändert, außer dass der BUND tatsächlich eine Klage gegen die Beschlüsse androht, weil er Einwände und Forderungen im Baulandverfahren nicht ausreichend berücksichtigt findet.

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Saxe, entschuldigen Sie, Sie sagen ja, Sie haben so wunderbar gearbeitet. Die Einigkeit zwischen den Ressorts Bau und Wirtschaft zieht sich ja wie ein roter Faden über Jahrzehnte tatsächlich hin: dass es da immer wieder schwierig wird und eine wirklich verlässliche Zusammenarbeit nicht wirklich möglich ist.

(Zuruf Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Es geht laut der gestrigen Pressemitteilung um 3,5 Hektar, ein Wäldchen im Süden des Plangebiets, das in den letzten 25 Jahren seit dem ersten Bauabschnitt entstanden ist. Auch da gibt es unterschiedliche Größenangaben, und nach bisherigen Planungen sollten eher mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden.

Die Klageandrohung hat tatsächlich zu diesem handfesten Streit zwischen den Ressorts Bau und Wirtschaft geführt, und ohne Absprache mit den Koalitionären gab Frau Dr. Schaefer den Forderungen des BUND nach, obwohl die Grünen die Rodung des Wäldchens eigentlich mit beschlossen hatten. Frau Vogt zeigte sich laut Medienberichten durchaus irritiert, bestätigte das auf Nachfrage, und seit gestern gibt es nun holterdiepolter doch noch eine Einigung – klar, vielleicht war der Termin auch schon lange avisiert –, das Wäldchen soll erhalten bleiben, und an der Bauleitplanung muss auch nichts mehr geändert werden.

Natürlich haben auch wir nichts gegen den Erhalt des Wäldchens, wenn sich das mit der Erschließungsplanung auch vereinbaren lässt. In den bisherigen Vorlagen der Deputation wurde das immer noch verneint. Wir als Parlamentarier verlassen uns

natürlich auf das, was da in den Vorlagen steht, aber auf das Ressort von Frau Dr. Schaefer ist offensichtlich kein Verlass. Jetzt heißt es nämlich plötzlich, dass die vorgesehene Ringerschließung mit den Änderungen mit dem Wäldchen durchaus vereinbar ist.

Für uns als CDU-Fraktion von größter Bedeutung ist allerdings die Einhaltung des Zeitplans, denn in der Tat müssen wir zügig mit dem dritten Bauabschnitt beginnen, wenn 2024 erste Gewerbeflächen angeboten werden sollen, und zwar rechtzeitig zur nächsten elektrischen Baureihe von Mercedes. Es handelt sich einfach um eines der wichtigsten Gewerbegebiete für unseren Wirtschaftsstandort, das es zügig weiterzuentwickeln gilt.

(Beifall CDU)

Die Gesamtmaßnahme wird dann schätzungsweise bis 2026 realisiert, und wir erwarten von daher auch eine zügige Beschlussfassung zur Freigabe der für die Erschließung notwendigen Mittel noch in diesem Herbst. Zu dem FDP-Antrag werde ich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit gleich in meinem zweiten Redebeitrag kommen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Keine Redezeitverlängerung!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Keine Redezeitverlängerung, das ist eine harte Ansage! Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beschließen „auf Druck der FDP“ den Bebauungsplan 2516 für den dritten Bauabschnitt des Gewerbeparks Hansalinie, das ist schon einmal ein starkes Stück! Wir machen es aus anderen Gründen: Wir machen es deswegen – sehr richtig dargestellt von Frau Grobien! –, weil wir diese Gewerbeflächen rechtzeitig zur Verfügung stellen wollen, wenn bei Mercedes der Modellwechsel ansteht.

Das ist in der Tat ein hochrangiges Ziel und nur zu erreichen, wenn der Zeitplan durchgehalten wird, das ist völlig unumstritten in der Koalition. In den Zeitplan sind viele Dinge eingefügt, unter anderem die Aufgabe, das Gelände aufzuhöhen, man muss das Gewässer neu organisieren, man muss einen Sandentnahmesee anlegen, und man muss roden. Ja! Es gibt ein kleines Wäldchen im Zentrum des

Gebiets von ungefähr einem Hektar, das wird gerodet. Das ist völlig unumstritten.

Jetzt war folgendes Problem: Der BUND hat seine Eingaben gemacht, wie es sich gehört – alle Träger öffentlicher Belange machen das, der BUND ebenfalls –, und er hat den Eindruck gewonnen, dass seine Einwände nicht ernst genug genommen und fehlerhaft abgewogen worden sind. Der Kern der Sache war, dass die Gebiete, die bereitgestellt werden, um der Goldammer und der Lerche ein neues Revier zu geben – –.

(Heiterkeit Abgeordnete Susanne Grobien [CDU])

Das ist nicht lustig! Es steht nämlich in der Fachliteratur sehr genau, wie das zu sein hat, und faktisch haben wir zu wenig Ausgleich bereitgestellt. Eingriff und Ausgleich ist aber bei solchen Projekten eine dringend und zwingend notwendige Angelegenheit, sonst kann man vor Gericht nicht obsiegen. Der Senat hatte die Aufgabe zu lösen. Das Beteiligungsverfahren ist abgeschlossen, es droht ein Streit vor Gericht, es droht der Zeitplan zu kollabieren, man sucht eine Einigung. Diese Einigung hat man mit dem BUND herbeigeführt. Es sind jetzt mittlerweile ausreichend große, ausreichend geeignete Gebiete für diese beiden Vogelarten bereitgestellt.

Ein zweiter Punkt in diesen Verhandlungen war das Wäldchen. Kurz zur Aufklärung: Es ist fünf Hektar groß, hat aber unglücklicherweise eine Stellung im System der Erschließung der Hemelinger Marsch, dass zwei Straßen, die da vorgesehen sind, nicht hätten angelegt werden können, wenn man darauf Rücksicht genommen hätte. Also konnte man sich einvernehmlich darauf einigen, das Wäldchen entsprechend abzuschneiden, sodass nur noch 3,5 Hektar übrig geblieben sind, damit es in das Erschließungsraster hineinpasst. So weit so gut!

Dieses Grundstück wird jetzt nicht der gewerblichen Entwicklung zugeordnet. Dafür gab es ein paar gute Gründe, dafür reicht die Zeit nicht, das hier alles darzustellen. So ist man vorgegangen, und man hat damit nicht aufgehört, sondern man hat weiter überlegt, dass ja jetzt weniger Gewerbefläche zur Verfügung steht, und man ist sich einig im Senat, dass dieser Verlust sozusagen mit 3,5 Hektar an anderer Stelle ausgeglichen wird. So weit die Anstrengung des Senats,

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Das war auch ein ziemliches Hin und Her!)

sicherzustellen, dass dieser B-Plan rechtzeitig beschlossen werden kann, die baulichen Herrichtungen im Gebiet rechtzeitig fertig werden, die notwendigen Rodungsarbeiten rechtzeitig durchgeführt werden können, aber es ist hanebüchener Unsinn zu glauben, das Problem sei Herr Schäck gewesen mit seiner Anklage, sondern das Problem war, dass wir erreichen wollten, dass dieses Gewerbegebiet rechtzeitig fertig wird. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren, ist die Bewertung der Argumente des BUND in Bezug auf das Wäldchen. Das mache ich in der zweiten Runde. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist alles gesagt, ich würde es nur anders zusammenfassen.

(Heiterkeit)

Ich will einmal mit dem Antrag der FDP anfangen! Es ging hier, Herr Schäck, zu keiner Zeit um einen Streit zwischen zwei Senatorinnen oder zwischen zwei Häusern.

(Zurufe CDU: Nein!)

Zu keiner Zeit!

(Zurufe CDU: Nein!)

Ob Sie das glauben oder nicht, ist ja eine andere Frage, aber ich will es noch einmal sagen: Es ging zu keiner Zeit darum.

Wir haben fünf Jahre um dieses Gewerbegebiet gerungen, es waren fünf Jahre Entwicklungszeit mit einem schweren Kompromiss im Gewerbeentwicklungsplan im Oktober letzten Jahres, und es gibt den Kompromiss, und alle Redner –. Herr Bücking hat es eben gerade gesagt, es gibt den Kompromiss, und alle stehen dazu. Es gibt eine Einigung, und das ist in den Deputationen für Wirtschaft und auch in der Deputation für MOBS beschlossen worden. Es gibt eine Einigung in dieser Koalition und im Senat.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Und warum hat es keine Nachbesserung gegeben?)

Das muss man doch einfach einmal zur Kenntnis nehmen, und es gab die Vorlage für hier, Frau Grobien hat es gesagt, weil es diese Einigung gab.

(Zuruf Abgeordnete Susanne Grobien [CDU])

Lassen Sie es mich doch erklären!

(Zuruf Abgeordnete Susanne Grobien [CDU])

Ich bin dabei!

(Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU]: Der Erklärbar kommt!)

Jetzt kommt der Erklärbar, die Sendung mit der Maus!

(Heiterkeit SPD)

Das ist doch nicht lustig, das geht doch von meiner Zeit ab!

Die Frage ist doch relativ simpel: Wir hatten ein Beteiligungsverfahren, auch das ist hier schon gesagt worden. Der BUND hat sich da eingebracht. Er hat seine Bedenken geltend gemacht. SKUMS hat die Dinge geprüft, und zwar in zwei Fragen, nämlich der Frage der Biologie, also was gibt es da an Vögeln, und der Frage von Wald und Ersatzmaßnahmen, und die Einsprüche vom BUND sind abgewiesen worden. Es ist ein ganz normales Verfahren. Jetzt stellt man hinterher fest, der BUND sagt, wir drohen mit Klage. Der BUND hat das Klagerecht, das ist ja nicht die Frage, also muss man in die sachliche Prüfung hinein, und die Koalition ist sich vollkommen einig, dass wir unter Zeitdruck stehen, weil die Ansiedlung so ist, wie hier alle schon gesagt haben. Also muss man an der Stelle handeln.

Das Problem, das dann auftaucht, ist, dass nach meiner Einschätzung, so, wie ich das kenne, von SKUMS bei der Frage vom Ersatz des Waldes die Juristen sagen, wir sind da sicher – Ersatzmaßnahmen, Prioritäten setzen, politische Entscheidung –, bei der Frage Goldammer und Lerche eben nicht, und dann fängt man an zu schauen, was heißt das denn jetzt in den nächsten Tagen und Wochen. Was wir verlieren, wenn wir da das Gewerbegebiet nicht weiter betreiben, ist die nächste Fällperiode – das kennen wir ja alle –, die ja nur von November bis Februar ist, und wir haben das im letzten Jahr schon gesagt, und wenn das nicht eingehalten

wird, wenn wir es hier jetzt nicht vor November beschließen, dann verlieren wir ein weiteres Jahr. Das ist die Situation.

Von einem Streit zwischen den Häusern – –.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Kann gar nicht die Rede sein!)

Nein, aber der Konflikt ist ein Jahr her, und wir haben ihn gelöst, und das Gewerbegebiet ist völlig unwidersprochen, und wenn ich hier lese, dass wir beschließen sollen, dass die Erweiterung des Gewerbeparks Hansalinie von herausragender Bedeutung ist: Auch das ist seit einem Jahr klar. Niemand hat das infrage gestellt, und wir fassen in diesem Parlament hoffentlich keine Beschlüsse zum Einhalten von Beschlüssen. Das ist Stand der Diskussion. Auch ein weiteres Aufschieben und Aussetzen, ein Nachteil für Unternehmen, das ist einfach Stand der Situation, das ist nicht das, was wir haben wollen.

Es gibt einen Punkt, über den ich in der zweiten Runde noch einmal reden will, das ist nämlich die Frage des BUND. Wir als Regierungskoalition und die Häuser Wirtschaft und SKUMS sind unter Druck gekommen, weil der BUND die Klage angedroht hat, und jetzt können wir die Frage diskutieren – das will ich in der zweiten Runde machen –: Welche Erfahrungen geben wir jetzt eigentlich dem BUND mit? Reicht eine Klageandrohung, um irgendetwas durchzusetzen und das normale Verfahren nicht zu machen? Reicht das? Ich finde, das ist eine Frage, die man in der Tat einmal diskutieren muss. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Liebe Abgeordnete der FDP, lieber Herr Schäck, was Sie hier vorgelegt haben, ist doch nicht ernsthaft ein Antrag, denn das, was Sie hier an die Wand malen, dass die Erschließung des nächsten Bauabschnitts hinausgeschoben wird, stand und steht doch überhaupt nicht zur Disposition! Sie haben das eigentliche Problem – und das klang ja eben bei den Vorrednerinnen und Vorrednern auch schon an –, das die Koalition gemeinsam gelöst hat, scheinbar gar nicht verstanden. Wir kommen da ja vielleicht in der Diskussion auch noch einmal mit Herrn Stahmann darauf. Da ging

es nämlich darum, eine Klage zu verhindern, die genau diese rechtzeitige Erschließung gefährdet hätte.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist der Koalition gelungen, und das wäre mit Sicherheit nicht gelungen, wären wir Ihrem Antrag gefolgt oder würden ihm folgen und hätten auf stur gestellt, dann wäre nämlich genau das Gegenteil passiert. Vielleicht gibt es da auch unterschiedliche Einschätzungen zu Herrn Stahmann.

Ich glaube, dass Herr Bücking das eben gerade schon gut dargestellt hat. Es gab auf jeden Fall etliche Einschätzungen, dass diese Klage eine Chance auf Erfolg gehabt hätte, und ich sage es einmal ganz offen: Die von der Senatorin für Klima, Umweltschutz, Mobilität und Stadtentwicklung vorgelegten Maßnahmen für Artenschutz und Umweltkompensation waren teilweise eben nicht ausreichend, und ich glaube, das hat Herr Bücking gerade auch dargestellt. Dass der BUND das festgestellt hat und einfordert, ich meine, das ist ja auch seine Aufgabe, das ist ja auch klar, das ist sein Job, und auch, dass er dann natürlich entsprechende Nachforderungen und Nachbesserungen einfordert.

Ich persönlich finde es ärgerlich, das sage ich auch, Frau Grobien – das ist ein Projekt von besonderer Tragweite und besonderer Wichtigkeit –, dass da solche Fehler auftreten, aber das Gute ist, wir haben uns als Koalition mit dem BUND Bremen geeinigt und dabei gleich eine Lösung für die Waldflächen gefunden, die umweltpolitisch und wirtschaftspolitisch gut ist. Es gibt nun eine Einigung, die beim Artenschutz nachlegt, die mehr Waldflächen erhält und gleichzeitig die bisherigen Ausgleichsflächen teilweise überflüssig macht, sodass sie für die gewerbliche Entwicklung genutzt werden können. Das ist gut für den Umweltschutz, das ist gut für den Klimaschutz, und das ist gut für die Entwicklung der Arbeitsplätze in Bremen, Herr Schäck.

Ich möchte zur Klarstellung dieser Debatte noch einmal auf drei Punkte eingehen! Erstens: Es gibt kein Entweder-oder zwischen Industriepolitik und Klimaschutz, und das hat Herr Bücking auch gerade in seiner Rede dargestellt. Wenn wir in Bremen 2038 klimaneutral werden wollen, wenn wir mit unseren Bremer Industriezweigen einen Beitrag zur weltweiten Dekarbonisierung leisten wollen und wir in Bremerhaven und Bremen von dieser

Transformation arbeits- und sozialpolitisch profitieren wollen, dann brauchen wir zusätzliche Gewerbeflächen, und das ist auch unstrittig, auch unstrittig in der Koalition.

Wir wollen unsere bestehenden Industriekerne in die Dekarbonisierung mitnehmen, und das geht nur, wenn wir ihnen auch Platz verschaffen, den sie für den Umbau brauchen. Klar ist auch, bei dem, was wir jetzt noch an neuen Flächen anfassen, müssen sie von vornherein dem Ziel der Klimaneutralität entsprechen, und deshalb wird das Gewerbegebiet Hansalinie ein grünes Gewerbegebiet und wird Maßstäbe für zukünftige Entwicklungen setzen. Aber wenn man die Dekarbonisierung will, dann muss auch jemand die industrielle Hardware dafür herstellen, und das wollen wir in Bremen mit unserem Industriekern tun. Darum geht es.

Zweitens, Klimaschutz, Klimaanpassung und Erhalt von Biodiversität sind die drängenden Fragen. Man kann nicht mehr sagen, dann machen wir jetzt flott die Flächen platt, um die Ökodinge kümmern wir uns später. Die südliche Waldfläche, die erhalten wird, ist für das Gewerbegebiet nicht einfach ein Weg, sie ist ein hervorragender Baustein, der für das Mikroklima dieses Gewerbegebietes gut ist. Da hat die Natur gewissermaßen schon vorausschauend einen sinnvollen Baustein für dieses Gewerbegebiet selbst entwickelt, und dieses Angebot nehmen wir doch gern an.

Ich sage das auch, Frau Grobien, Sie haben es ja auch gerade gesagt, diese Klärung haben wir doch gemeinsam bei der Aufstellung des B-Plans alle versäumt, und zwar einstimmig alle versäumt: beide Ressorts, alle Deputierten, der Senat und die Opposition. Diese Klärung haben wir jetzt nachgeholt, und es ist zu keinem Zeitpunkt darum gegangen, ob wir dieses Gewerbegebiet machen,

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Das hat auch nie jemand behauptet!)

sondern wie wir es machen. Die jetzige Lösung ist die bessere, und das haben wir an diesem Punkt in gewissem Maße auch der Aufmerksamkeit der Zivilbevölkerung zu verdanken.

Ich habe noch einen dritten Punkt, aber da ich nicht mehr so viel Zeit habe, mache ich hier erst einmal einen Punkt und komme gleich noch einmal in die Debatte. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition! Man muss ja einmal festhalten, was bis gestern passiert war: Wir haben die Situation gehabt, dass das Thema von der Tagesordnung genommen worden ist. Das hatte seinen Grund. Das ist ja nicht aus lauter Jux und Tollerei passiert, sondern es hatte einen Grund,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Der wurde doch gerade erklärt!)

und wir hatten jetzt die Situation – und das konnte man ja auch in den Medien nachlesen –, dass offensichtlich von Frau Senatorin Dr. Schaefer ein Termin angesetzt wurde, an dem Frau Senatorin Vogt, die heute übrigens leider

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Auch nicht da ist!)

nicht da ist, nicht teilnehmen konnte oder wollte. Es gab offensichtlich Verstimmungen, und nachdem wir das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben, kam es gestern, einen Tag vor dieser Debatte, dann doch noch ganz schnell zu einer Einigung.

Wir freuen uns ja, wenn wir so helfen können.

(Beifall FDP)

Wenn diese Aktion dazu führt, dass es mit diesem wichtigen Thema endlich weitergeht, dann kann ich nur sagen, freuen wir uns, dass wir unseren Beitrag leisten konnten. Opposition wirkt. Sie müssen sich aber trotzdem fragen lassen, was die Koalition eigentlich für ein Bild nach außen abgibt. Wir haben wieder tagelanges Gezanke gehabt, wir hatten Streit, wunderbar ausgetragen über die Medien. Andere Koalitionen schaffen es ja, so etwas zumindest hinter verschlossenen Türen zu regeln. Sie schaffen das nicht.

(Abgeordneter Ralf Schumann [DIE LINKE]: Das schaffen Sie in Berlin doch auch nicht!)

Sie lösen so etwas über die Medien und treten sich dort offensichtlich auch regelmäßig gegenseitig vor das Schienbein, und das Ganze auf Kosten derjenigen, die gerade auf diese Entscheidung angewiesen sind.

Das Thema Gewerbeflächenentwicklung ist in Bremen nicht seit Jahren, sondern seit Jahrzehnten ein Thema, wo es nicht vorangeht. Wir verlieren Unternehmen aus Bremen, weil sie hier nicht die Gewerbeflächen angeboten bekommen, die sie brauchen, selbstverständlich,

(Zurufe)

und wir haben die Situation, dass damit dann auch Arbeitsplätze abwandern und Steuereinnahmen verloren gehen. Es kann doch nicht sein, dass das Thema Gewerbeflächenentwicklung in einer solchen Regelmäßigkeit hier seit mindestens drei Jahren, wo ich hier Mitglied in diesem Parlament bin, immer und immer wieder diskutiert wird, und wir hören regelmäßig: Ja, wir sind da dran, und wir müssen einmal sehen und so weiter.

(Zuruf Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Das hören wir regelmäßig, aber Sie scheinen damit überfordert zu sein, weil es ja nicht vorangeht, und dieses Beispiel, über das wir jetzt hier gerade debattieren, ist das beste Beispiel dafür, dass Sie sich unglaublich schwer damit tun, einfach einmal über interne Unstimmigkeiten hinwegzuschauen und einfach einmal Entscheidungen im Sinne der Unternehmer zu treffen, die auf diese Gewerbeflächen angewiesen sind.

Ich hätte ja noch Respekt vor Ihnen gehabt, wenn Sie sich hierhingestellt und gesagt hätten, na ja, wir hatten tatsächlich unterschiedliche Auffassungen, es gab Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition. Dann hätte ich tatsächlich noch einen gewissen Respekt dafür gehabt, dass man das zumindest einmal ehrlich offen zugibt,

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch auch Quatsch!)

weil ja jeder in diesem Raum weiß, dass das so vonstattengegangen ist. Dass Sie sich aber ernsthaft hier hinstellen und sagen, es ist alles wunderbar, es ist alles schön, das erinnert mich ein bisschen an Robert Habeck: „Wir haben keinen Streit, nur wir reden einfach nicht mehr miteinander.“ Das ist mir zu einfach. Es ist sehr offensichtlich, was hier abgegangen ist, und wir freuen uns, wenn unser Antrag offensichtlich dazu geführt hat, dass dieses Thema jetzt endlich vorangeht. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Susanne Grobien.

Abgeordnete Susanne Grobien (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Stahmann, die ganzen Zusammenfassungen über die Bedeutung des Gewerbegebiets Hansalinie und die Entstehung und wie wichtig das ist und vor allen Dingen auch der Zeitplan dafür, dass es jetzt auch möglichst bald fertig wird, weil es so wichtig für den Automotivestandort hier in Bremen ist, das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen. Da haben Sie auch –. Einigungen im letzten Jahr, und im Gewerbeentwicklungsplan steht das überall drin.

Ich habe dann nach diesem Manöver des noch einmal Aufschnürens des Pakets, das ja eigentlich schon abgeschlossen war, und den Argumenten des BUND aber doch noch einmal eine Frage, die sich aber vielleicht aufklären lässt: Ist denn wirklich sichergestellt, dass der jetzt wieder geänderte Bebauungsplan nicht noch einmal erneut ausgelegt werden muss, was ja Zeit beanspruchen würde? Ist das rechtssicher, auch im Hinblick auf die Anhörung der anderen Träger öffentlicher Belange? Falls nein, wie groß ist dann erneut die zeitliche Verzögerung, und kann sich Bremen auch darauf verlassen, dass der BUND oder jemand anderes trotz der jetzt getroffenen Absprachen nicht wieder gegen diese Beschlüsse klagt?

Wir haben das doch –. Sie haben die Diskussion eingebracht, Sie wollen das gern einmal diskutieren, Herr Stahmann. Wer treibt hier eigentlich wen, neben dem Streit, ob es nun zwischen Frau Dr. Schaefer und Frau Vogt ist? Wie gesagt, vielleicht kann man das klären, aber ich glaube, es verunsichert zunehmend die bremische Wirtschaft, und auf solche Verfahren muss man sich verlassen können, und politische Beschlüsse kann man nicht im Nachhinein immer wieder infrage stellen und damit erneut Unsicherheiten schaffen.

(Beifall CDU)

Wir teilen deshalb im Grundsatz die Kritik der FDP, aber dem Antrag – und das muss ich zugestehen – können wir leider auch nicht zustimmen. Bis heute Nachmittag war ja der zweite Beschlusspunkt tatsächlich auch noch handwerklich richtig falsch, denn wir können ja jetzt nicht den Senat beauftragen, das zu beschließen. In Ihrer Neufassung haben Sie diese Mängel des zweiten Beschlusspunkts

ja aufgehoben, ich weiß aber gar nicht, ob den anderen, den alle kennen, denn der kam auch erst heute um 15.30 Uhr. Wir werden uns von daher enthalten. Vielleicht können wir die Sachen noch einmal klären, alle haben die Bedeutung klargelegt.

Ich sage einmal, ich bin lange genug bei der Wirtschaftsförderung und auch im Wirtschaftsressort gewesen. Wie schwierig die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Bau und Wirtschaft ist, habe ich selbst oft am eigenen Leib erfahren. Dazu vielleicht die Anekdote, in der es nämlich vor 25 Jahren schon genau um dieses Gewerbegebiet ging: Sie werden sich alle an die Piepmatzaffäre erinnern, wo nämlich ein grüner Umweltsenator Fücks genau in dem Areal, um das es heute geht, damals unabgestimmt Vogelschutzgebiete in der Hemelinger Marsch angemeldet hatte, was damals schon dazu führte, dass es überhaupt viel zu spät in Angriff genommen worden ist, und auch das ist schon 25 Jahre her. So lange hat es gedauert, das endlich zu dem Erfolgsprojekt zu machen, das es heute ja in der Tat ist.

Damals hat das irgendwie mit dem Zement zwischen den Fraktionen nicht so geklappt, da ist diese Koalition, obwohl sie gleichgesinnter ist, ja besser drauf. Das scheint noch für die nächsten Monate zu wirken. Ich hoffe indes jedenfalls, dass Sie vor dem Hintergrund der doch an sich wirklich sehr schwierigen Zeiten – drohende Rezession und Inflation – die Wirtschaft nicht weiter verunsichern, sondern der Bedeutung der Arbeitsplätze und der Weiterentwicklung von Gewerbeflächen auch den angemessenen Platz in Ihrer Politik geben. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wird der Opposition nicht gelingen, die Sache auf den Kopf zu stellen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das, was in den letzten Wochen passiert ist, war der Versuch, genau dieses Gewerbegebiet pünktlich fertig zu bekommen, die entsprechenden Beschlüsse herbeizuführen, und nicht das Gegenteil, was hier die ganze Zeit suggeriert wird. Das ist dummes Zeug.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Sind die Tagesordnungspunkte heute abgesetzt, oder nicht?)

Ja, sie sind abgesetzt. Warum wurde der Tagesordnungspunkt von der Baudeputation abgesetzt? Damit die Verhandlungen mit dem BUND möglich sind, denn wenn man sie darauf gelassen hätte, wäre das nicht gelungen. So ist das natürlich gewesen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und das weiß man seit gestern?)

Darüber, finde ich, brauchen wir jetzt, weil die Sachverhalte völlig eindeutig sind, nicht weiter zu streiten.

Was ich wichtig finde, ist das, was Frau Grobien sagte, nämlich: Ist denn das, was jetzt an Lösungen gefunden worden ist, rechtssicher? Das, finde ich, ist eine berechnete Frage. Wenn ich es richtig verstanden habe, wird das Thema Vogelschutz, also Ausgleich für die Arten Goldammer und Lerche, in einem zivilrechtlichen Vertrag zwischen dem BUND und der Stadt geregelt.

(Heiterkeit CDU)

Das ist safe.

Das Thema Wald ist folgendermaßen geregelt: Es gibt eine Übereinkunft mit dem BUND – er hat das bestätigt –: Wenn wir das so machen, wie ich Ihnen das geschildert habe, dass er auf 3,5 Hektar zurückgeschnitten wird, damit er in das Raster passt, dann ist der BUND damit einverstanden, dann wird dieser Bebauungsplan verabschiedet wie vorgelegt, und in Bezug auf das Grundstück, wo der Wald bleiben soll, gibt es einen späteren Änderungsantrag an den Bebauungsplan, der das dann dort berücksichtigt. So ist das Verfahren, um sicherzustellen, dass keine Zeit verloren geht. Das ist der Kern der Sache.

Jetzt will ich mich noch einmal von dem unmittelbaren Thema lösen und ein bisschen grundsätzlicher argumentieren! Der BUND hatte spezifische Argumente für dieses Stückchen Wald. Das waren zwei wesentliche Argumente. Das eine war, dieses Eichenwäldchen ist zwar als Wirtschaftswald angelegt worden, hat aber mittlerweile nach 25, 26 Jahren eine Reife entwickelt, die ihm einen großen ökologischen Wert gibt, und wenn wir im Ausgleich neu pflanzen, wird es sehr lange dauern, bis der neu gepflanzte Ersatzwald diese Qualitäten

ausbildet. Das war sein erstes Argument. Dann hat er dieses Argument noch einmal verschärft mit dem Hinweis, man solle gelegentlich einmal auf das Thermometer schauen und auf die Niederschläge. Es ist heutzutage gar nicht so einfach, neuen Wald erfolgreich anzusiedeln und zu entwickeln, weshalb es einen guten Grund gibt, einen stabilen Wald zu schützen. Das war die erste Gruppe von Argumenten.

Die zweite war: Dieser Wald liegt mit seiner südlichen Kante an der offenen Landschaft und an dem dort dann angelegten großen Abzugsgrabenkanal. Das ermöglichte der Fauna, sich dort frei von einem Landschaftsraum in den anderen zu bewegen, von dem Wasser in den Wald und von dem Wald in die offene Landschaft. Das waren zwei Argumente für genau diesen Wald, und der war nach Auffassung des BUND höherrangig als das, was wir hätten schaffen können in diesem grünen Korridor, der zwischen dem Bauabschnitt zwei und drei liegt. So ist erst einmal das Argument. Dieses Argument hat uns erreicht. Wir fanden das nicht abwegig. Wir fühlten uns nicht nur erpresst,

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Ach was!)

sondern wir haben gesagt: Da ist etwas dran.

Jetzt würde ich gern noch einmal von dieser Darstellung ein bisschen einen Schritt zurücktreten und Ihnen einen Blick in meine Mördergrube erlauben!

Ich bin Anhänger der Auffassung, dass es notwendig und möglich ist, in einer Stadt, die sich entwickeln will, die Wohnhäuser baut, die Straßenbahnen baut, die Wärmetrassen und Gewerbeimmobilien baut, Bäume zu fällen. Das halte ich für notwendig, und man muss sie dann ausgleichen. Das muss man auf einem vernünftigen Niveau tun, und wenn man an einer bestimmten Stelle sagt, nein, das machen wir da nicht, dann braucht man sehr, sehr gute und sehr, sehr genaue Gründe. Die sind hier vom BUND noch einmal nachgereicht worden, und wir halten das Ergebnis für in Ordnung. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und

Herren, verehrte Gäste! Im Gegensatz zum Abgeordneten Bücking werde ich nicht versuchen, Fragen zu beantworten, sondern ich überlasse das der Senatorin, und ich will an einem Punkt noch einmal ein paar grundsätzlich Dinge anbringen. Ich schließe mich der Aussage von Herrn Bücking an, der ja gerade gesagt hat, wir fühlten uns nicht nur erpresst. Ich glaube, das fasst es ganz gut zusammen, aber die Gefahr ist: Was heißt das eigentlich für die Zukunft, wenn wir ein Beteiligungsverfahren machen, wenn eine Behörde prüft, egal welche, wenn sie zu einem Ergebnis kommt, und dann kommt der BUND und sagt, das ist falsch? Dann haben wir akuten Handlungsbedarf. Und was bedeutet das eigentlich für die Gewerbegebiete, die wir in dieser Koalition auch beschlossen haben – Horner Spitze, Nußhorn, Reedeich und andere, Farge-Ost?

Es gibt kein Gewerbegebiet ohne Wald, und die Gefahr, dass wir an der Stelle unendliche Verzögerungen bekommen, ist riesengroß, und zum Wald auf Gewerbegebieten hat sich natürlich diese Koalition entschlossen – wir haben extra das Waldgesetz gemacht –, wir haben gesagt, wir wollen Natur auf Zeit. Wir wollen, dass in Gewerbegebieten Bäume wachsen und wir nicht die Parole ausgeben müssen, gerade an die private Wirtschaft: Leute, haltet den Rasen kurz, denn sobald darauf ein bisschen Strauch ist, ist es ein Wald und darf nicht mehr gerodet werden. Das haben wir extra gemacht. Das heißt, wir haben das im Blick mit Natur auf Zeit.

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

Wir haben aber Gewerbegebiete, wo wir uns einig sind, und die Gefahr, dass man sozusagen dem BUND beibringt, ein Beteiligungsverfahren bringt weniger als die Klageandrohung, ist relativ groß. Ich sage das für meine Person ganz offen, sie ist relativ groß für die Zukunft, da muss man eben darauf achten. Das heißt – so, wie Herr Bücking es auch gesagt hat – ganz präzise: Genaue Arbeit in den zuständigen Behörden, dass man sagen kann, was geht, was geht da nicht, was muss berücksichtigt werden, ist es ein Gewerbegebiet, wandeln wir etwas um, was ist mit Ausgleichsmaßnahmen!

Ich nehme jetzt auch zur Kenntnis, Herr Schäck, dass die Lösung gestern gekommen ist, weil der BUND vor der FDP eingeknickt ist.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Nein, Sie!)

Ich nehme das jetzt so zur Kenntnis. Wir sind ja an der Stelle nicht die alles Entscheidenden, aber

diese Entscheidung, jetzt kurzfristig in das Verfahren hineinzukommen und es zu ermöglichen – und die Senatorin wird dazu gleich etwas sagen, Herr Schäck –, ist bei Lichte betrachtet eine Entscheidung für die Unternehmen. Immer nur zu sagen, ihr habt Streit, und das tut uns nicht gut: Das ist eine Entscheidung für die Unternehmen,

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Die war aber eigentlich schon beschlossen! – Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Schön, dass es so gekommen ist!)

und wir reden in der Hansalinie immer von Automobil. Ja! Wir reden im Gewerbegebiet Hansalinie immer von Automobil, die Wahrheit ist aber auch, dass wir in der Hansalinie – in den alten und in den neuen Gebieten – nicht nur Automobile haben, sondern dass wir da Industrieansiedlung haben, die an dieser Stelle Gewerbegebiete braucht.

Einen Punkt will ich auch noch einmal kritisch äußern: Was mich ein bisschen irritiert hat, war die Äußerung des Abgeordneten Saxe, denn er hat aufgrund dieser Lösung gesagt, aber wir können das nicht mehr machen, dazu seien Bäume – Rodungen bei Gewerbegebieten, das ist das Thema laut „Weser-Kurier“ vom 8. August – im Kampf gegen die Klimakrise einfach zu wertvoll, wenn es – –.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Und es gibt gar keinen Zwist!)

Dazu noch einmal eine Anmerkung: Wir haben als Politik die Aufgabe, abzuwägen zwischen Naturschutz, zwischen Gewerbe, zwischen Wohnen und all den Dingen, und wir haben dafür zu sorgen, dass der gesellschaftspolitische Zusammenhalt bleibt, dass die Einkommen bleiben, gerade in dieser Zeit, und das hat eine Priorität. Es gibt keine Unterwerfung von einem der Dinge, sondern es ist immer abzuwägen, und in diesem Fall ist das klar: Wir brauchen die Ansiedlung von Gewerbe, und deswegen ist das, was die Koalition beschlossen hat mit den anderen Gewerbegebieten Nußhorn, Reedeich, Farge-Ost und Horner Spitze, richtig und wichtig. – Danke!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, erlauben Sie mir, auf unserer Besuchertribüne ganz herzlich Frau Aigner zu begrüßen, die Präsidentin des Bayerischen Landtags!

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Schäck, ich glaube, das ist schon ein bisschen Selbstüberschätzung, wenn Sie glauben, dass der Punkt jetzt an der Stelle so gelaufen ist wegen Ihres Antrags heute und nicht wegen der Zeitlinien. Ich habe heute Morgen auch mit dem BUND gesprochen, auch nicht, weil heute die Debatte war, sondern weil der Terminkalender es nicht anders hergibt, Frau Grobien, und das ist so ein bisschen das, was Sie auch sagen: Ja, ich habe auch ganz deutlich das Signal bekommen, der BUND steht zu dieser Einigung, und da gibt es noch Dinge zu klären, aber das steht als solches.

Herr Stahmann, zu Ihrem Part, ich gebe Ihnen durchaus recht, es geht ja nicht darum zu sagen, nur weil jemand klagt, müsste jeder irgendwie einknicken. Das ist aber auch das, was mich ein bisschen ärgert, und das hatte ich vorhin auch schon gesagt: Wenn ich natürlich Ihre Einschätzung habe, dann macht die Fachbehörde Fehler, und deswegen müssen wir verhandeln, dann ist das halt etwas anderes, und das ist hier, glaube ich, eher der Fall.

Ich will noch einmal auf den Punkt eingehen – das passt praktisch ganz gut zu meinem dritten Punkt, was Herr Schäck auch eingefordert hat –: Die Koalition entscheidet gemeinsam, sie macht gemeinsam auch einmal Fehler, und sie korrigiert sie auch gemeinsam, und daraus folgt, dass sie auch mit dem BUND, so wie mit allen Trägern gesellschaftlichen Interesses, gemeinsam verhandelt. Das hat in diesem Fall nicht so gut funktioniert, wie ich mir das vielleicht gewünscht hätte. Niemand in der Koalition kann anderen Kompromisse anbieten, die nicht vorher richtig abgestimmt sind, und das macht auch keinen überzeugenden Eindruck. Ich glaube, das ist ja das, was hier auch ein bisschen in der Debatte herüberkommt.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Nein, einen überzeugenden Eindruck macht die Koalition hier nicht!)

Das ist in diesem Fall, glaube ich, aber auch schnell erkannt worden, und es bringt auch nichts, wenn

man sich innerhalb der Koalition nur Teile einer gemeinsamen Linie anzieht. Dann entsteht in der Tat so der Eindruck nach dem Motto, die einen wollen Gewerbeflächen entwickeln, die anderen nicht; aber das ist Unsinn, und das hat Herr Bücking ja auch ganz klar gesagt.

Es ging immer nur um ein „Wie“ der Umsetzung in dieser Diskussion, aber mit den Gewerbeentwicklungsplanungen haben wir ja genau das auf den Weg gebracht, und das hat Herr Stahmann vorhin auch gesagt, dass wir gemeinsam einen anspruchsvollen Kurs dafür vorgeben. An diesem Kurs stehen wir auch alle als Koalition gemeinsam, und da gibt es auch kein Vertun, da haben wir eine Einigkeit, und die tragen wir auch entsprechend gemeinsam nach außen.

Um unser Ziel, bis 2038 klimaneutral zu werden, mit einem konkreten Maßnahmenpaket auch zu erreichen, haben wir in Bremen klimapolitisch einen Meilenstein gesetzt.

(Abgeordnete Susanne Grobien [CDU]: Oh!)

Doch, das sehe ich auch so, ich bekomme das auch an Rückmeldung von vielen! Damit haben wir bundesweit, ich glaube, sogar teilweise europaweit, positive Aufmerksamkeit auf uns gelenkt.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, europaweit! Weltweit!)

Ja! Es wird uns enorme finanzielle Anstrengungen abverlangen, damit wir das auch so umsetzen können, wie wir es gemeinsam verabredet haben, und es werden dabei noch viele Zielkonflikte zwischen Umweltschutz, Biodiversität, Lärm- und Verkehrsbelastung von Bürgern und vieles mehr vor uns liegen. Schlimm wäre es, wenn es einen solchen Konflikt nicht gäbe, denn das würde es ja nur geben, wenn man im Grunde nichts macht.

Es ist klar, wenn man diese Dinge anpackt, dann wird es auch Konflikte geben, die wir gemeinsam als solche lösen müssen, aber nur mit klugen und auch manchmal mutigen Entscheidungen haben wir jetzt die Chance, einen positiven Strukturwandel für Bremerhaven und Bremen einzuleiten, der uns nicht nur klimaneutral, sondern auch lebenswerter und arbeits- und sozialpolitisch erfolgreicher macht. Die schnelle und zielgerichtete Umsetzung des Gewerbeparks Hansalinie wird dabei genau einen Baustein dafür liefern, und das machen wir auch ganz deutlich ohne einen FDP-Antrag,

den brauchen wir dafür nicht. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, diesen Antrag braucht es nicht. Ist etwas ins Stocken geraten? Nein, im Gegenteil! Im Bebauungsplanverfahren hat es eben gerade nicht zu einer Verzögerung geführt. Wenn man Klageandrohungen ernst nimmt und damit ein nicht einzukalkulierendes Risiko eingegangen ist, war es eine zügige Umsetzung. Weil nämlich das Gewerbegebiet Hansalinie und die weitere Entwicklung von herausragender Bedeutung ist, wäre es, glaube ich, nicht verantwortlich gewesen, dieses Klagerisiko einzugehen.

Jetzt will ich einmal etwas zu dem Verfahren sagen, Frau Grobien! Es ist ein normales Verfahren. Der BUND hat eine Eingebung gemacht im Beteiligungsverfahren, im Verfahren zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, und wenn man sich anschaut, wo wir im Verfahren sind, dann sind wir noch vor dem Satzungsbeschluss. Und warum ist das abgesetzt worden? Weil es auch in der Deputation nicht behandelt wurde, und es muss erst in die Deputation, und dann kann es in die Bremische Bürgerschaft.

(Zuruf Abgeordnete Susanne Grobien [CDU])

Es gehört aber, Frau Grobien, zu einer Demokratie und zu einem Rechtsstaat dazu, dass der BUND ein Klagerecht hat, und dann gehört es zu einer Demokratie dazu, dass man gemeinsam Lösungen und Kompromisse sucht, damit eben nicht geklagt wird, und das haben wir hier gemacht.

Was bedeuten Klagen? Ich möchte auch, dass wir uns das noch einmal vor Augen führen: Sie bedeuten jahrelange Verzögerungen. Das haben wir bei der Weservertiefung, das haben wir beim OTB, zwölf Jahre bei der Linie 1 und Linie 8, A 281. Der Durchschnittswert, um eine Windkraftanlage zu realisieren, liegt in Deutschland bei acht Jahren, weil fast überall geklagt wird, und deswegen, finde ich, muss man Klageandrohungen ernst nehmen, und ich finde es auch richtig, da eine Lösung zu suchen, um die Klagen dann auch im Vorfeld abzuwenden, und zwar im normalen Verfahren vor einem Satzungsbeschluss.

Jetzt ist dieser Wald nicht der Hambacher Forst, aber auch da weiß man, welches Potenzial an Demonstrationen und an Klagen so etwas hervorrufen kann, und deswegen, Herr Schäck, ist das auch kein Chaos oder ein Streit oder ein Kindergarten, es ist ein demokratischer Prozess, dass man hier einen Konsens sucht, und das ist dieser Koalition gelungen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dafür braucht es ganz sicherlich nicht Ihren Antrag, das ist ein bisschen eine Selbstüberschätzung.

Ich möchte einmal sagen: Worum ging es beim BUND? Deswegen, Herr Tebje, teile ich nicht Ihre Auffassung, weil Sie hier jetzt zweimal gesagt haben, wir vom SKUMS hätten Fehler gemacht, sondern es geht neben dem Wald auch um zwei Vogelarten, und da gibt es auch ehrlicher Weise nichts zu lachen, denn die Piepmatzaffäre wurde hier schon zitiert. Das war der Zeitpunkt, wo die FDP die Regierung in Bremen verlassen hat und seitdem auch nicht mehr darin ist.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Zum Schaden Bremens!)

Es geht hier eben um zwei Vogelarten, nämlich die Feldlerche und die Goldammer, und hier hat man einschlägige Fachliteratur und Beispiele gewählt, um die Kompensation auch zu berechnen. Der BUND geht von anderen Fachliteraturen aus, aber man muss schauen: Passt es auf die Bremer Verhältnisse? Deswegen haben wir uns mit dem BUND zusammengesetzt, um für die Feldlerche und die Goldammer noch einmal neue Lösungen zu finden, um die Reviergrößen, wo der BUND sagt, das war zu gering angenommen, zu kompensieren, sodass wir für die Feldlerche und die Goldammer jetzt sehr gute Lösungen gefunden haben. Es werden für die Feldlerche insgesamt 52 Hektar Flächen durch eine Extensivierung der Grünlandbewirtschaftung und zum Teil durch Vernässungsmaßnahmen als Brut- und Jagdrevier bereitgestellt, und wir schaffen für die Goldammer neue Heckenstrukturen samt Heckensaum und verzichten weiterhin auf Pestizide.

Wichtiger ist, glaube ich, neben Goldammer und Feldlerche: Wie geht es jetzt mit dem Wald weiter? Die südliche Waldfläche wird in einem Bebauungsplanänderungsverfahren so arrondiert und ergänzt, dass die nördliche Ringschließung und der westliche Graben wie im Bebauungsplan festgesetzt hergestellt werden können, eine Arrondierung im Osten ermöglicht wird, um vermarktbare Flächen

auch in diesem Bereich der Hansalinie zu erhalten, und zusätzlich soll geprüft werden, ob und wie der Wald im Südwesten unter Berücksichtigung des Grabens weiter aufgeforstet werden kann.

Sie haben gefragt, Frau Grobien, wie ist der weitere Plan. Der Bebauungsplan muss nicht erneut ausgelegt werden. Darum geht es ja: Dass wir den Bebauungsplan jetzt trotz dieser Änderung, was vor allen Dingen den Wald angeht – das andere sind ja nach dem Naturschutzgesetz vorzunehmende Kompensationsmaßnahmen für die beiden Vogelarten –, wenn wir den Wald jetzt teilerhalten, nicht mehr neu auslegen müssen. Es kommt nicht zu einer Verzögerung. Weil Sie gefragt haben, ob wir denn sicher sein können, dass der BUND dann nicht trotzdem klagt: Ja, das ist nämlich Teil des Deals mit dem BUND, dass der BUND und die Freie Hansestadt Bremen gemeinsam eine gegenseitige Erklärung unterschreiben, in der der BUND auch noch einmal den Klageverzicht dokumentiert.

(Zurufe)

Also, alles in allem finde ich das eine sehr gute Lösung, weil es nämlich darum geht, dass wir das Ganze jetzt relativ schnell in die Deputation und damit auch in die Bremische Bürgerschaft bringen und dann auch Ausschreibungen stattfinden können, und damit war der BUND auch einverstanden, um dieses Waldstück ging es nie. Es gibt ja einen zweiten Wald in der Mitte, und da waren wir uns immer alle einig – und er hat auch keine hohe ökologische Wertigkeit –, dass dieser auch beizeiten gerodet werden kann, sodass Mercedes dann eben auch in die Umsetzung gehen kann, wenn uns dann auch Bauanträge vorliegen.

Ich möchte aber noch zwei Dinge erwähnen: Einmal war ich Herrn Stahmann ganz dankbar, dass er Natur auf Zeit erwähnt hat, denn das ist ja genau aus dem Grund von uns entwickelt worden, und auch da sind wir relativ führend. Wir haben uns ein bisschen etwas aus Nordrhein-Westfalen abgeschaut, weil in der Vergangenheit Gewerbegebiete nicht entwickelt wurden – Cranzer Straße/Rönnebeck –, sich dann dort Bäume angesiedelt haben, und entweder wurden sie gleich immer wieder gefällt, oder sie mussten kompensiert werden, und damit das in Zukunft besser geregelt ist, haben wir genau diese Natur auf Zeit entwickelt.

Herr Bücking hat gesagt, ja, Bäume müssen in einer Großstadt auch gefällt werden. Das machen wir an vielen Stellen. Ich will einmal die Querspange

Ost erwähnen, die Fernwärmetrasse will ich erwähnen, und es ist so, dass dort immer mehr Bäume nachgepflanzt als gefällt werden. Das sind Infrastrukturprojekte, wo man auch nicht sagen kann, da suchen wir eine Alternativfläche, wie wir das jetzt für den Wald machen. Wir werden ja die Fläche kompensieren, die wir jetzt dauerhaft erhalten, eine Alternativfläche zu der Gewerbefläche Hansalinie noch dazu führen, die aber nicht so ökologisch wertvoll ist, aber bei einer Querspange Ost – also einer Straßenbahn oder einer Fernwärmetrasse – kann man nämlich nicht einfach irgendwo anders hin ausweichen, und deswegen ist es richtig, da müssen auch einmal Bäume gefällt werden.

Bei den Platanen will ich deutlich sagen, die werden auch nachgepflanzt, die werden auch überkompensiert, aber hier ist es so, dass Deichsicherheit vor Baumschutz geht, und ich finde, dass das auch nicht anders entschieden werden kann. Dort steht ja ein Volksentscheid ins Haus, und insofern würde ich mich freuen, wenn wir da an dieser Stelle eine große Einigkeit haben, dass wir die Sicherheit der Menschen in der Neustadt nicht gefährden dürfen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

So weit zum Sachverhalt! Deswegen bin ich froh, dass wir hier einen guten Konsens gefunden haben. Es war konstruktiv, dass wir das gemacht haben, und wir haben es vor allen Dingen geschafft, uns auch mit dem BUND zu einigen, und insofern steht der Entwicklung des Gewerbegebietes auch nichts mehr im Weg. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer [20/761_S](#), Neufassung der Drucksache [20/759_S](#), seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP, L.F.M.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Die Bremer Stadtreinigung AöR (DBS) – geplante Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen für den gebührenfinanzierten Abfallbereich und entgeltfinanzierten Deponiebereich
Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2022
(Drucksache [20/730_S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Kreditaufnahme der Bremer Stadtreinigung AöR, DBS, von bis zu 16 Millionen Euro im Jahr 2022 und bis zu 6,4 Millionen Euro im Jahr 2023 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 30
vom 9. September 2022
(Drucksache [20/760_S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der für heute vereinbarten Tagesordnung angekommen. – Ich bedanke mich und wünsche Ihnen einen schönen Heimweg.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:10 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 13. September 2022

Schriftliche Antworten Stadt 13. September 2022

Anfrage 9: Wie kann oberkörperfreies Schwimmen in den Bremer Bädern ermöglicht werden? Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 25. Juli 2022

Wir fragen den Senat:

1. Sieht der Senat eine Möglichkeit, zumindest für einen Teil der Bremer Bäder oder auch zu gewissen Zeiten oberkörperfreies Baden für alle Geschlechter zu ermöglichen?
2. Wie lässt sich zukünftig vermeiden, dass in Fällen von oberkörperfreiem Aufenthalt bei Frauen und queeren Menschen die Polizei gerufen wird?
3. Gibt es Sensibilisierungsmaßnahmen für das Personal der Bremer Bäder GmbH und für die Beschäftigten der beauftragten Sicherheitsfirmen für einen geschlechter- und queersensiblen Umgang mit dieser Fragestellung?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Senat schließt nicht aus, künftig oberkörperfreies Baden für alle Geschlechter zu ermöglichen. Zunächst soll aber der aktuelle Modellversuch in Göttingen abgewartet werden und auf Grundlage der anschließenden Evaluierung sowie der daraus resultierenden Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für das Badenwesen eine Entscheidung getroffen werden.

Zu Frage 2 und 3: Grundsätzlich sind Fälle von oberkörperfreiem Aufenthalt bei als Frauen gelesenen Menschen zwar ein Verstoß gegen die geltende Badeordnung, für die Bremer Bäder GmbH jedoch in der Regel kein Grund, die Polizei zu rufen. Wenngleich ein „oberkörperfreier“ Aufenthalt in den Bremer Freibädern bislang nicht vorgesehen ist, wurde dies bislang toleriert oder aber das Gespräch mit den Badegästen gesucht.

Am 17. Juli 2022 kam es zu einem Polizeieinsatz im Horner Bad. An diesem Tag hatte sich eine Gruppe von Menschen im Horner Freibad versammelt und mit entkleideten Oberkörpern mit einer gezielten Störung des Badebetriebs darauf aufmerksam gemacht, dass in den Freibädern der Bremer Bäder GmbH bislang kein „oberkörperfreier“ Aufenthalt von Frauen und queeren Menschen vorgesehen ist. Gemäß der Haus- und Badeordnung der Bremer Bäder GmbH wäre für diese Aktion vorab eine Genehmigung erforderlich gewesen, da entsprechende Versammlungen Personal binden und die Beaufsichtigung und damit die Sicherheit der übrigen Gäste nicht gewährleistet werden kann. Trotz mehrfacher Aufforderung haben die Teilnehmer:innen weder die Aktion beendet, noch wollten sie das Bad verlassen. Aus diesem Grund wurde von den Mitarbeitenden der Bremer Bäder GmbH die Polizei gerufen.

Die Mitarbeiter:innen der Bremer Bäder GmbH sind und werden kontinuierlich für diverse Themen, so auch zu dem genannten, geschult und fortgebildet.

Anfrage 10: Ergänzungsvereinbarung zwischen der BSAG und der Wall GmbH Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 1. August 2022

Wir fragen den Senat:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage und aus welchen Gründen wurde der Vertrag zwischen der BSAG und der Wall GmbH für die Bewirtschaftung der Fahrgastunterstände um vier weitere Jahre ohne Ausschreibung verlängert?
2. Inwiefern wurde die Ergänzungsvereinbarung, die eine mögliche Lieferung und Aufstellung von begrüntem Fahrgastunterständen vorsieht, zwischen der BSAG und der Firma Wall GmbH bereits unterzeichnet?
3. Was beinhaltet die Ergänzungsvereinbarung konkret?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Vertrag über die Aufstellung von Fahrgastunterständen mit der Firma Wall GmbH enthält eine Regelung zur Laufzeit des Vertrags,

die grundsätzlich ein Ende des Vertrags zu einem bestimmten Zeitpunkt festlegt, im Falle des Inkrafttretens eines Tabakwerbeverbots aber eine automatische Anpassung der Vertragslaufzeit bestimmt. So sieht die vertragliche Regelung vor, dass der Vertrag zum 31. Dezember 2025 endet. Tritt vor diesem Datum ein Tabakwerbeverbot in Kraft, verlängert sich der Vertrag um einen dann zu berechnenden Zeitraum, abhängig vom Anteil der Tabakwerbung an der gesamten Werbung an den Bremer Fahrgastunterständen von Wall GmbH in den drei Jahren vor Inkrafttreten des Tabakwerbeverbots. Die Regelung zur Anpassung der Vertragslaufzeit enthält einen Automatismus, von dem weder die BSAG noch die Wall GmbH einseitig abweichen können.

Mit Inkrafttreten des Werbeverbotes für herkömmliche Tabakerzeugnisse zum 1. Januar 2022 erfolgt somit eine Anpassung der Vertragslaufzeit abweichend vom ursprünglichen Vertragsende zum 31. Dezember 2025. Die Berechnung des Zeitraums der Verlängerung hat ergeben, dass sich der Vertrag um 3,5 Jahre verlängert. Die Verlängerung der Laufzeit des Vertrages mit Wall GmbH um 3,5 Jahre erfolgte somit nicht aufgrund einer freien Entscheidung der BSAG oder von Wall GmbH. Es bestand für die BSAG keine Möglichkeit, die vertragsgegenständlichen Leistungen zum jetzigen Zeitpunkt neu auszuschreiben und an einen anderen Vertragspartner zu vergeben, ohne dass die BSAG ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Firma Wall GmbH verletzt und sich im Ergebnis schadensersatzpflichtig gemacht hätte.

Zu Frage 2: Die Ergänzungsvereinbarung liegt bei der BSAG seitens Wall GmbH unterzeichnet vor. Die BSAG wird diese voraussichtlich gegenzeichnen.

Zu Frage 3: Sie beinhaltet konkret die Festlegung des Vertragsendes auf 30. Juni 2029 ohne weitere Verlängerungsoptionen oder -automatismen. Weiterhin werden Regelungen für die Zurverfügungstellung von Fahrgastunterständen durch Wall GmbH an die BSAG für die restliche Vertragslaufzeit getroffen, Regelungen zur Installation von digitalen Werbeträgern an Fahrgastunterständen. Im Gegenzug erhält die BSAG weitere Fahrgastunterstände, von denen ein Teil mit einem Gründach ausgestattet wird. Enthalten sind auch Regelungen für eine Übergangszeit, wenn nach Ausschreibung ein ande-

rer Vertragspartner als Wall GmbH den Zuschlag für die Aufstellung von Fahrgastunterständen erhält, hierbei insbesondere im Hinblick darauf, dass ein gegebenenfalls erforderlicher Abbau bestehender und Aufbau neuer Fahrgastunterstände koordiniert und mit möglichst wenig Beeinträchtigungen für die Fahrgäste erfolgt.

**Anfrage 11: Rattenplage im Nelson-Mandela-Park: Keine Essensausgabe mehr an Bedürftige?
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 2. August 2022**

Wir fragen den Senat:

1. Welche weiteren Organisationen sind neben dem Bremer Suppenengel e. V. von der Verfügung des Gesundheitsamtes, die Essensausgabe im Nelson-Mandela-Park wegen der Rattenplage sofort einzustellen, betroffen?
2. Welche Ursachen sieht der Senat für die Rattenplage, und wie beabsichtigt er die Rattenplage dauerhaft in den Griff zu bekommen?
3. Welche Alternativen sind für kostenlose Essensausgabe zwischenzeitig vorgesehen, unter welchen Bedingungen und Auflagen ist eine Wiederaufnahme der Essensausgabe im Nelson-Mandela-Park denkbar?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Neben den Suppenengeln e. V. gibt die private Initiative „Für Obdachlose on Tour“ regelmäßig kostenlos Essen an Bedürftige im Nelson-Mandela-Park aus. Es wurde zudem keine behördliche Verfügung zur Einstellung der Essensausgabe erlassen. Der Umweltbetrieb Bremen hat bei einem Vor-Ort-Termin darauf hingewirkt, die Essensausgabe bis zur Lösung des Rattenproblems zu verlagern, um die Ratten nicht noch weiter anzulocken.

Zu Frage 2: Eine unsachgemäße Entsorgung von Essensresten ist vermutlich die Ursache für den Rattenbefall. Die Organisationen achten darauf, den Platz nach der Essensausgabe sauber zu verlassen. Der Umweltbetrieb Bremen wurde gebeten, bei der Bremer Stadtreinigung weitere Müll-eimer anzufordern und diese im Bereich der Bänke aufzustellen. Die Streetworker:innen sprechen die Nutzer:innen des Parks vermehrt auf eine angemessene Entsorgung von Essensresten an.

Zu Frage 3: Vorübergehend konnten die Essensausgaben in Absprache mit der ÖVB-Arena auf der Bürgerweide gegenüber des Parks erfolgen. Mittlerweile ist ein Schädlingsbekämpfer vor Ort gewesen, und am 15. August 2022 haben die Suppenengel ihre Essensausgabe im Park wieder aufnehmen können.

Anfrage 12: Vonovia-Wohnungsverkauf auch in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 4. August 2022

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnis hat der Senat darüber, ob der Wohnungskonzern Vonovia beim angekündigten deutschlandweiten Wohnungsverkauf auch Immobilien in Bremen veräußern wird?
2. Inwiefern wird sich der Senat im Falle eines Verkaufs dafür einsetzen, dass die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften BREBAU oder GEWOBA Wohnungen ankaufen?
3. Gibt es bereits Überlegungen im Senat, einen möglichen Erwerb durch die GEWOBA oder BREBAU, ähnlich wie beim Erwerb von Wohnungen durch die GEWOBA in der Lüssumer Heide, im Rahmen eines Förderprogramms zu unterstützen?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet: Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau steht in regelmäßigem Austausch mit der Vonovia. Dem Senat ist daher bekannt, dass Immobilien der Vonovia auch in Bremen veräußert werden sollen. Es handelt sich um ein mehrjähriges Programm der Vonovia. Wohnungspolitisch relevante Bestände sind in Bremen nach derzeitigem gesicherten Erkenntnisstand nicht betroffen. Aufgrund der aktuell bekannten zum Verkauf anstehenden Immobilien sieht der Senat keine Notwendigkeit eines gezielten Ankaufs aus wohnungspolitischen Gründen. Unternehmerische Motive der Gesellschaften bleiben davon unberührt.

Anfrage 13: Verpflichtende Trinkwasserbrunnen in Bremen

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 25. August 2022

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Trinkwasserbrunnen gibt es in Bremen, und plant der Senat die Errichtung weiterer Anlagen, so wie kürzlich von der Bundesumweltministerin Steffi Lemke, Bündnis 90/Die Grünen, gefordert, und wenn ja, wie viele Brunnen sind in welchen Stadtteilen geplant?
2. Welche senatorische Dienststelle zeichnet für die Inbetriebnahmen und Wartungen der bereits bestehenden sowie der noch zu errichtenden Trinkwasserbrunnen verantwortlich?
3. Mit welchen Kosten für die Errichtung und jährliche Unterhaltung der Trinkwasserbrunnen rechnet der Senat, über welche Haushaltsstellen werden diese Kosten abgerechnet, und welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten für diese Anlagen gibt es, beispielsweise über Sponsoring?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: In der Stadtgemeinde Bremen sind bis 2021 insgesamt fünf Trinkbrunnen an zentralen öffentlichen Orten errichtet worden. Derzeit läuft die Errichtung von fünf weiteren Trinkbrunnen. Nach Abschluss der Errichtung befinden sich die zehn Trinkbrunnen in der Stadtgemeinde Bremen in den Stadtteilen Hemelingen, Östliche Vorstadt, Schwachhausen, Vegesack, Walle, Blumenthal, Gröpelingen, Vahr, Neustadt und Huchting.

Für die Stadtgemeinde Bremerhaven befindet sich die kommunale Umsetzung von Trinkbrunnen im öffentlichen Raum aktuell in Prüfung.

Zu Frage 2: Die öffentlichen Trinkbrunnen liegen kommunal für die Stadtgemeinde Bremen in der Zuständigkeit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Die Analyse des Trinkwassers vor der jährlichen Inbetriebnahme und die hygienische Freigabe der Trinkbrunnen erfolgt durch das Gesundheitsamt. Die Wartung der Trinkbrunnen wird von Immobilien Bremen übernommen. In der Stadtgemeinde Bremerhaven liegt die Zuständigkeit beim Magistrat.

Zu Frage 3: Die Kosten für die Errichtung belaufen sich auf circa 15 000 bis 20 000 Euro pro Brunnen, einschließlich Brunnen, Netzanschluss sowie Baukosten. Die Baukosten hängen von

den örtlichen Gegebenheiten ab und können variieren. Für die Unterhaltung wird mit rund 3 000 Euro pro Jahr und Brunnen einschließlich Beprobung, Wartung und Reparatur kalkuliert. Die Finanzierung der aktuellen Errichtung der Trinkbrunnen erfolgt aus Haushaltsmitteln des Landes Bremen, Handlungsfeld Klimaschutz. Die Unterhaltung der Trinkbrunnen liegt in kommunaler Verantwortung. Bis Ende 2022 wird die Unterhaltung von der swb und der hWB übernommen. Für die Zeit ab 2023 wird die Finanzierung der Unterhaltung dieser Trinkbrunnen derzeit geprüft.

Auch wird geprüft, ob die Errichtung von Trinkbrunnen im Zuge der Umgestaltung von öffentlichen Plätzen durch die Stadterneuerung möglich ist. Ziel ist die Verstetigung der Bereitstellung von Trinkbrunnen im öffentlichen Raum und die Errichtung dieser unter ökonomischen Gesichtspunkten.

**Anfrage 14: Seemannskreuz Lankenauer Höft
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 25. August 2022**

Ich frage den Senat:

1. Wie weit fortgeschritten sind die Pläne des Senats, das Seemannskreuz am Lankenauer Höft entfernen zu lassen, und warum ist dies überhaupt notwendig?
2. Welches Ressort entscheidet über einen möglichen Abbau des Seemannskreuzes, und wird dies unter Umständen an einer anderen Örtlichkeit wiederaufgebaut, und wenn nicht, warum nicht?
3. Würde der Senat ebenfalls so handeln, wenn sich anstelle des Seemannskreuzes ein Religionssymbol anderer Weltreligionen am Lankenauer Höft seit Jahrzehnten befunden hätte?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Aufgrund der mit der Überplanung durch den Vorhaben- und Erschließungsplan einhergehenden neuen Anforderungen bedarf es einer Anpassung der Grünanlage im übrigen Bereich der Landspitze. Dabei handelt es sich unter anderem um den Neubau erforderlicher Wegebeziehungen, die Herstellung der Barrierefreiheit, die Freihaltung der Feuerwehretzungswege und die Anpassung an ein erhöhtes Nutzeraufkommen. Das Seemannskreuz steht in

dem Bereich, der für diese Anpassungsplanung inklusive der erforderlichen Wegeverbindungen benötigt wird.

Auch der Aspekt der Gewährleistung der Verkehrssicherheit wird im Vorentwurf der Masterplanung Weseruferpark berücksichtigt. Demnach kann das Seemannskreuz nicht an der bisherigen Stelle stehen bleiben. Der Vorentwurf beinhaltet daher die Entfernung des Seemannskreuzes an dieser Stelle. Ziel ist es, das Seemannskreuz an einer anderen würdigen Stelle zu errichten.

Die Anhörung der Träger öffentlicher Belange ist mittlerweile abgeschlossen. Derzeit werden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet und eine Lösung gesucht.

Zu Frage 2: Wo genau das Seemannskreuz an einer anderen Örtlichkeit wiederaufgebaut werden kann, ist im jetzigen Planungsstadium (konzeptionelle Ebene/Masterplanebene) nicht abschließend zu beantworten. Gespräche unter anderem mit der Bremischen Evangelischen Kirche finden im folgenden Planungsprozess statt.

Zu Frage 3: Ja, der Senat würde genauso handeln, auch wenn ein Religionssymbol einer anderen Weltreligion betroffen wäre.

Anfrage 15: Keine Initiativberatung für Elternvereine und Spielkreise?

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen,
Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. September 2022**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Beratungen von Elternvereinen und Spielkreisträgern haben im Jahr 2021 und bisher im Jahr 2022 durch die sogenannte Initiativberatung der Senatorin für Kinder und Bildung stattgefunden?
2. Trifft es zu, dass die Initiativberatung eingestellt wurde, wenn ja, seit wann und aus welchem Grund?
3. Welche anderen Möglichkeiten der Beratung gibt es aktuell für Elternvereine und Spielkreise, vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Ausbaubestrebungen, und wie sind diese erreichbar?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Beratung von Elternvereinen und Spielkreisträgern sowie solchen, die es werden wollen, ist ein wichtiges Anliegen der Senatorin für Kinder und Bildung. Vor diesem Hintergrund findet je nach Thema des Beratungsbedarfs eine Hilfestellung durch unterschiedliche Stellen der Senatorin für Kinder und Bildung statt. Dies kann von einem kurzen Telefongespräch oder einer E-Mail bis hin zu einer umfassenden Erörterung mit mehreren Kolleg:innen aus unterschiedlichen Organisationseinheiten reichen. Eine genaue Erfassung der Anzahl solcher großen und kleinen Beratungen findet allerdings nicht statt. Erfahrungsgemäß dürfte es

aber um mehrere Hundert Beratungen im Jahr gehen.

Zu Frage 2: Die Initiativberatung wurde nicht eingestellt.

Zu Frage 3: Erste Anlaufstelle für Initiativen und Gruppen, die die Neugründung eines Elternvereins erwägen, sind die Mitarbeiter:innen des Referats 52, Kita-Ausbauplanung, bei der Senatorin für Kinder und Bildung nach ihrer jeweiligen regionalen Zuständigkeit für einzelne Stadtteile. Ebenfalls berät der Verbund Bremer Kindergärten und die Kita-Beratungsstelle des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands bei Neugründungen von Elternvereinen.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 40. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
10.	Bebauung Grundstücke in Beneckendorffallee Petition S 19/361 Mitteilung des Senats vom 29. März 2022 (Drucksache 20/686 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
18.	Petition S 20/24 Einrichtung einer Tempo-30-Zone Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2022 (Drucksache 20/733 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
22.	Nachbenennung eines neuen Mitglieds des Jugendhilfeausschusses Mitteilung des Senats vom 16. August 2022 (Drucksache 20/743 S)	Die Stadtbürgerschaft wählt anstelle des ausgeschiedenen Herrn Bernd Schmitt Frau Sandra Harjes als Mitglied des Jugendhilfeausschusses.
23.	27. Änderung des Flächennutzungsplans für ein Gebiet in Bremen-Neustadt/Huckelriede zwischen der Kornstraße, der Bezirkssportanlage Süd und dem Nahversorgungsstandort Volkmannstraße (Bearbeitungsstand: 05.08.2021) Mitteilung des Senats vom 16. August 2022 (Drucksache 20/744 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die 27. Änderung des Flächennutzungsplans.
24.	Flächennutzungsplan Bremen 23. Änderung für ein Gebiet in Bremen-Überseestadt (Überseeinsel) (Bearbeitungsstand: 02.05.2022) Mitteilung des Senats vom 16. August 2022 (Drucksache 20/745 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die 23. Änderung des Flächennutzungsplans.
25.	Bebauungsplan 2519 A für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Auf der Muggenburg, westlich Stephanitorsbollwerk, Weser und heutiger Hochwasserschutzlinie (Teilfläche A) (Bearbeitungsstand: 29.04.2022) Mitteilung des Senats vom 16. August 2022 (Drucksache 20/746 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2519 A.
26.	Bebauungsplan 2529 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt/Huckelriede an der Kornstraße zwischen Hausnummer 223 a und 281, der Bezirkssportanlage Süd und dem Nahversorgungsstandort Volkmannstraße (Bearbeitungsstand: 19.05.2022) Mitteilung des Senats vom 16. August 2022 (Drucksache 20/747 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2529.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
28.	<p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 155 („Es-sighaus“) für die Errichtung eines Büro- und Geschäfts- hauses in Bremen-Altstadt zwischen Langen- straße, Kahlenstraße und Große Waagestraße (Bearbeitungsstand: 23.05.2022) Mitteilung des Senats vom 16. August 2022 (Drucksache 20/749 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhaben- bezogenen Bebauungsplan 155.</p>
30.	<p>Änderung des Haushaltsgesetzes der Stadtge- meinde Bremen für das Haushaltsjahr 2022 Mitteilung des Senats vom 6. September 2022 (Drucksache 20/758 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt die Überwei- sung der Vorlage an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.</p>

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft